KERNENERGIE
- ein Thema der öffentlichen Meinung

Beschreibung und Analyse
eines Kommunikationsprozesses

Brigitte Röthlein

1979

Diss. München

KERNENERGIE, EIN THEMA DER ÖFFENTLICHEN MEINUNG

Beschreibung und Analyse eines Kommunikationsprozesses

Inaugural-Dissertation zur Erlangung des Doktorgrades der Philosophischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität zu München, vorgelegt von

Brigitte Röthlein, Verdistraße 117, 8000 München 60

1979

Referent: Prof. Dr. Otto B. Roegele
Koreferent: Prof.Dr. Paul Noack
Tag der mündlichen Prüfung: 26.2.1979

UNIV.
LEIDEN
BIBL.

Inhaltsverzeichnis: Seite

I. Einführung und Darstellung der angewandten Methoden 5

II. Die "Karriere" des Themas Kernenergie 10

1. Ein theoretischer Ansatz über die Entwicklung von Themen in der Öffentlichen Meinung 10
2. Die "latente Phase" 16
2.1. Die Geburt einer neuen Energieart 16
2.2. Die "Atomeuphorie" 19
2.3. Die Anfänge der Kernenergie-Nutzung in der Bundesrepublik Deutschland 21
2.4. Das Thema Kernenergie in der Öffentlichen Diskussion 22
2.5. Der Aufschwung der Kernenergie-Nutzung in der Bundesrepublik Deutschland 26
3. Der "Durchbruch" 34
3.1. Der Proteststurm in Wyhl 37
3.2. Der "Durchbruch" des Themas Kernenergie in der Presse 44
4. Die Kernenergie wird "Mode" 54
4.1. Die Kernenergie-Kontroverse in der Bundesrepublik Deutschland 55
4.1.1. Das Deutsche Atomforum 58
4.1.1.1. Aktionen des Deutschen Atomforums 62
Publikationen des Deutschen Atomforums 62
Ausstellungen des Deutschen Atomforums 62
Sonstige Veranstaltungen des Deutschen Atomforums 66
4.1.1.2. Argumente des Deutschen Atomforums für die Kernenergie 71
Versorgungsfragen 71
Umweltverhalten von Kernkraftwerken 73
Sicherheit von Kernkraftwerken 74
Alternativen zur Kernenergie 76
4.1.1.3. Forderungen des Deutschen Atomforums 78

4.1.2. Die Industrie 79
4.1.2.1. Die Kraftwerk Union 79
Die Argumente der Kraftwerk Union 81
Forderungen der Kraftwerk Union 83
4.1.3. Das Bundesministerium für Forschung und Technologie 84
4.1.3.1. Der "Bürgerdialog Kernenergie" 84
Das Angebot und die Übermittlung von Information 85
Das Angebot des Gesprächs 87
Initiierung des Gesprächs durch Dritte 89
4.1.3.2. Die Argumente des Bundesministeriums für Forschung und Technologie für die Kernenergie 91
Der Problemkreis Reaktorsicherheit und Strahlenschutz aus der Sicht des Bundesministeriums für Forschung und Technologie 93
4.1.4 Die Bürgerinitiativen gegen Kernkraftwerke 96
Vorgehensweisen und Aktionen der Bürgerinitiativen 103
Die Argumente der Bürgerinitiativen 109
Forderungen der Bürgerinitiativen 111
4.2. Die Ereignisse von Brokdorf und Grohnde 116
4.3. Die Kernenergie-Kontroverse in der Presse 120
4.4. Zusammenfassung 145
5. Die Institutionalisierung des Themas Kernenergie 153
5.1. Die Stellungnahme der Parteien 154
5.2. Die Stellungnahme der Gewerkschaften 159
5.3. Regierung und Bundestag 160
III. Zusammenfassung und theoretische Deutung 164
Anhang 192
Literaturverzeichnis 195

Verzeichnis der Abbildungen:

Abb.Nr.		Seite
1	Die Anzahl der Artikel über Kernenergie in den vier untersuchten Blättern	46
2	Schematische Darstellung der Teilnehmer an der Kernenergie-Kontroverse	57
3	Schematische Darstellung der Beziehungen zwischen den Teilnehmern an der Kernenergie-Kontroverse	115
4,5,6,7	Häufigkeit der Nennungen einzelner Personen und Organisationen	133
8,9,10,11	Häufigkeit der Nennungen einzelner Problemkreise	135
12	Die Behandlung einzelner Problemkreise in der Kernenergie-Berichterstattung des "Spiegel"	136
13	Die Behandlung einzelner Problemkreise in der Kernenergie-Berichterstattung der "Zeit"	139
14	Die Behandlung einzelner Problemkreise in der Kernenergie-Berichterstattung der Süddeutschen Zeitung	141
15	Die Behandlung einzelner Problemkreise in der Kernenergie-Berichterstattung der Frankfurter Allgemeinen Zeitung	142

Verzeichnis der Tabellen:

Tab.Nr.		Seite
1	Länge der Artikel	122
2	Angegebener Produzent	123
3	Anlaß für die Artikel	125
4	Präferenzen bei der Berichterstattung	129

I. Einführung und Darstellung der angewandten Methoden

Das "Atomzeitalter" - diese Begriffsbildung schließt wie kein anderes Wort die ambivalente Beziehung ein, die das Verhältnis der heutigen Menschen zum Atom kennzeichnet. Das Wort "Atom" steht hier einerseits für den ungeheueren wissenschaftlichen Fortschritt, der aus der Atomphysik resultierte; er verursachte ein ganz neues Weltbild und zog nahezu alle wichtigen technischen Errungenschaften unserer heutigen Welt nach sich. Er reicht von der Computertechnik bis hinein in die Medizin und führte schließlich auch zur Gewinnung von Energie aus der Kernspaltung. Andererseits steht dieses Wort für alle Sorgen und Befürchtungen, die aus der Berührung mit den neuen Techniken und ihren Auswirkungen resultieren. Es steht insbesondere auch für die Angst vor der Atombombe, die das gesamte politische und gesellschaftliche Denken entscheidend beeinflußte.

Bei der Diskussion, die nun schon seit mehreren Jahren geführt wird und die in jüngster Zeit an Intensität stark zugenommen hat, der Diskussion über die Kernenergienutzung, spielen alle diese Aspekte eine Rolle. Kaum ein anderes Thema hat in den letzten Jahren über so lange Zeit hinweg mit so großer Intensität die Gemüter bewegt, kaum ein anderes Thema hat so viele widersprüchliche Meinungen erzeugt und hat so viele fachfremde gesellschaftliche Institutionen zu einer Stellungnahme veranlaßt.

Die Auseinandersetzungen beschränken sich heute nicht mehr auf das Thema Kernenergie allein, sie haben sich vielmehr ausgeweitet auf eine Grundsatzdiskussion über die Problemkreise Wirtschaftswachstum und Technologiegläubigkeit einerseits und Lebensqualität andererseits. Damit haben sie über die Tagesaktualität hinaus zusätzliche Bedeutung er-

langt.[1]

Die Entstehung und Ausweitung des Kommunikationsprozesses um das Thema Kernenergie aufzuzeigen und die Ursachen für seine Entwicklung zu analysieren, soll die Aufgabe der vorliegenden Arbeit sein.

Bei der Untersuchung dieser Entwicklung lag es nahe, den Ansatz von Niklas Luhmann[2] über die "Lebensgeschichte" von Themen der öffentlichen Meinung heranzuziehen. Luhmann leitet aus seinem Konzept der Kontingenz des politisch Möglichen eine Reihe von sachlichen und zeitlichen Bezügen ab, welche die Entwicklung eines Themas in der öffentlichen Meinung steuern und beeinflussen. Die Verwendung dieses Ansatzes kann hier zweierlei leisten: sie kann dazu dienen, Entwicklungsschritte in der Kernenergie-Diskussion zu erklären und deren Vorbedingungen zu verdeutlichen; andererseits kann sie eine Untermauerung und Stützung der Luhmann'schen Theorie bringen, da sie diese anhand empirischer Daten nachprüfbar macht.

Methodisch läßt sich die Lebensgeschichte des Themas Kernenergie an einer Reihe verschiedener Materialien festmachen: Zunächst und vor allem an der Berichterstattung in den Massenmedien, ihrer Qualität und Quantität. Nur wenige Aktionen und Argumente der Beteiligten an der Kernenergie-Kontroverse erreichen unmittelbar die Bürger,[3] und dann nur in begrenzter Anzahl. In der Regel sind deshalb alle Beteiligten darauf angewiesen, daß die Massenmedien ihre Botschaft wei-

---

[1] vgl. O.Renn, Die Einstellung der Bevölkerung zur Kernenergie, Diplomarbeit, Köln 1976, S. 2.

[2] Luhmann, N., Öffentliche Meinung, in: Zur Theorie der politischen Kommunikation, W.R.Langenbucher(Hrsg.) München 1974.

[3] z.B. Flugblattaktionen, Informationsstände, Protestkundgebungen.

tertransportieren und so einem größeren Kreis bekanntmachen. Es liegt auf der Hand, daß dadurch die Massenmedien zu einem wichtigen Faktor bei der Meinungsbildung werden und entscheidenden Einfluß auf den Verlauf der gesamten Kontroverse ausüben.

Andererseits stellen die Massenmedien zwar nicht einen genauen Spiegel der öffentlichen Meinung dar, aber ein enger Zusammenhang zwischen "öffentlicher Meinung" und "veröffentlicher Meinung" ist nicht zu verleugnen.[1]

Eine Inhaltsanalyse der Berichterstattung in den Massenmedien über die Kernenergie-Kontroverse kann also zwei Dinge einbringen:einerseits Auskunft darüber, welche Informationen in welcher Weise transportiert wurden, d.h. welcher Standpunkt und welche Argumente der Öffentlichkeit bekannt wurden, andererseits mit gewissen Einschränkungen ein Bild der Einstellungen, Bedürfnisse und Ängste des Publikums, d.h. in gewissem Sinne ein Abbild der Tendenzen der öffentlichen Meinung.

Die Kernenergie-Kontroverse schlägt sich ferner außerhalb der Massenmedien in einer Flut von Sachinformationen ver-

---

[1] vgl. auch E. Noelle-Neumann, Publizistik, Frankfurt 1971, S. 216:"Durch die Publizistik werden die Vorstellungen in den verschiedenen für die Entstehung öffentlicher Meinung maßgeblichen Faktoren beeinflußt: Welche Fragen wesentlich sind, wo eine Gefährdung vorliegt oder eine Forderung erhoben werden muß, wo Handlungen unterlassen oder unternommen werden sollen, ob Verwirklichungschancen bestehen, ob der Zug der Zeit in diese Richtung geht, vor allem aber, was die vorherrschenden Ansichten sind."

schiedenster Art und in einer großen Anzahl von Aktivitäten nieder, die von den einzelnen Beteiligten am Kommunikationsprozeß über die Kernenergie durchgeführt oder unterstützt werden. Ein Überblick über diese Informationen und Aktivitäten und eine wenigstens grobe Auswertung stellen eine wichtige Informationsquelle dar über die Form der Beteiligung der einzelnen Gruppen an der Kernenergie-Kontroverse und bieten die Möglichkeit, die Verhältnisse aus der Sicht der Beteiligten ihrer Widerspiegelung in der Berichterstattung in den Massenmedien gegenüberzustellen.

Die Analyse der Berichterstattung in den Massenmedien stützt sich im folgenden auf zwei Verfahren: Auf die Beschreibung und Zuordnung der ganzen Berichte zu einzelnen formalen Klassifikationskategorien und auf die Häufigkeitsanalyse verbaler Textbestandteile in den Berichten, also auf eine inhaltliche Klassifikation. Die gesamte Analyse erstreckt sich auf die Berichterstattung zweier großer überregionaler Tageszeitungen, nämlich der Süddeutschen Zeitung und der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, und zweier Wochenblätter, nämlich des "Spiegels" und der "Zeit". Der Untersuchungszeitraum erstreckt sich über die wichtigste Phase der Kernenergie-Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland, nämlich vom Jahr 1974 bis 1978. Die hier durchgeführte Analyse wird ergänzt durch die Heranziehung anderer Inhaltsanalysen, die Teilaspekte des Themas in gleichen oder zeitlich verschobenen Zeiträumen untersuchten. Die Beschränkung auf Druckmedien erfolgte hauptsächlich aus praktischen Gründen, da Zeitungen auch im nachhinein noch leicht zugänglich sind, allerdings auch unter Berücksichtigung der Tatsache, daß den Konsumenten gedruckter Medien ein höherer Grad an Aktivität und Einflußnahme auf politische und gesellschaftliche Veränderung zugemessen wird als den Konsumenten anderer Medien.[1] Das Kategorienschema, nach welchem

---

[1] M. Dierkes, R.A.Bauer, Corporate Social Accounting, New York 1973, S. 59.

die Zeitungsberichterstattung analysiert wurde, befindet sich im Anhang, S. 192.
Diese Inhaltsanalyse wird ergänzt durch eine Sammlung und Beobachtung von inhaltlichen Besonderheiten der Presseberichterstattung; dieses Vorgehen gibt die Möglichkeit, gewisse symptomatische Einzelphänomene aufzuspüren und zu deuten.

Neben der Analyse der Presseberichterstattung erfolgte eine qualitative Auswertung nahezu der gesamten einschlägigen Publikationen des Bundesministeriums für Forschung und Technologie, des Deutschen Atomforums, der kerntechnischen Industrie und der Kernforschungszentren.
Die Materialsammlung wurde abgerundet durch Gespräche mit Personen, welche die Kernenergie-Kontroverse besonders bestimmt haben sowie durch die Teilnahme an Kursen, Seminaren und Schulungen zum Thema Kernenergie.

II. Die "Lebensgeschichte" des Themas Kernenergie

1. Luhmanns Ansatz über die Entwicklung von Themen der öffentlichen Meinung.

Luhmann[1] faßt öffentliche Meinung nicht mehr nur kausal "als bewirkte und weiterwirkende Wirkung" auf, sondern weist ihr eine Funktion zu, nämlich die Reduktion der hohen Beliebigkeit des politisch und rechtlich Möglichen. Öffentliche Meinung ist damit nicht mehr das Ergebnis, das man als Antwort bei Befragungen erhält, die aufgrund selektiven politischen Interesses gemacht werden. Diese nur aufs Institutionelle gerichtete Definition wird bei Luhmann ersetzt durch die Definition der öffentlichen Meinung als thematische Struktur öffentlicher Kommunikation. Öffentlichkeit bedeutet dabei die Neutralisierung von Rollenanforderungen, die aus den einzelnen Teilsystemen der Gesellschaft stammen und deshalb auch die Aufhebung von Selbstbindungen des einzelnen in solchen Teilsystemen. Ein Thema kann als Thema der öffentlichen Meinung bezeichnet werden, wenn die allgemeine Bereitschaft, sich mit ihm zu beschäftigen, als sicher angenommen werden kann. Öffentlichkeit wäre so, auf eine kurze Formel gebracht, "die Unterstellbarkeit der Akzeptiertheit von Themen" (S. 40). Luhmann verlagert die Bedeutung vom Inhalt der öffentlichen Meinung als "vorübergehend verfestigte Ansicht des Richtigen, die gewisse Kontrollen der subjektiven Vernunft und der öffentlichen Diskussion durchlaufen hat" (S. 29) auf ihre Themen. Themen sind dabei"mehr oder weniger unbestimmte entwicklungsfähige Sinnkomplexe, über die man reden und gleiche, aber auch verschiedene Meinungen haben kann" (S. 32). Kommunikation setzt neben einer gemeinsamen Sprache voraus, daß

---

[1] N. Luhmann, Öffentliche Meinung, a.a.O., S. 27 - 54. Alle Seitenangaben im folgenden Text beziehen sich auf diesen Aufsatz.

solche gemeinsam möglichen Gegenstände, also Themen, existieren, über die kommuniziert werden kann. Diese Themen rekrutieren sich aus der Vorverständigung über eine gemeinsam akzeptierte, unartikuliert vorausgesetzte Lebenswelt. Zu der Existenz von Themen kommt die Artikulation von Meinungen über diese Themen. Die Trennung von Themen und Meinungen stellt einen wichtigen Faktor in der Luhmann´schen Theorie der öffentlichen Meinung dar. Themen möglicher Kommunikation sind hier Regeln für die laufende Aktualisierung von Erwartungen in der konkreten Interaktion und steuern so die Meinungsbildung. Der Mechanismus zur Reduktion der Kontingenz des politisch Möglichen besteht daher aus den Themen politischer Kommunikation. Es kommt nicht auf die Richtigkeit der Meinungen, sondern auf die "Unsicherheit absorbierende, Struktur gebende Leistung von Themen" (S. 35) an.

Entsprechend der hier gezeigten Definition der öffentlichen Meinung ergeben sich in der Ablaufgeschichte von Kommunikationssystemen Sinnveränderungen sowohl auf der Ebene der Thematik als auch auf der Meinungsebene. Es entstehen Veränderungen in den fixierten Meinungen. Beide werden von bestimmten Regeln geleitet; sogenannte Aufmerksamkeitsregeln (attention rules) steuern die Konstruktion politischer Themen, Entscheidungsregeln steuern die Meinungsbildung. Die Aufmerksamkeitsregeln sind sozusagen als "Filter" jedem Kommunikationsprozeß vorgeschaltet. Trotz bisher fehlender empirischer Forschungsaussagen zählt Luhmann einige solcher attention rules auf (S. 37), die dazu führen, daß ein Thema in der Lage ist, "Aufmerksamkeit einzufangen." Die überragende Priorität bestimmter Werte führt dazu, daß bei Bedrohung oder Verletzung dieser Werte ein politisches Thema entsteht. Beispiele für solche Werte sind etwa Friede oder Unabhängigkeit der Justiz. Ein anderer Aspekt sind Krisen oder Krisensymptome, d.h. unerwartete Bedrohungen nicht nur einzelner Werte, sondern des Systembestandes in

seinem eingelebten Anspruchsniveau. Wichtig sind ferner der Status des Absenders einer Kommunikation, also beispielsweise politische Führer, Prominente oder wissenschaftliche Größen, und die Symptome politischen Erfolgs. Solche Symptome können etwa steigende Stimmenzahlen sein oder starke Beachtung in der Presse. Die Neuheit von Ereignissen ist eine weitere Aufmerksamkeitsregel, da Veränderungen auffallen und die Vermutung von Wichtigkeit auslösen. Schließlich können drohende physische oder psychische Belastungen, "Schmerzen", eine hohe Alarmstufe der Aufmerksamkeit auslösen, sofern sie nicht mehr in instutionelle Selbstverständlichkeiten eingebunden sind.

Luhmann betont, daß politische Themen im strukturellen Rahmen des politischen Systems nicht beliebig erzeugt und entwickelt werden können, sondern eine Art "Lebensgeschichte" haben. Obwohl auch hierzu bisher ausreichende empirische Forschung nicht vorliegt, kann man - so Luhmann - in der Karriere eines Themas der öffentlichen Meinung typische Phasen beobachten (S. 39). In der "latenten Phase" ist das Thema zwar schon vorhanden, vorläufig aber nur sichtbar für besonders Eingeweihte und Interessierte. In dieser Phase fehlt noch ein Schlagwort für das Thema und es herrscht keinerlei Zeitdruck. Manche Themen kommen über diese latente Phase nie hinaus, anderen gelingt schließlich der "Durchbruch". Ein Ereignis oder bestimmte Personen bringen das Thema ins Gespräch, bis es schließlich auch in die Hände der Politiker übergeht. Auch in diesem Stadium ist noch nicht sicher, ob es ein Thema der öffentlichen Meinung wird. Gewinnt es jedoch an Popularität und kommt es langsam "in Mode", kann es sich als Thema der öffentlichen Meinung etablieren und damit die Funktion einer Struktur des Kommunikationsprozesses übernehmen. In dieser Phase wird es auch in der Tagespresse behandelt; es bilden sich Meinungen über das Thema heraus. Nach und nach wird die Vorgeschichte des Themas als bekannt vorausgesetzt und nicht mehr ausdrücklich

referiert. Das Bescheidwissen bzw. "Nichteingestehbarkeit des Nichtbescheidwissens" (S. 49) wird unterstellt und als Kommunikationsbasis benutzt. Die Meinungen treten in den Vordergrund. "Nicht mehr das Thema selbst, nur noch die Meinungen und Entscheidungen über das Thema stehen zur Verfügung."(S. 40) Schließlich erreicht das Thema den Kulminationspunkt seiner Karriere. Bevor sich die ersten Ermüdungserscheinungen zeigen, müssen die Förderer des Themas nun versuchen, es in den Institutionen der Verwaltung unterzubringen, um eine Wirkung zu erzielen. Die Zeit dafür ist knapp, denn sehr bald verliert jedes Thema seine werbende Kraft und wird zu einer nur noch zeremoniellen Größe, zu einem Symbol guten Willens. Als Impuls für Veränderungen ist das Thema dann tot und sehr schwierig wieder zu beleben.

Das wohl wichtigste Phänomen in der Lebensgeschichte eines Themas ist die Abnahme der Distanz zwischen Thema und Meinung. Im Laufe der Karriere vollzieht sich die Aufnahme der Themengeschichte in den Sinn des Themas selbst. So ist den politischen Themen der öffentlichen Meinung nach Luhmann ein Zug zur Meinungsbildung und Entscheidung eigen. Das politische System ist darauf angewiesen, Themen abzufertigen, d.h. zu bearbeiten, um Raum für neue zu gewinnen. Auf diese Weise übernimmt die öffentliche Meinung "die Funktion eines Steuerungsmechanismus des politischen Systems der zwar Herrschaftsausübung und Meinungsbildung nicht determiniert, aber die Grenzen des jeweils Möglichen festlegt."(S. 42)

Die Lebensgeschichte von Themen der öffentlichen Meinung hängt nicht unmittelbar ab von den Inhalten der Meinungen, sondern ergibt sich daraus, daß öffentliche Meinung ein soziales System strukturiert und daß dies auf verschiedene, aber nicht beliebige Weise geschehen kann. Aus diesen wechselseitigen Beziehungen läßt sich der Schluß ziehen, daß die Karriere von Themen in bestimmter Weise beeinflußbar

sein muß, wenn man sich strategisch richtig verhält. Luhmann nennt hierbei als zwei Strategien die Umgehung der öffentlichen Meinung und ihr taktischer Gebrauch. Umgehen läßt sich die öffentliche Meinung im politischen Prozeß außer bei offizieller Geheimhaltung nur teilweise. Dafür gibt es dann verschiedene Vorgehensweisen: "Man stellt das Thema der öffentlichen Meinung zwar zur Verfügung, aber erst spät oder nur in einzelnen Aspekten. So findet man häufig, daß bestimmte Vorhaben erst dann an die Öffentlichkeit gebracht werden, wenn ihre Durchführung durch direkten Kontakt mit den Entscheidungsstellen bereits gesichert ist."(S. 47) Eine andere Art der partiellen Umgehung der öffentlichen Diskussion beruht auf der Unterscheidung von Themen und Prämissen, d.h. Vorfragen können als schon geklärt hingestellt werden oder durch Unterstellung als selbstverständlich der Diskussion entzogen werden. Wegen der allgemein üblichen und auch unvermeidbaren Unaufmerksamkeit des Publikums hat diese Strategie große Erfolgschancen. Beide Vorgehensweisen sind im hier behandelten Kontext von besonderer Wichtigkeit, da sie in der Kontroverse um die Nutzung der Kernenergie immer wieder angewandt wurden, wie sich später zeigen wird.
Das Gegenteil von Umgehen der öffentlichen Meinung ist das Bemühen, bewußt mit ihr zu arbeiten, also Themen zu fördern und deren Lebensgeschichte gezielt zu steuern. Es erweist sich dabei, daß das Gewinnen von Aufmerksamkeit für ein Thema schwieriger sein kann als die Förderung bestimmter Meinungen dazu. Eine Möglichkeit der Kombination beider Aspekte ist nach Luhmann beispielsweise die Erzeugung von Pseudokrisen, Pseudoneuigkeiten oder Pseudosymptomen des Wählerwillens sowie das Auslösen der Kommunikation eines statushohen Politikers. Alle realisierbaren Taktiken zur gezielten Beeinflussung der Karriere politischer Themen setzen jedoch ein hohes Maß an Information und Überblick voraus. Nicht nur die Zuwendung von Aufmerksamkeit muß

richtig eingeschätzt werden, auch die Geschichte und der Stand des jeweiligen Themas muß bekannt sein; hinzu kommt die soziale Dimension, welche besondere Anforderungen an differenziertes Wissen und taktisches Geschick stellt. Man "muß soziale Kanäle überblicken können, auf denen sich Meinungen verbreiten und verdichten und die Bereitschaften abschätzen können, sich für ein Thema mit bestimmten Meinungen einzusetzen. Das setzt eine recht konkrete Kenntnis der politischen Szene voraus."(S. 49)
Eine Gefährdung der Funktion der öffentlichen Meinung sieht Luhmann in Formen der Verschmelzung von Thema und Meinung, wie etwa "durch technisch bedingte Einseitigkeit der Kommunikation über Massenmedien, durch psychotechnisch überlegtes Arrangement, vor allem aber durch Moralisierung der Kommunikation."(S. 33) Diese manipulative Moralisierung mutet dem Adressaten einer Kommunikation eine Rolle zu, die dessen Selbstwert an bestimmte Meinungen bindet und so praktisch eine Moral mit Annahmezwang konstituiert.

In einem funktionierenden politischen System sollte es anhand engagierender Themen zum Streit der Meinungen kommen, wobei die öffentliche Meinung die Struktur eines begrenzt offenen Kommunikationsprozesses darstellt. Daraus ergibt sich, daß für ihre wissenschaftliche Untersuchung sehr viel komplexere begriffliche Hilfsmittel erforderlich sind, als sie bisher in der Meinungsforschung üblich waren. Luhmann schlägt zu diesem Zweck Untersuchungen vor, "die empirisch ermitteln, wie in verschiedenen komplexen gesellschaftlichen und politischen Systemen die angedeuteten Prozesse sachlicher, zeitlicher und sozialer Artikulation von Themen und Meinungen im öffentlichen Kommunikationsprozeß kompatibel bleiben und sich verknüpfen lassen." (S. 54)

2. Die "latente Phase"

Die friedliche Nutzung der Kernenergie war über Jahrzehnte hinweg ein Thema, für das sich nur Fachleute interessierten. Die Öffentlichkeit befaßte sich allenfalls mit Meldungen über Atombomben und damit zusammenhängenden Ereignissen. So ist es nicht verwunderlich, daß sich die "Vorgeburtsaktivitäten" des Themas Kernenergie über nahezu drei Jahrzehnte hinzogen, nämlich von 1945 bis 1974.

2.1. Die Geburt einer neuen Energieart

Die Ende 1938 von Otto Hahn und Fritz Straßmann in Berlin entdeckte Uranspaltung hatte ein neues Zeitalter in der Wissenschaft eingeleitet. Sehr schnell hatte man erkannt, daß die Zahl der sekundären Spaltungsneutronen ausreichen konnte, um eine sich selbst speisende Kettenreaktion aufrechtzuerhalten. In den Vereinigten Staaten hatte dies zu der Aufnahme des sog. Manhattan-Projekts am 6.August 1939 geführt, eines Projektes, das die Entwicklung der Atombombe zum Ziel hatte. Mit ungeheuerem Aufwand erreichte man dieses Ziel in relativ kurzer Zeit: Die erste Versuchs-Atombombe wurde am 16.Juli 1945 in Los Alamos in New Mexico gezündet; am 6.August 1945 und am 9.August 1945 warfen amerikanische Flugzeuge Atombomben über Hiroshima und Nagasaki ab. Der Schock in der Öffentlichkeit war ungeheuer. Ganz unabhängig von allen militärischen und strategischen Überlegungen wurde jedermann mit einem Schlag klar, daß es hier gelungen war, die Kernspaltung, jene Neuentdeckung der Wissenschaft, zur Grundlage einer der schlimmsten Zerstörungswaffen zu machen. Diese Enttäuschung über die kriegerische Nutzung der Kernenergie drückte sich deutlich in den Ergebnissen einer Umfrage aus: Vor Hiroshima hielten 52 Prozent der amerikanischen Bürger über 18 Jahre die Kernspaltung für eine frucht-

bare, segensreiche Erfindung, nach dem Atombombenabwurf schrumpfte diese Zahl auf 37 Prozent.[1] Das Odium dieser apokalyptischen Vernichtungswaffe hing der Kernenergie noch lange Zeit an, sie ist bis heute nicht ganz davon befreit.

Parallel zum Einsatz der unkontrollierten Kettenreaktion in der Atombombe wurde in den USA an der Nutzbarmachung der kontrollierten Kettenreaktion, also einem Atomreaktor, gearbeitet. Der erste von Enrico Fermi auf einem Sportplatz bei Chicago aufgebaute Kernreaktor wurde am 2. Dezember 1942 kritisch. Mit diesem epochalen Ereignis war die Machbarkeit der kontrollierten Kettenreaktion bewiesen. Die verschlüsselte Mitteilung über diesen Erfolg ist in die Geschichte eingegangen: "Der italienische Seefahrer ist in der neuen Welt gelandet."[2]

Die wirtschaftliche Nutzung der Kernenergie wurde durch dieses Ereignis ermöglicht und erlebte in den darauffolgenden Jahren einen enormen Aufschwung, der sich auch in den Umfrageergebnissen über die Meinung der amerikanischen Bevölkerung manifestiert: 1950 gaben mehr als 60 Prozent der Befragten an, die Entdeckung der Kernenergie habe größeren

---

[1] "Do you think people everywhere will be better off or worse off because somebody learned how to split the atom?" 1945: 52 % better, 22 % worse; 1946: 37 % better, 38 % worse; aus: H.G. Erskine, The Polls: Atomic Weapons and Nuclear Energy.
In: The Public Opinion Quarterly, Nr. 2, 1963, S. 180.
Zitiert nach O. Renn, Die Einstellung der Bevölkerung zur Kernenergie, Diplomarbeit, Köln 1976, S. 9.

[2] H. Michaelis, Kernenergie, München 1977, S. 37.

Nutzen als Schaden gebracht.[1]
Angesichts der politischen Situation nach dem zweiten Weltkrieg war es nicht verwunderlich, daß man in der Bundesrepublik Deutschland erst einige Jahre später an den Bau von Kernreaktoren denken konnte. Schon seit 1952 bestanden allerdings drei Fachkommissionen, die sich mit dem Bau eines ersten Kernreaktors befaßten. Am 8. November 1954 wurde schließlich die Physikalische Studiengesellschaft gegründet, deren Aufgabe satzungsgemäß sein sollte, "die wissenschaftlichen Arbeiten für die friedliche Anwendung der Kernphysik zu fördern."
Mit dem 5.Mai 1955 - dem Tag, an dem die Bundesrepublik Deutschland durch den Abschluß der Pariser Verträge ihre volle Souveränität erhielt - war sie auch auf dem Gebiet der Atomenergieentwicklung zehn Jahre nach Kriegsende frei.[2]

Daß aufgrund dieser neugewonnen Freiheit allerhand Pläne reiften, die sich mit der Energiegewinnung aus Kernspaltung befaßten, wurde begünstigt durch die Energiekrise, in die Deutschland im Sommer 1955 geraten war. Der Wiederaufbau war in vollem Gange, der Energiebedarf stieg rapide an, dabei konnten die Kohleförderung und der Kraftwerksbau nicht mithalten. Die erste Internationale Atomkonferenz in Genf 1955 brachte das Thema Kernenergie schließlich international ins Gespräch. Die USA boten damals den Industriestaaten ihr Know-how über die Konstruktion von Leichtwasserreaktoren ohne Gegenleistung an. "Die Stimmung von Genf schlug sich

---

[1] E. Douvan, S. Withey, Public Reaction to Nonmilitary Aspects of Atomic Energy. In: Science, Vol. 119, January 1954, S. 2.

[2] vgl. auch: Energy Policy and Energy Supply in the Federal Republic of Germany, ed. by British Columbia Hydro and Power Authority, report of visiting group to Germany, Research and Development Department, S. 14.

dank der ungewöhnlichen Aktualität des Themas in der Presse der ganzen Welt nieder. Zum ersten Mal in der Geschichte waren es Naturwissenschaft und Technik, die die Nationen rund um die Erde gemeinsam bewegten. Die Weltmeinung war plötzlich bereit, umzuschwenken und ihre negative Einstellung zur Atomenergie zu ändern."[1]

2.2. Die "Atomeuphorie"

Aus der zu jener Zeit nahezu überschwenglichen Beurteilung der atomaren Entwicklung auf der Welt ergab sich für die Bundesrepublik Deutschland die Verpflichtung, den Rückstand auf diesem Gebiet aufzuholen. Dieser Gedanke, dieser Trend übertrug sich nach und nach auf die Öffentlichkeit, auf Parlamente und Regierungen. 1955 tauchte die Kernenergiefrage erstmals als Thema einer Kabinettssitzung auf. Im Oktober 1955 wurde das Ministerium für Atomfragen gegründet mit der Zuständigkeit für Fragen der Erforschung und Nutzung der Kernenergie für friedliche Zwecke. Atomminister wurde zunächst der CSU-Politiker Franz-Josef Strauß. Kernenergie war zu dieser Zeit kein eigentliches politisches Thema, im Vordergrund stand der Versuch, technologisch Anschluß an die USA, an Frankreich und England zu finden. Am 26.Januar 1956 wurde zur Beratung des Ministers die Atomkommission gegründet, bestehend aus Vertretern von Wissenschaft und Wirtschaft. In dieses Gremium wurden Nobelpreisträger, Industriemanager, hohe Gewerkschaftsfunktionäre, Bankdirektoren und Wissenschaftler berufen, sie trafen sich etwa fünf Mal pro Monat in Bonn, um unter Ausschluß der Öffentlichkeit über Aufbau, Strukturierung und Organisation der Kernenergienutzung zu beraten.Diese Kommission wuchs im Lauf der Zeit stark an,

---

[1] K. Winnacker/K. Wirtz, Das unverstandene Wunder, Düsseldorf 1975, S. 73.

bereits wenige Jahre später umfaßte sie 200 Mitglieder und war aufgeteilt in fünf Fachkommissionen und 15 Arbeitskreise.
Bei der Gründung der Atomkommission waren die Beteiligten geradezu von einer Euphorie erfaßt; ein Augenzeuge beschreibt die Stimmung auf dem Empfang nach der Gründungssitzung: "Der Stil sowohl der Sitzung als auch des Empfangs war charakteristisch für das Gemeinschaftsgefühl, das in jenen jungen Jahren in der Bundesrepublik Deutschland herrschte."[1] Rückblickend lassen sich genügend Dokumente finden, in denen der Beginn des Atomzeitalters als Beginn einer neuen Zeitenwende, als "zweite technisch-industrielle Revolution" verstanden und z.T. nahezu euphorisch begrüßt wird. Diese stürmische Bejahung der friedlichen Kenrenergienutzung Mitte der fünfziger Jahre, die in der Literatur immer wieder zitiert wird, darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß nur ein geringer Prozentsatz der Bevölkerung Anteil an der Entwicklung und Verwirklichung der Kernenergienutzung nahm.[2]

Diese "Atomeuphorie"[3] in der Bundesrepublik Deutschland sollte jedoch nicht allzulange ungetrübt bleiben. 1956 fand im Bundestag die erste Atomdebatte statt. Die Deutsche Atomkommission hatte ein Konzept vorgelegt zur "Förderung der Grundlagen- und angewandten Forschung zur Entwicklung von Reaktoren und zum Bau von Kernreaktoren." Es stand außerdem das Problem der gesetzlichen Regelung aller die Kernenergie betreffenden Fragen zur Lösung an. Die Beratungen über ein "Atomgesetz" sollten sich sehr lange hinziehen und sehr schwie-

---

1 K.Winnacker/K. Wirtz, Das unverstandene Wunder, a.a.O.,S. 78.
2 vgl. O.Renn. Die Einstellung der Bevölkerung zur Kernenergie, a.a.O., S. 13.
3 L. Martin-Edingshaus, Vom Atom-Ei bis Brokdorf, in: Bild der Wissenschaft 4, 118(1977).

rig gestalten. Es war auch mit Widerstand der Bundesländer gegen das Atomgesetz zu rechnen.

2.3. Die Anfänge der Kernenergienutzung in der Bundesrepublik Deutschland

Zunächst wurden 1956 die Grundsteine gelegt für den Aufschwung der Kernenergie in Deutschland. In anderen Staaten baute man bereits Reaktoren, in Deutschland fehlten die Fachleute. Man entschied sich schließlich für eine Dezentralisierung der kerntechnischen Forschung an Institute und Hochschulen. Am 19.Juli 1956 fand in Karlsruhe die Gründungssitzung der gemeinnützigen "Kernreaktor Bau- und Betriebsgesellschaft GmbH" statt, die mit einem Grundkapital von 50 Millionen DM einen Zusammenschluß einer Reihe von Industriefirmen darstellte. Im Sommer 1956 begann die Errichtung des Karlsruher Kernforschungszentrums. Zum ersten Mal artikulierte sich zu diesem Zeitpunkt eine Protestst immung gegen die Kernenergie unter den Bürgern. Die Gründungssitzung in Karlsruhe wurde begleitet von Bürgerprotesten, die zunächst allerdings nur vorübergehend waren.

Ebenfalls 1956 begann der Bau des Kernforschungszentrums Jülich. Die Rheinisch-westfälischen Elektrizitätswerke und das Bayernwerk gaben gemeinsam bei der AEG den Auftrag zur Entwicklung eines 15-Megawatt-Leichtwasserreaktors. In England begann damals bereits die kommerzielle Stromerzeugung aus Kernenergie. Im Oktober 1956 ging dort das Kernkraftwerk Calder Hall mit einer Leistung von 40 Megawatt in Betrieb.
In der Bundesrepublik Deutschland wurde Siegfried Balke am 17. Oktober 1956 Atomminister. Die Förderung der Aktivitäten auf kerntechnischem Gebiet verlief zunächst relativ unorganisiert und planlos. Der Etat des Atomministeriums in diesem Jahr, 33 Millionen DM, konnte nicht einmal ganz aus-

gegeben werden.
Am 16. November 1956 wurden von der Regierungskonferenz für den Gemeinsamen Markt und Euratom die "Drei Atomweisen" berufen, die den zukünftigen Energiebedarf Europas abschätzen sollten. Der von ihnen vorgelegte Bericht enthielt im Wesentlichen die dann später verwirklichten wirtschaftspolitischen Grundsätze und das technische Konzept der europäischen Atomgemeinschaft.[1]

2.4. Das Thema Kernenergie in der öffentlichen Diskussion

Da die Masse der zur Verfügung stehenden Themen unüberschaubar ist, bestimmen nach Luhmann[2] gewisse "attention rules", welche Themen aus dieser großen Menge überhaupt mit Aufmerksamkeit bedacht werden. Solche Aufmerksamkeitsregeln steuern also die Konstruktion politischer Themen. In dieser Vorstufe heißt Zuwendung von Aufmerksamkeit noch keineswegs auch gleichzeitig Bindung an bestimmte Meinungen. Die möglichen Themen durchlaufen zunächst einfach das "Filter" der Aufmerksamkeitsregeln, welches dem eigentlichen Kommunikationsprozeß vorgeschaltet ist.
In der "latenten Phase" des Themas Kernenergie spielen zunächst hauptsächlich zwei Aspekte eine entscheidende Rolle: einerseits eine gewisse, nicht genau definierte Skepsis der Landbevölkerung gegenüber der neuen Technik, begründet auf Befürchtungen wegen einer Gefährdung ihrer landwirtschaftlichen Lebensgrundlagen; andererseits starke Bedenken wegen der möglichen Verwendbarkeit der Kernenergie zu militärischen

---

[1] vgl. H. Michaelis, Kernenergie, a.a.O., S. 199.
[2] Luhmann, N., Öffentliche Meinung, in: Zur Theorie der politischen Kommunikation, W.R. Langenbucher (Hrsg.) München 1974.

Zwecken. Beide Aspekte beruhen auf "attention rules", aufgrund derer das Thema Kernenergie überhaupt ins Gespräch kommt. Eine Gefährdung der landwirtschaftlichen Lebensgrundlagen würde für die Betroffenen eine schwere Krise darstellen. Man befürchtet eine diffuse Bedrohung des gewohnten Anspruchsniveaus in Bezug auf Berufausübung und Broterwerb. Dabei ist es nicht von entscheidender Bedeutung, ob die angenommene Gefährdung den Tatsachen entspricht oder nicht; ausschlaggebend für die Zuwendung von Aufmerksamkeit ist ausschließlich die subjektiv empfundene Bedrohung.
Während in den zwei darauffolgenden Jahren die Aktivitäten auf dem Sektor Kernenergie verstärkt weitergingen - Forschungsreaktoren in Karlsruhe, Garching, Frankfurt, Berlin und Geesthacht wurden gebaut; in Kahl begann der Bau eines kommerziellen Leichtwasserreaktors - fanden erste konkrete Aktionen gegen die Kernenergie in Karlsruhe statt: die Entscheidung Adenauers, dort den ersten Reaktor zu errichten, stieß auf Schwierigkeiten. Der Karlsruher Bürgermeister Stotz lehnte den Bau ab mit der Begründung,"die Bevölkerung wehre sich gegen den Reaktorbau, weil sie inzwischen erfahren habe, daß mit der Atomphysik auch Gefahren verbunden seien."[1]

Die Bedenken wegen der militärischen Nutzung der Kernenergie sind zu dieser Zeit sehr viel konkreter und gleichzeitig wesentlich globaler, da sie nicht nur von einem eng begrenzten Kreis von Betroffenen vorgebracht werden, sondern im Grunde jeden Bürger tangieren. Die überragende Priorität des Friedens als Wert an sich und die teilweise noch unmittelbar erlebte Erfahrung des Krieges läßt das Thema Kernenergie-Nutzung als so wichtig erscheinen, daß es sich als politi-

---

[1] L. Martin - Edingshaus, Vom Atom-Ei bis Brokdorf, a.a.O., S. 119.

sches Thema etablieren kann. Vor allem darüber herrscht Unruhe, daß keine Garantie möglich sei, Kernenergie nie für kriegerische Zwecke zu verwenden. Die öffentlichen Bedenken wurden bestärkt durch die sog. "Göttinger Erklärung", die am 12.April 1957 erschien und großes Aufsehen erregte. Darin sprachen sich 18 führende deutsche Atomwissenschaftler, darunter Max Born, Otto Hahn, Werner Heisenberg, Max von Laue und Carl Friedrich von Weizsäcker, gegen eine atomare Bewaffnung der Bundeswehr aus. Sie betonten insbesondere die verheerende Wirkung von Atomwaffen sowie die unbegrenzten Möglichkeiten bei der Entwicklung immer stärkerer Bomben. "Heute kann eine taktische Atombombe eine kleine Stadt zerstören, eine Wasserstoffbombe aber einen ganzen Landstrich von der Größe des Ruhrgebiets zeitweilig unbewohnbar machen. Durch Verbreitung von Radioaktivität könnte man mit Wasserstoffbomben die Bevölkerung der Bundesrepublik heute schon ausrotten. Wir kennen keine technische Möglichkeit, große Bevölkerungsmengen vor dieser Gefahr sicher zu schützen."[1] Diese Erklärung erregte in der Öffentlichkeit große Unruhe. Man hatte ja immer noch deutlich die Zerstörungen und das Elend des Zweiten Weltkriegs vor Augen, außerdem zeigten sich nun auch die Spätschäden der Bombenabwürfe in Japan. Mit der "Göttinger Erklärung" sollte nach Meinung der Verfasser ein deutlicher Trennungsstrich gezogen werden zwischen friedlicher Nutzung und kriegerischer Anwendung der Kernenergie. Man erhoffte größeres Verständnis für die Arbeiten an der friedlichen Verwendung der Atomenergie in Deutschland.
Andere Fachleute auf dem kerntechnischen Sektor befürchteten jedoch durch diese "Göttinger Erklärung" einen starken Rückschlag bei der Bewertung der Kernenergie-Entwicklung.

---

[1] K. Winnacker/K. Wirtz, Das unverstandene Wunder, a.a.O., S. 125.

Man glaubte, die psychologische Wirkung werde sein, daß wieder einmal die zerstörerische Kraft der Atombombe mit dem Begriff der Kernenergie gleichgesetzt wurde. Im Grunde genommen hatten alle militärisch-politischen Überlegungen mit dem Bau von Kernreaktoren nichts zu tun. Doch wer konnte erwarten, daß die Öffentlichkeit auf diesem schwierigen Gebiet die Dinge klar auseinanderhielt?

Durch die so entstandene Situation befanden sich insbesondere Wissenschaftler und Industrielle, aber auch Politiker in einer ganz ungewohnten Lage. "Es war ungewohnt und lästig, sich einer Kritik zu stellen, in der über Gegenwärtiges oder Zukünftiges allzu früh gesprochen wurde. Die Berichterstatter der Presse und der übrigen Nachrichtenmedien mußten lernen, mit Sachkunde und Selbstkritik über Dinge zu berichten, die, wie im Fall Kernenergie, schwer verständlich, kostspielig und politisch brisant sind."[1]

Hier liegen die Wurzeln einerseits für eine sachgerechte Öffentlichkeitsarbeit der Wissenschaft, andererseits für die technisch-wissenschaftliche Berichterstattung in den Massenmedien, insbesondere in den Tageszeitungen. Die Öffentlichkeitsarbeit der großen Forschungszentren hat seither daran gearbeitet, der Bevölkerung Sinn, Ziel und Zweck der forscherischen Tätigkeit klarzumachen, nicht nur wegen der Kosten, die die Forschung verursacht, sondern auch wegen der moralischen Verpflichtung, die sie hat, und wegen der Hilfe, die sie braucht, wenn sie Neuland betreten will.
Schließlich gelang es auch, der Öffentlichkeit klarzumachen, daß die Arbeiten an der Kernenergie-Nutzung in der Bundesrepublik Deutschland nichts mit atomarer Aufrüstung

---

[1] K. Winnacker/K. Wirtz, Das unverstandene Wunder, a.a.O., S. 74.

zu tun hatten und in diesem Sinne unbedenklich waren. Auch das Verständnis der Karlsruher Bevölkerung konnte geweckt werden; dort entstand das bis heute größte Kernforschungszentrum Deutschlands.

Während dieser Zeit fanden die ersten Beratungen über das Atomgesetz statt. Im Februar 1957 hielt der Bundestag die erste Lesung ab. Das Gesetz scheiterte bereits in den beiden ersten Lesungen; um den Mangel zu überbrücken, wurden schließlich Gesetze auf Landesebene notwendig.

Nach den Bundestagswahlen Ende 1957 verliefen die Verhandlungen über das Atomgesetz sehr viel weniger emotionell. Eine Gedankenverbindung zwischen friedlicher Nutzung der Kernkraft und atomarer Rüstung bestand kaum noch. Das Atomgesetz trat schließlich am 1.Januar 1960 in Kraft.

Die Beschäftigung der öffentlichen Meinung mit dem Thema Kernenergie hatte nebenbei auch noch ein ganz konkretes Ergebnis: Unter dem Eindruck der allgemeinen Unruhe über die Zunahme der radioaktiven Strahlung, verursacht durch die Atomwaffentests und die voranschreitende Verwendung der Kernenergie, beschloß 1956 der Bundestag, einen Sonderausschuß "Radioaktivität" einzusetzen, der unabhängig von der Atomkommission arbeiten sollte.

2.5. Der Aufschwung der Kernenergie-Nutzung in der Bundesrepublik Deutschland

Im Jahr 1957 fanden eine Reihe wichtiger Programme ihren Anfang. Im März wurde das "Eltviller Programm" verabschiedet, das die Verteilung der einzelnen Forschungsrichtungen festlegte.[1] Am 25. März fand in Rom die Unterzeichnung des

---

[1] vgl. R. Gerwin, Kernkraft heute und morgen, Stuttgart 1971, S. 27.

Euratom-Vertrages statt. Schließlich wurde am 9. Dezember 1957 das erste Deutsche Atomprogramm vorgestellt. Es stellte einen Rahmenplan für die nächsten sechs Jahre dar und hatte den Bau wettbewerbsfähiger Leistungsreaktoren, die Energiegewinnung durch Kernspaltung, die Herstellung des Anschlusses auf technologischem Gebiet ans Ausland und die Krisenfestigkeit in der Brennstoffversorgung zum Ziel. Bei alledem wurde der Aspekt der "höchstmöglichen Sicherheit beim Bau von Kernreaktoren" stark betont. Die Kosten für Forschung und Entwicklung sollte der Staat tragen.[1]
Inzwischen existierten in der Bundesrepublik Deutschland bereits mehrere Kernforschungsanlagen und kerntechnische Gesellschaften,[2] was jedoch nicht ungeteilten Beifall fand. "Der Eifer bei der Gründung kerntechnischer Gesellschaften war in den Augen mancher Zweifler und Kritiker freilich nur ein Beispiel deutscher Vereinsmeierei."[3]

Am 26. Mai 1959 wurde das Deutsche Atomforum gegründet. Die Haupttriebfeder hierfür war wohl, für die junge Kernenergie Verständnis und Förderung in der breiten Öffentlichkeit zu finden.[4]
Im August 1958 fand die Zweite Internationale Konferenz der UNO über die friedliche Nutzung der Kernenergie statt. In Deutschland wurde die Reaktorsicherheitskommission berufen; man diskutierte die Entscheidung über den Bau eines Prototyp-Schiffsreaktors; 1960 begann die Entwicklung der beiden Reaktorlinien Hochtemperaturreaktor und Schneller Brüter.

---

[1] Erstes Deutsches Atomprogramm, Bonn 1957.
[2] vgl. Fünfter Forschungsbericht der Bundesregierung, Bonn 1975, S. 156 ff.
[3] K. Winnacker/K. Wirtz, Das unverstandene Wunder, a.a.O., S. 198.
[4] vgl. H. Michaelis, Kernenergie, a.a.O., S. 198.

Im Juni 1960 wurde die erste Strahlenschutzverordnung erlassen. Einige neue Reaktoren gingen in Betrieb; die Kernforschungsanlage Jülich wurde gegründet. 1961 trat Balke zurück, sein Ministerium wurde umbenannt in Bundesministerium für Atomkernenergie, schließlich in Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung. Nachfolger Balkes wurde Minister Hans Lenz (FDP). Währenddessen erzeugten in den USA bereits Kernreaktoren kommerziell Strom.
In der Öffentlichkeit war die Kernenergie zu dieser Zeit kein besonders stark strapaziertes Thema. Die Entwicklung der Kernenergie-Nutzung wurde weder für besonders dringlich noch für besonders gefährlich gehalten. Kohle und Öl schienen für genügend lange Zeit die Sicherung von Primärenergie zu gewährleisten. Es herrschte teilweise sogar Angst, daß Arbeitsplätze im Kohlebergbau verlorengehen könnten, wenn die neue Energiequelle konkurrenzfähig geworden sein würde. Andererseits gab es ernstliche Vorbehalte nur gegen den Anstieg der Radioaktivität durch die zunehmende Zahl der Atombombenversuche. Die frühere Sorglosigkeit in Bezug auf die Wirkung ionisierender Strahlung (in fast jedem Schuhgeschäft gab es ein Röntgengerät) war langsam einem zunehmenden Interesse an Fragen der biologischen Wirkung der Radioaktivität gewichen. Dies war insbesondere bedingt durch die genaue Beobachtung der Strahlenwirkungen an den Bombenopfern in Hiroshima und Nagasaki. Nach zahlreichen Kern-Versuchsexplosionen im Zuge der nuklearen Aufrüstung, als die Strahlenbelastung in der Atmosphäre tatsächlich um 25 Prozent angestiegen war, regten sich Aufmerksamkeit und Empörung der Weltöffentlichkeit, die damals zum erstenmal Ergebnisse dieser weltweiten Messungen erfuhr. Unter dem Druck der öffentlichen Meinung schlossen die drei großen Atommächte USA, UdSSR und Großbritannien am 25.Juli 1963 einen Vertrag, der sie dazu verpflichtete, Kernexplosionen von nun an weder in der Atmosphäre, noch unter Wasser oder im Weltraum, sondern nur noch unter der Erde auszulösen. Dieser Vertrag wurde

nach und nach von weiteren 90 Staaten unterzeichnet. Nur Frankreich, China und Indien verweigerten die Unterschrift.[1]

Die Entwicklung der friedlichen Kernenergie-Nutzung in der Bundesrepublik Deutschland ging unterdessen weiter. Der Bau eines Leichtwasserreaktors in Gundremmingen wurde beschlossen. Der Forschungsreaktor FR2 in Karlsruhe ging 1962 voll in Betrieb, die Baulinie wurde mit dem Mehrzweckforschungsreaktor weitergeführt. 1963 trat das Zweite Deutsche Atomprogramm in Kraft, das zweieinhalb Milliarden DM an Förderungsgeldern für die nächsten fünf Jahre vorsah. In Wirklichkeit stiegen die Kosten in dieser Zeit dann fast auf vier Milliarden an.
Im Jahr 1964 begann die AEG, im Auftrag des Bundes in Großwelzheim bei Frankfurt einen Heißdampfreaktor zu bauen. Ebenfalls 1964 fand der Stapellauf der "Otto Hahn" statt, des ersten atomgetriebenen Schiffes. Die deutsche Industrie fand auf dem Kernenergie-Sektor allmählich den Anschluß ans Ausland. 1964 gab es in der Bundesrepublik Deutschland bereits zehn Forschungsreaktoren. Die beiden ersten Leichtwasser-Demonstrationsanlagen in Lingen (250 Megawatt) und Obrigheim (300 Megawatt) waren im Bau. Sie bildeten die

---

[1] "Mit der Unterzeichnung des Teststopabkommens zwischen den USA und der UdSSR erlischt der Protest gegen die nukleare Aufrüstung und die Angst schwindet. ..Eine kriegerische Auseinandersetzung mit Mitteln der atomaren Rüstung scheint aus Gesichtspunkten der Selbsterhaltung von der internationalen Großmachtpolitik verbannt, die Stellvertreterkriege mit konventionellen Waffen (etwa Vietnam) rücken stärker ins öffentliche Bewußtsein." Aus: O. Renn, Die Einstellung der Bevölkerung zur Kernenergie, a.a.O., S. 14.

unverzichtbare Grundlage für den eigenständigen Bau von Kernkraftwerken durch deutsche Firmen.

Bis zum Ende der sechziger Jahre konnten Kernkraftwerke überall auf der Welt ohne nennenswerten Widerstand der Bevölkerung gebaut und in Betrieb genommen werden, in einigen Orten und Ländern rissen sich Gemeinden geradezu um die Genehmigung zum Bau eines Kernkraftwerks.[1] In der Festschrift zum 10-jährigen Bestehen des Forschungsreaktors in Garching bei München rühmt die Gemeinde den guten Einfluß, den der Reaktor auf die Gemeindeentwicklung ausgeübt habe. Die Gemeinde stehe voll zu ihrer Entscheidung für die Wissenschaft und die daraus resultierende Entwicklung. "Sie wünscht, daß die Wissenschaft hier eine gute und dauerhafte Heimstatt finden werde und ist bereit, alles in ihren Kräften stehende zu tun, um dieses Ziel zu erreichen."[2]

So schnell allerdings, wie im ersten Atomprogramm geplant, ging der Ausbau der Kernenergie doch nicht voran. 1964 waren noch nicht 500 Megawatt, wie vorgesehen, sondern erst 340 Megawatt installiert oder im Bau. Im September 1964 schließlich, auf der Dritten Internationalen Atomkonferenz in Genf, konnte die deutsche Industrie mit Recht behaupten, sie habe den Anschluß in der Technologie an internationale Standards gefunden.

Relativ unbeachtet von der Presse fand damals eine jahrelange Kontroverse im Südschwarzwald statt. Im Ort Menzenschwand hatte man 1961 ein Uranvorkommen entdeckt. In den

---

[1] vgl. G. Schuster, Die Kontroverse über die Einführung der Atomenergie. In: Das Leben, Nr. 5,6. Wiesbaden 1971, S. 118.

[2] Festschrift anläßlich des 10-jährigen Bestehens des Atomreaktors, Garching bei München, Oktober 1967.

Jahren 1962/63 wurden dort etwa 2000 Tonnen Erz gefördert, zu der Aufbereitungsanlage in der Steinau transportiert und dort zu Urankonzentrat verarbeitet. Diese Arbeiten mußten jedoch eingestellt werden, weil Gemeinde und Landesbehörde entschieden, daß die Ruhe des stillen Tals und der Fremdenverkehr gestört würden. Auch die Wasserversorgung, die Tier- und Pflanzenwelt seien gefährdet. Das Amtsgericht St. Blasien verfügte am 16.September 1963 die Einstellung der Arbeiten am Uranvorkommen. Mehr als fünf Jahre lang beschäftigte der "Fall Menzenschwand" die lokale Öffentlichkeit, Behörden und politische Institutionen bis hin zum Atomministerium und Bundestag. Die Gewerkschaft Brunhilde, die im Besitz der Schürfrechte war, erhob schließlich Klage gegen das Land Baden-Württemberg. Dieser Prozeß ist bis heute nicht entschieden. Erst 1972 erzielten die Gewerkschaft Brunhilde und die "Kurbetrieb Menzenschwand GmbH" eine teilweise Einigung, so daß die Uranuntersuchungsarbeiten ab 1973 in geringem Umfang weitergeführt werden konnten.

Mit großem finanziellen und technischen Aufwand wurde die Kernenergie-Entwicklung weitergetrieben. Der Mehrzweckforschungsreaktor in Karlsruhe lieferte 1966 erstmalig Strom, gleichzeitig begann man dort mit dem Bau einer "Kompakten natriumgekühlten Kernenergieanlage". Regierung und Industrie beteiligten sich zwar verschieden stark, aber mit großem Engagement an der Förderung der neuen Energie. Chef des Forschungsministeriums war inzwischen Gerhard Stoltenberg geworden.

1967/68 gelang es der Industrie zum erstenmal, zwei Kernkraftwerke ohne staatliche Unterstützung fertigzustellen: der AEG in Würgassen und Siemens in Stade. 1968 nahmen auch die Kernkraftwerke in Lingen und Obrigheim den Betrieb auf.

Nach langen Diskussionen wurde am 1. Juni 1968 in der UNO der Atomwaffensperrvertrag verabschiedet. Am 28. November 1969 unterzeichnete ihn auch die Bundesrepublik Deutschland. Er trat am 5.März 1970 in Kraft. Bereits der erste Vertragsentwurf hatte in der deutschen Presse ein gutes Echo gefunden, weil er die Entspannungstendenzen wesentlich zu fördern schien.

Am 22. Oktober 1969 kam der neue Minister Hans Leussink ins Amt. Bei der Regierungsbildung entstand unter ihm ein Ressort mit der Bezeichnung "Bildung und Wissenschaft". In diesem Ministerium wurden die Bundeskompetenzen des gesamten Bildungs-, Schul- und Universitätswesens wie auch die Wissenschaftsförderung einschließlich der Kernenergie zusammengefaßt. Die Kernenergie wurde der Unterabteilung IV B "Kernforschung und Kerntechnik" zugeordnet. Der Schwerpunkt der ministeriellen Aufmerksamkeit wandte sich mehr dem Bildungswesen zu.
Während Leussinks Amtszeit wurde die Deutsche Atomkommission aufgelöst, die sich bis dahin als alleiniges und besonders einflußreiches Beratergremium des Ministers in Sachen Kernenergie etabliert hatte. Die Regierung beanstandete seine Überalterung, die hierarchische Zusammensetzung und die Undurchsichtigkeit der Verhandlungen und Beschlüsse. Man ging zu ad-hoc-Ausschüssen und Hearings über.

Im März 1972 legte Hans Leussink sein Amt nieder; sein Nachfolger war Klaus von Dohnanyi. Unter seiner Amtsführung begann erstmalig in der deutschen Politik die Förderung von Forschungsvorhaben zur Prüfung alternativer Energiequellen. Die Unterabteilung "Reaktorsicherheit" ging über an das Bundesministerium des Inneren. Beim Amtsantritt Horst Ehmkes am 15.Dezember 1972 wurde das Ministerium umgeändert in ein "Bundesministerium für Forschung und Technologie". Entsprechend dem Namen wurden auch die Zuständigkeiten geän-

dert. Die Bereiche Bildung und Wissenschaft faßte man in einem Ressort zusammen. Weiter wurden alle Fragen, die mit Genehmigung und Sicherheit von Kernkraftwerken zu tun haben, an das Bundesministerium des Inneren abgegeben.

Kernkraftwerks-Entwicklung und Kernkraftwerks-Bau hatten inzwischen in der Bundesrepublik Deutschland weitgehend das Stadium kommerzieller Nutzung erreicht. 1969 war die Kraftwerk Union gegründet worden, ein Zusammenschluß von Siemens und AEG beim Bau von Kernkraftwerken. Beim Bau des Kernkraftwerks in Biblis wurde erstmalig die serienmäßige Herstellung von Leichtwasser-Kernkraftwerken erprobt. Diese Reaktorlinie war und ist bis heute die erfolgreichste im deutschen Kernkraftwerks-Bau. Andere Linien waren weniger erfolgreich und wurden zum größten Teil mit Verlust wieder eingestellt. Nur die Entwicklung des Schnellen Brüters wurde bis heute stark weitergefördert. In Kalkar soll der Prototyp entstehen. 1973 erschien ein Energieprogramm der Bundesregierung, das erstmals eine Vorschau gab bis zum Jahr 1985. Es ging davon aus, daß der Primärenergieverbrauch in Zukunft um 4-5 Prozent pro Jahr steigen würde. Die Steigerung für Kohle und Erdöl wurde relativ gering angesetzt, was durch die Ölkrise im Herbst 1973 überraschend gut bestätigt wurde.
1973 wurde das Vierte Deutsche Atomprogramm vorgelegt. Die Ölkrise hatte ihre Wirkung nicht verfehlt. Erstmalig seit den Anfängen der Kernenergie wurde diese Energiequelle sehr selbstverständlich und positiv in die realistischen Überlegungen miteinbezogen.[1] Bis dahin hatte es immer langer Diskussionen bedurft, um die Zustimmung des Parlaments zu den jeweiligen Atomprogrammen und ihrem Finanzbedarf zu erreichen.

---

[1] Viertes Deutsches Atomprogramm der Bundesrepublik Deutschland für die Jahre 1973 bis 1976, Bonn 1973.

3. Der "Durchbruch"

Ende der sechziger Jahre war in der Bundesrepublik Deutschland eine Tendenz zu beobachten, die auf mehr Skepsis gegenüber der Kernenergie-Entwicklung hinzielte. Es bereiteten sich damals die Wert- und Einstellungsänderungen vor, die später die Kontroverse um die Kernenergie entscheidend beeinflußten. In der Bundesrepublik war ein hohes Maß an Wohlstand erreicht. Die Studentenbewegung mit ihrer Kritik am technologischen Diktat, die "Zurück zur Natur"- Bewegung, das steigende ökologische Bewußtsein weckten zunehmend Zweifel daran, ob Staat und Gesellschaft den richtigen Zielen zustrebten.[1]

Hinzu kam der Einfluß der USA: Dort gab es seit dem Ende der sechziger Jahre eine Bewegung gegen Kernkraftwerke, die, obschon anfangs kaum beachtet, zu Beginn der siebziger Jahre innerhalb kurzer Zeit an Einfluß gewann und ein erhebliches Ausmaß annahm. Wie das vielfach bei Tendenzen und Modeerscheinungen der Fall ist, wurde auch diese Bewegung aus den Vereingten Staaten importiert.

"Es ist sicher kein Zufall, daß dieses Phänomen zu einer Zeit auftrat, als das Buch "Grenzen des Wachstums" des Club of Rome ein Bestseller war, als in der studentischen Jugend viel von Konsumverzicht und einfachem Leben geredet wurde, als während des Vietnam-Krieges Demonstrationen

---

[1] vgl. auch: O. Renn, Die Einstellung der Bevölkerung zur Kernenergie, a.a.O., S. 15 ff.;
K. Winnacker/K. Wirtz, Das unverstandene Wunder, a.a.O., S. 114 ff.;
H. Matthöfer, Kernenergie und Öffentlichkeit, Rede vor der Reaktortagung in Nürnberg am 10.April 1975, veröffentlicht als Sonderdruck des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, aus Nr. 48/S. 455 - 458, Bonn 1975, S. 1.

gegen den sogenannten Military-Industrial Complex stattfanden und als die neuen Disziplinen der Friedensforschung, der Zukunftsforschung und des Technology Assessment aufblühten, die ja alle darauf gerichtet sind, die Katastrophen, die von der Zukunft erwartet werden, möglichst rechtzeitig vorherzusehen, um noch Gegenmaßnahmen versuchen zu können. Das gehört alles zum Geist unserer Zeit, einer Zeit relativen Friedens und relativen Wohlstands, die nach vollendetem Aufbau, weitgehender Industrialisierung und nach Erreichen einer noch nie dagewesenen Höhe des Lebensstandards unsicher geworden ist über die Möglichkeit, das Erreichte zu halten. Man hat Angst."[1]

Die ersten Erfahrungen mit Kernkraftwerken wurden in der Öffentlichkeit sehr kritisch beobachtet, besonders als aus den USA immer wieder Mißerfolgsmeldungen kamen, wie z.B. beim Bau eines 300 Megawatt-Hochtemperatur-Prototyp-Reaktors. Die Diskussionen über die Lebenswichtigkeit der Kernenergie zogen sich jahrelang hin. Zu einer Zeit, da ihre Notwendigkeit wieder einmal heftig umstritten war, kam das Dritte Deutsche Atomprogramm zustande. Es wurde nach dem Regierungswechsel 1969 von der neuen Regierung übernommen und verabschiedet. Das Deutsche Atomforum habe dabei nach Meinung von Winnacker und Wirtz "wertvolle Dienste geleistet. Seine überparteiliche Stellungnahme erhielt besonderes Gewicht, weil im Präsidium alle vier Parteien des Bundestages vertreten sind und in den Grundfragen der Kernenergie immer volle Einigkeit besteht."[2] Auch die Öffentlichkeits-

---

[1] K. Gottstein, Die nukleare Kontroverse in den USA. Welche Lehren ergeben sich für die Bundesrepublik Deutschland?, Vortrag vor dem Deutschen Atomforum, Bonn, 18. November 1975, S. 11.

[2] K. Winnacker/K. Wirtz, Das unverstandene Wunder, a.a.O., S. 266.

arbeit des Deutschen Atomforums habe ihre Wirkungen gehabt:"Im Lauf der Zeit gelangte die Presse zu einer recht sachlichen Berichterstattung. Ohne sie wäre die gesamte Arbeit für die Kernenergie, besonders auch für die Beschaffung der staatlichen Mittel, gar nicht möglich gewesen. Wenn die Sachverständigen mit der Presse hierbei nicht immer einer Meinung waren, so hat das der Sache nicht geschadet. Es ist schließlich nicht ganz leicht, naturwissenschaftliche und technische Probleme auf einem so diffizilen Gebiet dem gebildeten Laien auseinanderzusetzen. Das Deutsche Atomforum mußte, wenn es sich wirklich als öffentliches Gewissen betrachten wollte, gerade diese Pressearbeit außerordentlich pflegen und ihr mit großer Sorgfalt nachgehen."[1] Es ist wichtig, zu wissen, daß die Verfasser dieser Zeilen langjährige führende Mitglieder des Deutschen Atomforums waren und sind. Daraus erklärt sich die wohl etwas sehr idealistische Darstellung der Rolle des Deutschen Atomforums. Es kann allerdings nicht bestritten werden, daß insbesondere zur damaligen Zeit das Deutsche Atomforum nahezu der einzige aufgeschlossene Gesprächspartner in Sachen Kernenergie für die Massenmedien war.

Die Ölkrise brachte einen neuen Aspekt in das Bewußtsein der Öffentlichkeit. "Die Entscheidung, Öl als Waffe einzusetzen, wird allgemein als Beginn einer neuen Ära der Energiewirtschaft und Energiepolitik angesehen, obwohl sich die Weltenergieversorgung schon in den vorangegangenen Jahren in Richtung auf eine krisenhafte Zuspitzung hinbewegte."[2] Durch die Schwierigkeiten während der Ölkrise hat sich in

---

[1] K. Winnacker/K. Wirtz, Das unverstandene Wunder, a.a.O., S. 106.

[2] H. Michaelis, Kernenergie, a.a.O., S. 155.

der Öffentlichkeit die Einsicht durchgesetzt, daß zuviel Erdöl verbraucht wird, und daß man die Bodenschätze, die in Jahrmillionen entstanden sind, nicht durch Jahr für Jahr steigenden Konsum in wenigen Jahrzehnten vernichten darf."Es wird vielleicht einmal die einzige glückliche Konsequenz aus der Willkür der Ölkrise sein, daß die Menschen den Ernst der Situation erkannt haben und hoffentlich nicht wieder vergessen."[1]
Die "Zurück zur Natur"-Bewegung einerseits und die Ölkrise andererseits hatten die Diskussionen über Energiebereitstellung und -verbrauch weitgehend ins Licht der Öffentlichkeit gerückt. Beide Aspekte befaßten sich mit der Gefährdung so allgemein anerkannter Werte und hatten einen so unmittelbaren Bezug zum Erfahrungsbereich jedes einzelnen, daß sie für das "Einfangen" von Aufmerksamkeit geradezu prädestiniert waren. Entsprechend wurde das Thema Energie und damit auch Kernenergie mehr und mehr in den Medien beachtet.

3.1. Der Proteststurm in Wyhl

Indessen bahnte sich zur gleichen Zeit der große Proteststurm gegen das Kernkraftwerk in Wyhl an. Bereits im Jahr 1965 hatten erste Kontakte stattgefunden zwischen der Badenwerk AG, der Energieversorgung Schwaben und der Stadtverwaltung von Breisach. Dort sollte eventuell ein Kernkraftwerk gebaut werden. Konkrete Gestalt nahmen diese Pläne an, als die Antragstellerin 1970 ein größeres Waldgelände, etwa fünf Kilometer von Breisach entfernt, erwarb und im Juni 1971 Antrag stellte auf Errichtung eines Kernkraftwerks mit vier Blöcken zu je 65 Megawatt. Später re-

---

[1] K. Winnacker/K. Wirtz, Das unverstandene Wunder, a.a.O., S. 344.

duzierte man den Antrag auf nur zwei Blöcke. Die Öffentlichkeit erfuhr durch einen Zufall von dem Projekt. Spaziergänger entdeckten im Wald von Breisach im Jahr 1970 eine kleine Baustelle, auf der ein Meßturm errichtet wurde. Beschäftigte erklärten auf Fragen:"Hier wird ein Kernkraftwerk gebaut."[1] Daraufhin sandte eine Gruppe von Bürgern ein Telegramm an Ministerpräsident Filbinger, in dem auf die möglichen schädlichen Einflüsse auf den Weinbau hingewiesen und das Kernkraftwerk spontan abgelehnt wird. "Die Aktiven der ersten Stunde sind Angehörige der Mittelschicht mit stabiler beruflicher Grundlage, z.T. mit akademischer Ausbildung."[2] Sie initiierten zunächst eine systematische Informations- und Mobilisierungskampagne. Es entstand das "oberrheinische Aktionskomitee" am 21.Juli 1971 und eine zweite Bürgerinitiative betroffener Winzer. Ziel des Protests war die Verhinderung eines Kernkraftwerks am Kaiserstuhl.

Nach einer ersten öffentlichen Konfrontation bei einer Veranstaltung des Deutschen Atomforums im Herbst 1971 in Breisach startete das Aktionskomitee eine Unterschriftensammlung gegen das Kernkraftwerk, bei dem 65 548 Unterschriften und 410 Einzeleinsprüche zusammenkamen. Am 16.September 1972 organisierten die beiden größten Bürgerinitiativen eine Traktordemonstration nach Breisach, an der mehr als 500 Fahrzeuge teilnahmen. Der Erörterungstermin am 31.Oktober 1972 verläuft nach Angaben von Teilnehmern "chaotisch". Nach diesem Termin ruht das Projekt längere Zeit, und die öffentliche Diskussion beruhigt sich. Sie erwacht erst wieder, als

---

[1] Interview mit Leitern von Bürgerinitiativen in Breisach. Zitiert nach S. van Buiren et al., Bürgerinitiativen im Bereich von Kernkraftwerken, Bericht für das Bundesministerium für Forschung und Technologie, Bundesministerium für Forschung und Technologie (Hrsg.), Bonn 1975, S. 128.

[2] ebenda.

im Juli 1973 bekannt wird, daß nunmehr Wyhl als möglicher Standpunkt in Aussicht genommen sei.[1]

Die Gegner von Breisach bildeten nun eine breite Grundlage für den Protest gegen das Kernkraftwerk Wyhl. Der Widerstand gegen das Projekt fand seinen Ausdruck in einer ständig wachsenden Anzahl von Neuorganisationen in den Nachbargemeinden von Wyhl. Ende 1974 wurden auf einem Flugblatt bereits 21 aktive badische und elsässische Bürgerinitiativen genannt. Als am 18.Mai 1974 im baden-württembergischen Staatsanzeiger die Meldung erschien, die Landesregierung habe beschlossen, ein neues Kernkraftwerk im Wyhler Auwald zu bauen, formierte sich massiver Protest. "Überall im Breisgau flammte der Widerstand auf. Die Berufsfischer demonstrierten auf dem Rhein mit ihren Booten, Bauern und Winzer organisierten Traktordemonstrationen, Bürger verfaßten und verteilten Flugblätter. Aber daß die Methoden von Breisach genügen würden, um auch die Wyhler Kernkraftwerkspläne zu verhindern, schien von Anfang an unwahrscheinlich. Und tatsächlich war dann schließlich der Bürgeraufstand gegen Wyhl von anderer Qualität."[2]

Während der vierwöchigen Einspruchsfrist nach der Veröffentlichung des Kabinettsbeschlusses im Staatsanzeiger brachten acht Gemeinden, 50 Vereinigungen, 330 Einzeleinsprecher und per Sammeleinspruch 89 430 Bürger ihre Einwände beim Landratsamt Emmendingen vor. Das waren ca. 40 000 Einsprüche mehr als in Breisach.

---

[1] Stuttgarter Zeitung, 20.Juli 1973.

[2] H. - H. Wüstenhagen, Bürger gegen Kernkraftwerke, Hamburg 1975, S. 38.

Beim Erörterungstermin am 9.Juli 1974 in der Wyhler Turnhalle kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Vertretern des Wirtschaftsministeriums und den Bürgern, Auseinandersetzungen, die sogar in Tätlichkeiten endeten. Die ganze Situation wurde zusätzlich noch dadurch verschärft, daß auf zwei öffentlichen Müllkippen radioaktiver Abfall gefunden wurde.[1]

Trotz großer Bemühungen auf beiden Seiten schaffte es weder die Landesregierung, sich durchzusetzen, noch gelang es den Vertreten der Bürgerinitiaiven, ihren Bedenken den nötigen Nachdruck zu verleihen. Widersprüchliche Erklärungen von Staatssekretär Hauff und Ministerpräsident Filbinger veranlaßten einige Monate später etwa 700 Wyhler Bürger, nach Stuttgart zu fahren, um im direkten Gespräch mit Vertretern des Landtags den Versuch zu unternehmen, die Abgeordneten umzustimmen. Jedoch kein Mitglied der Regierung war zu Gesprächen bereit. Bei den Bürgerinitiativen reifte daraufhin der Beschluß: "Dann müssen wir besetzen."[2]

Als sich am 18.Dezember 1974 der Umweltausschuß der Landesregierung für das Kernkraftwerk in Wyhl entschied, standen die Vertreter der Bürgerinitiativen mit ihren Bedenken ziemlich alleingelassen da. Die Gewerkschaften schwiegen, die ÖTV sprach sich sogar für Kernkraftwerke aus, die Landesarbeitsgemeinschaft für Natur- und Umweltschutz unterstützte die Forderungen der Bürgerinitiativen nur teilweise, die Bürgermeister der Gegend fühlten sich mehr der Landesregierung verpflichtet. Lediglich die evangelische Kirche solidari-

---

[1] vgl. Spiegel Nr. 28, Jg. 28, S. 27 ff.

[2] H. - H. Wüstenhagen, Bürger gegen Kernkraftwerke, a.a.O., S. 61.

sierte sich mit den Kernkraftwerksgegnern. Bei einem Bürgerentscheid am 12. Januar 1975 über den Verkauf des Grundstücks an die Kernkraftwerk Süd GmbH entschieden sich 55 Prozent der Bürger für den Verkauf, 43,2 Prozent dagegen. Dieser Entscheid kam allerdings zustande unter der Drohung des Wirtschaftsministers, das Gelände werde nötigenfalls enteignet.

Ende Januar 1975 erteilte Wirtschaftsminister Eberle die Genehmigung zum Bau des ersten Kraftwerksblocks und ordnete die sofortige Vollziehbarkeit seines Bescheids an, obwohl die Rechtslage noch nicht eindeutig geklärt war.
Am frühen Morgen des 17. Februar 1975 rückten die ersten Baukolonnen auf dem Gelände an, die Arbeiten begannen. Trotz einiger Uneinigkeiten innerhalb der Bürgerinitiativen wurde das Grundstück am nächsten Tag von etwa 150 Personen besetzt; die Bauarbeiten mußten eingestellt werden. Am 20.Februar 1975 fand ein Polizeieinsatz gegen die Besetzer statt, bei dem 54 Personen verhaftet wurden. Die Polizei befestigte den Bauplatz und war angewiesen, das Eindringen von Demonstranten zu verhindern. Am 23.Februar 1975 fand beim Bauplatz eine Großkundgebung der Kernkraftwerksgegner statt, an der etwa 28 000 Personen teilnahmen. Nachdem es bereits zu gewalttätigen Szenen gekommen war, gab die Polizei ihren Widerstand auf, die Demonstranten besetzten wieder das Gelände und verwandelten es ihrerseits in eine Festung. Von weiteren Polizeieinsätzen sahen die Verantwortlichen jedoch ab. Die Besetzer triumphierten: "Im Raum Freiburg, aber auch weit darüber hinaus, waren die Ereignisse in Wyhl zu einem Beispiel für den erfolgreichen Widerstand der Bürger gegen ein Kernkraftwerk geworden."[1]

---

[1] H. - H. Wüstenhagen, Bürger gegen Kernkraftwerke, a.a.O., S. 88.

Das besetzte Gebiet in Wyhl entwickelte sich zu einem regelrechten Kunst-und Kommunikationszentrum. Ein "Freundschaftshaus" für 500 Personen war gebaut worden, die Volkshochschule "Wyhler - Wald" wurde gegründet und bot ein reichhaltiges Vortragsprogramm an. Nach und nach wuchs die Bedeutung Wyhls auch über die engeren regionalen Grenzen hinaus. "Bürger aus anderen Orten der Bundesrepublik und des Auslands, die in ihren Regionen mit dem Neubau von Kernkraftwerken rechnen mußten, trafen sich in Wyhl mit den dortigen Bürgerinitiativen, um Informationen einzuholen und Erfahrungen auszutauschen."[1]

Alle Fraktionen im Bundestag setzten sich schließlich dafür ein, daß im Fall Wyhl weitere Gutachten eingeholt werden sollten.
Am 14.März 1975 verfügte das Verwaltungsgericht Freiburg die Aussetzung des sofortigen Vollzugs der ersten Teilerrichtungsgenehmigung mit der Begründung, der Baubeschluß sei übereilt gewesen und die Energiebedarfsprognose sei zweifelhaft. Mit Beschluß vom 8.Oktober 1975 hob der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg in Mannheim diesen Baustop wieder auf, was zu einer Räumung der Baustelle am 7.November 197 führte. Am 31.Januar 1976 kam ein Kompromiß zwischen der Landesregierung und den Bürgerinitiativen zustande, dem zufolge der rechtlich zulässige Baubeginn des Kraftwerks wenigstens bis zum 1. November 1976 zurückgestellt wurde.[2]

---

[1] H. - H. Wüstenhagen, Bürger gegen Kernkraftwerke, a.a.O., S. 90.

[2] vgl. auch H. Michaelis, Kernenergie, a.a.O., S. 446 ff.

Schließlich hob am 14.März 1977 das Verwaltungsgericht Freiburg die Baugenehmigung für das Kernkraftwerk Wyhl auf. Diese Entscheidung wurde damit begründet, daß im Bereich der Reaktorsicherheit nicht die nach dem Stand der Wissenschaft und Technik erforderliche Vorsorge getroffen worden sei, wie dies der Paragraph 7 des Atomgesetzes verlange. Es sei durchaus möglich, daß der Druckbehälter des Reaktors berste und einzelne Stahlbruchstücke den äußeren Mantel des Reaktors durchschlagen und so sehr große Mengen des radioaktiven Potentials freigesetzt werden. Das Gericht forderte als Voraussetzung für die Genehmigung des Kernkraftwerkes bei Wyhl, daß eine Berstsicherung einzubauen sei. Da aber für einen 1300-Megawatt-Druckwasserreaktor, wie er in Wyhl entstehen sollte, eine solche Sicherung noch nicht konstruiert wurde, müßte sie hier neu entwickelt werden, was mit hohen Kosten verbunden wäre. Die baden-württembergische Landesregierung und die Kernkraftwerk Süd legten gegen dieses Urteil vor dem Verwaltungsgerichtshof Mannheim Berufung ein. Die dortige Verhandlung soll im Herbst 1978 stattfinden.

3.2. Der "Durchbruch" des Themas Kernenergie in der Presse

Seit dem Ende der sechziger Jahre gab es zunehmend kritische Stimmen gegen die Kernenergie-Nutzung. Ausgehend von den USA[1] setzte sich die antinukleare Bewegung auch in der Bundesrepublik Deutschland fort. Nach und nach kam es zu verstärkten Protesten gegen die friedliche Nutzung der Kernenergie. Im allgemeinen waren diese Proteste jedoch regional beschränkt und fanden im Rahmen von Standortentscheidungen für neue Kernkraftwerke statt. Sie entsprachen den üblichen Protesten der Bevölkerung bei Verkehrsplanung, Sanierungsmaßnahmen oder Industrieansiedlungen.

Erst durch die Ereignisse ab Oktober 1973, die sog. "Ölkrise", erhielt das Thema Kernenergie-Nutzung Aktualität für weitere Bevölkerungskreise. Die nun aufkommende Diskussion konzentrierte sich zunächst auf die Alternativen Öl, Kohle oder Kernenergie. Die Zunahme des allgemeinen Interesses an diesem Thema äußerte sich in einer allmählichen Zunahme der Medienberichterstattung und der Publikation von einschlägigen Sachbüchern, im Entstehen von Bürgerinitiativen an potentiellen Kernkraftwerks-Standorten sowie in einer beginnenden Diskussion über Energiepolitik

---

[1] vgl. O. Renn, Die Einstellung der Bevölkerung zur Kernenergie, a.a.O., S. 16:"Die eigentliche nukleare Kontroverse beginnt 1969 mit den Büchern "The Careless Atom" von Novick und "The Perils of the Peaceful Atoms" von Curtis und Hogan. Beide Publikationen wurden Bestseller und beschrieben erstmalig die angenommenen Nachteile und Gefahren der Atomenergie. Einige bedeutende amerikanische Naturwissenschaftler, wie Dr. Gofman und Dr. Tamplin, schlossen sich den Gegnern an."

auch in den politischen Parteien."

Das öffentliche Interesse war im wesentlichen zunächst auf die Ressourcen konzentriert und stützte sich auf das wachsende Umweltbewußtsein weiter Kreise der Bevölkerung. Es gab aber noch keine ausgeprägte Konfrontation einzelner Interessengruppierungen. "Für viele kam daher im Frühjahr 1975 die Auseinandersetzung um "Wyhl" überraschend. Das Ausmaß und die Schärfe des Protests sowie seine Resonanz bei der Bevölkerung dieser Region kennzeichnen den Beginn einer neuen Phase der öffentlichen Diskussion um die Kernenergie-Nutzung, zeigen praktisch den Beginn der Kernenergie-Kontroverse in der Bundesrepublik Deutschland. Schlagartig finden Skepsis und Ablehnung gegenüber der Kernenergie großen Widerhall in der Bevölkerung, beschäftigen Presse, Rundfunk und Fernsehen und führen zu - nun kontroversen - Diskussionen in den politischen Parteien, Verbänden und gesellschaftlichen Gruppen."[1]

Anfang 1975 beginnt auch die ausführliche Berichterstattung über Fragen der friedlichen Kernenergie-Nutzung in der überregionalen Presse. Vorher waren Zeitungsberichte im allgemeinen auf einzelne Teilaspekte beschränkt und fanden sich überwiegend auf den Wissenschaftsseiten der großen Tageszeitungen. Natürlich hatte auch die regionale Presse am jeweiligen Ort über lokale Projekte und Kontroversen berichtet. Die überregionale Presse zeigte jedoch kein übermäßig großes Interesse an der Thematik. So fanden sich bei der Untersuchung von vier Tageszeitungen und drei Wochenblättern im Zeitraum von 1970 bis Oktober 1974 ganze 123 Artikel, die sich mit Bürgerinitiativen gegen geplante Kernkraftwerke

---

[1] Bundesministerium für Forschung und Technologie, Die öffentliche Diskussion um die friedliche Nutzung..., a.a.O., S. 4.

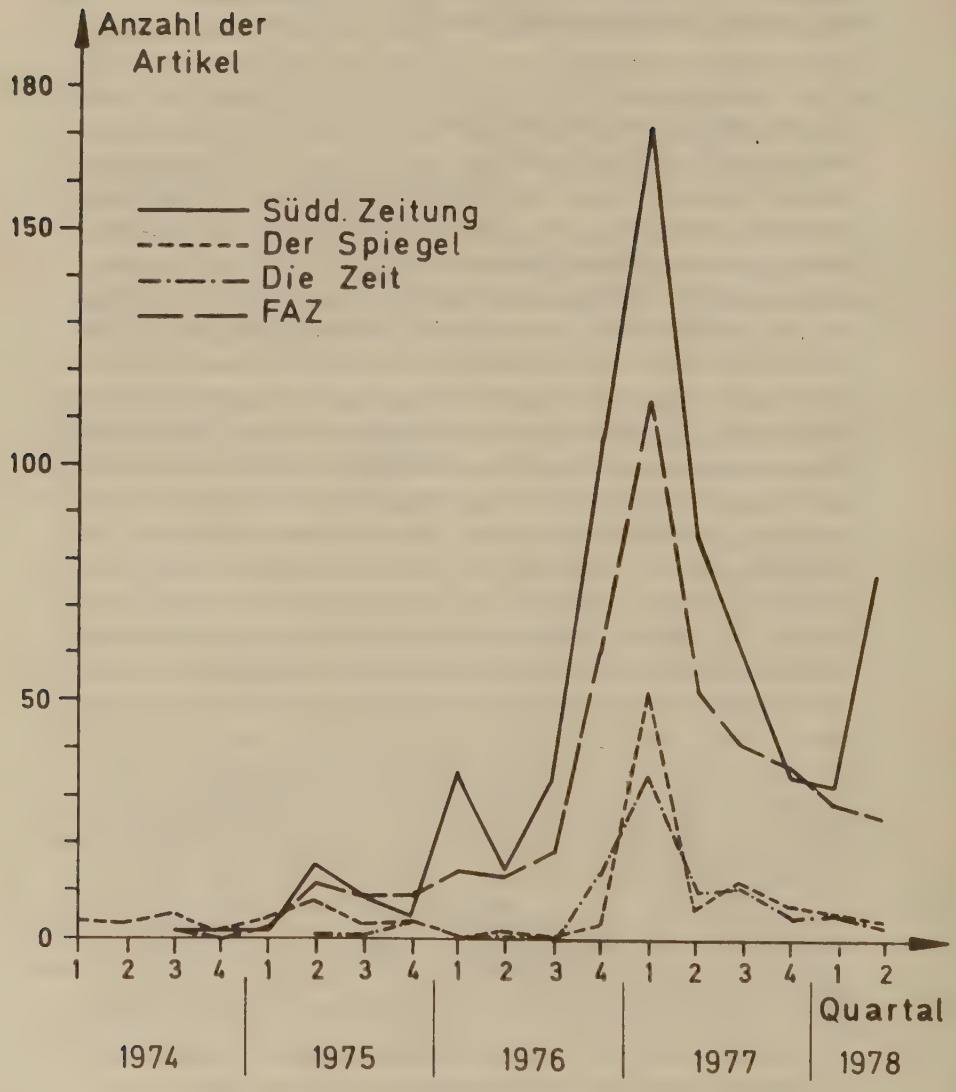

Abb. 1: Die Anzahl der Artikel über Kernenergie in den vier untersuchten Blättern

beschäftigten.[1] Im genannter Zeitraum war zwar eine steigende Tendenz zu verzeichnen - sieben Artikel 1970, 14 Artikel 1971, 29 Artikel 1972, 30 Artikel 1973 und 43 Artikel 1974 (bis Oktober) - trotzdem erscheint die Anzahl der Artikel sehr gering, wenn man sie mit den Zahlen ab 1975 vergleicht. Abbildung 1 zeigt die Gesamtanzahl der Artikel zum Thema Kernenergie in den vier hier untersuchten Blättern. Davon beschäftigten sich mit Bürgerinitiativen gegen Kernkraftwerke im Jahr 1975 43 Artikel, 1976 bereits 131 Artikel, 1977 sogar 321 Artikel und im ersten Halbjahr 1978 53 Artikel. Die hier genannten Zahlen sind mit den obigen schwer vergleichbar, da es sich jeweils um verschiedene Zeitungen handelt und da im ersten Fall sieben Blätter, im zweiten aber nur vier Blätter ausgewertet wurden. Trotzdem zeigen allein schon die Größenordnungen, wie stark im Verlauf der Jahre 1975 bis 1978 das Interesse an Fragen der Kernenergie-Nutzung zugenommen hat.
Zusätzlich zu der öffentlichen Aufmerksamkeit, die das Thema Kernenergie wegen der Ölkrise und der zunehmenden Technologiefeindlichkeit bereits hatte, wurde durch den Proteststurm in Wyhl eine neue Dimension eröffnet. Zum ersten Mal hatte es eine größere Gruppe von Bürgern gewagt, sich gegen eine Entscheidung der Administration aufzulehnen und hatte auch noch weitgehend Erfolg damit gehabt. Zum ersten Mal wurden auch so unübliche Mittel eingesetzt wie Bauplatzbesetzung u.ä.; zum ersten Mal hatten sich "ganz normale" Bürger in größerem Rahmen zu Initiativen zusammengeschlossen und sozusagen "den Aufstand geprobt." Diese Erfahrungen, die allein durch ihre Neuheit schon sehr stark auffielen, beeindruckten außerdem durch den politischen

---

[1] S. van Buiren et al., Bürgerinitiativen im Bereich von Kernkraftwerken, a.a.O., S. 82.

Erfolg, den sie zunächst hatten. Er war unmittelbar zu erkennen an der Zurückstellung des Baubeginns und trug damit auch zur Erregung von Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit bei. Daß gerade die Standortplanung in Wyhl eine so starke Solidarisierung nicht nur der unmittelbar Betroffenen auslöste, liegt sicherlich auch daran, daß das landschaftlich besonders reizvolle obere Rheintal mehr und mehr zu einem Brennpunkt für die verschiedensten Betriebe der Großindustrie zu werden drohte. Aus einer Mitteilung im Staatsanzeiger von Baden-Württemberg geht hervor, in welche Richtung die Planungen 1975 gingen:" Rückt nämlich die EWG noch enger zusammen, was allgemein erwartet wird, so wird das Rheintal zwischen Frankfurt und Basel die Wirtschaftsachse überhaupt werden. Ob dann noch Platz für den Umweltschutz ist, muß bezweifelt werden. Sachverständige Leute sind deshalb der Ansicht, die Ebene soll für die gewerbliche und industrielle Nutzung freigegeben werden, während die Funktionen `Wohnen', `Erholung' usw. in der `Vorbergzone' und in den Seitentälern des Rheins angesiedelt werden sollten."[1] Chemische Werke, Ölraffinerien und Kalisalzbergwerke säumten bereits die Rheinufer zwischen Mannheim und Basel. Hinzu kamen Planungen für chemische Werke, eine Erölraffinerie sowie Maschinenbau- und Stahlindustrieunternehmen. Um den hierfür benötigten Energiebedarf bereitzustellen, waren allein auf deutscher Seite fünf Kernkraftwerke zwischen Mannheim und Basel geplant. Frankreich beabsichtigte, sechs Kernkraftwerke am Oberrhein zu errichten, die Schweiz sah je ein Kernkraftwerk bei Leibstadt und Kaiseraugst vor. Erfahrungsgemäß war bei einem so konzentrierten Energieangebot mit intensivem Zuzug von Nachfolgeindustrien zu rechnen. Damit wäre nicht nur die Landschaft des oberen Rheintals weitgehend zerstört worden, auch die Aufheizung und Verschmutzung des Rheins hätte un-

[1] Staatsanzeiger von Baden-Württemberg, 76 (1972).

tragbare Ausmaße angenommen.
Gegen diese Bedrohung solidarisierten sich Bürger in allen Anliegerstaaten des Oberrheins und bildeten Aktionsgemeinschaften und Bürgerinitiativen. Die Zusammenarbeit zwischen diesen deutschen, schweizerischen, österreichischen und französischen Gruppen wurde nach und nach organisiert. Insbesondere in Frankreich gab es im gleichen Zeitraum wie in Wyhl massive Bürgerproteste, und zwar gegen ein geplantes Bleisulfatwerk in Marckolsheim im Elsaß. Die dortigen Bürgerinitiativen wurden bei ihren Aktionen von den badischen Gruppen aktiv unterstützt. Ähnlich ging es der "Gewaltfreien Aktion Kaiseraugst", einer Bürgerinitiative, die mit einer Bauplatzbesetzung gegen den Bau eines Kernkraftwerkes in Kaiseraugst oberhalb Basels am Hochrhein protestierte.

Die Situation um Wyhl wurde verschlimmert durch die Ungeschicklichkeit der baden-württembergischen Landesregierung. Zunächst war das Bauvorhaben weder gutachtlich noch politisch sorgfältig genug abgestützt. Als sich dann massiver Widerstand zeigte, hatte die Regierung "nichts anderes zu tun gewußt, als das Visier herunterzuziehen und die Sporen zu geben. Als der Kraftakt mißlungen war, hat sie in seltsamer Verkennung der Situation die Erbitterung noch geschürt, indem sie den weiß Gott bodenständigen Protest als Ergebnis kommunistischer Drahtzieherei hinstellte. Das alles sind Fehlleistungen, die im Konflikt selbst keinen Grund haben, jedoch beitrugen, ihn überkochen zu lassen."[1]

Die Bürgerinitiativen in Wyhl hatten also einerseits den Vorteil, für eine Sache zu kämpfen, die allgemein als wichtig und gerecht anerkannt wurde, andererseits hatten

---

[1] H. Rudolph, Die Lehren von Wyhl, Leitartikel in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 5.4.1975.

sie unter den Aktionen der Landesregierung zu leiden, die, angefangen von verbaler Verurteilung bis hin zu massiven Polizeieinsätzen, alle ihr zu Gebote stehenden Mittel einsetzte, um die Proteste in Wyhl abzustellen. Daß sich die Bürgerinitiativen solchen Sanktionen unterwarfen und dennoch ihr Ziel, nämlich den Baustop in Wyhl, aufrechterhielten, verschaffte ihnen einen hohen Bonus an Glaubwürdigkeit. Es trug auch stark dazu bei, das Zusammengehörigkeitsgefühl der Protestierenden zu stärken. Es bildete sich eine richtiggehende "Gemeinde von Kernkraftwerksgegnern" heraus, die auch auf kulturellem und folkloristischem Gebiet Aktionen durchführte. So entstand ein umfangreiches Wyhler Liedgut mit Protestliedern gegen die Regierung (z.B. der "Landesvater Song"), gegen Umweltverschmutzung ("Anti-Bleilied") und ähnlichem. Diese Lieder und Gedichte, die nahezu ausschließlich in Mundart abgefaßt waren, boten die Möglichkeit, traditionelle Werte wie Bodenständigkeit und Heimatverbundenheit in den aktuellen Konflikt einzubringen und dadurch die Zusammengehörigkeit zu demonstrieren und zu stärken. Die neu gegründete Volkshochschule Wyhler Wald beschäftigte sich nicht nur mit Problemen der Kernkraftnutzung, sondern auch mit allgemein interessierenden Themen und bot ein reich gefächertes Programm an. Der Zusammenhalt der Kernkraftwerksgegner in Wyhl wurde durch derartige Aktionen gefördert, was dazu beitrug, daß die Bürgerinitiativen über Jahre hinweg die Kraft aufbrachten, den Konflikt mit der Landesregierung durchzuhalten.
Die Konfrontation in Wyhl hatte gezeigt, daß man sich durch entschlossenes Handeln wehren konnte gegen vermeintliche staatliche und behördliche Willkür.[1]

---

[1] vgl. auch P.C. Mayer-Tasch, Die Bürgerinitiativbewegung, Hamburg 1976, S. 20.

Sie brachte die Problematik der Kernenergie intensiv in die öffentliche Diskussion. Jetzt wurde das Thema nicht mehr nur abstrakt diskutiert, sondern mit all seinen Auswirkungen auf die Bevölkerung und damit auf jeden einzelnen.

Das Beispiel Wyhl machte Schule. An nahezu allen Orten, die als Standort für ein Kernkraftwerk ausersehen waren, regte sich nun der Bürgerprotest.

Das zunehmende Interesse an Problemen der Kernenergie-Nutzung zeigte sich auch in der Presseberichterstattung. Im Jahr 1975 veröffentlichte sowohl die Süddeutsche Zeitung als auch die Frankfurter Allgemeine Zeitung 32 Artikel über das Thema Kernenergie. Davon waren in der Süddeutschen Zeitung acht Artikel Berichte über die Vorgänge in und um Wyhl; in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung befaßten sich sogar 14 Artikel mit Wyhl. Von den übrigen Artikeln 1975 in der Süddeutschen Zeitung berichteten 11 über politische Stellungnahmen zu Kernkraftwerken, vier über den Unfall in Gundremmingen, je zwei über die Planung eines Kernkraftwerks und über die Situation der Kernenergie-Nutzung im Ausland; jeweils ein Artikel befaßte sich mit den Themen Genehmigungsverfahren, Proteste gegen Kernkraftwerke, gerichtliche Entscheidung über den Bau eines Kernkraftwerkes, Bedeutung der Kernenergie für die Wirtschaft und Beseitigung radioaktiver Abfälle. Im der Frankfurter Allgemeinen Zeitung beschäftigten sich außer mit dem Thema Wyhl vier Artikel mit gerichtlichen Entscheidungen über die Kernenergie-Nutzung, drei Artikel mit dem Unfall im Kernkraftwerk Gundremmingen, je zwei Artikel mit den Themen Planung eines Kernkraftwerks, Proteste gegen ein Kernkraftwerk, Sicherheit von kerntechnischen Anlagen, Vorgänge im Ausland. Ein Artikel befaßte sich schließlich mit wirtschaftlichen Details, einer mit der Beseitigung der Abfälle und einer mit der Frage der Uranbeschaffung. Der Spiegel bringt im Jahr 1975 außer fünf - zum Teil sehr ausführlichen - Berichten über die Proteste in

Wyhl sechs Artikel über Kernenergie-Probleme im Ausland und das Exportgeschäft mit Brasilien, je zwei Artikel über politische Stellungnahmen zu Kernkraftwerken und zu wirtschaftlichen Fragen und jeweils einen über Kernkraftwerks-Planungen, über Unfälle und über die Sicherheit von Kernkraftwerken. Hinzu kommt ein Heft im Juli 77, dessen Titelgeschichte sich mit Kernenergie beschäftigt und dabei besonders die Themen Sicherheit, Bürgerproteste, Planungen und politische Äußerungen zur Kernenergie-Nutzung behandelt. Nachdem bereits 1974 die Kernenergie-Berichterstattung im Spiegel im Zeichen von Sicherheits- und Abfallfragen gestanden hatte, setzt sich die extrem kritische Haltung zur Kernenergie 1975 in der Mehrzahl der Artikel fort. Bei wirtschaftlichen Fragen ist die Tendenz der Artikel neutral; sobald es jedoch um Berichte über Kernkraftwerks-Unfälle oder Sicherheitsrisiken geht, zeigen sich starke Bedenken gegen die Kernenergie-Nutzung, eine Position, die nicht offen ausgesprochen wird, die jedoch durch Verwendung von einseitigen Darstellungen zum Ausdruck kommt. Bei der Berichterstattung über Bürgerinitiativen und Proteste gegen Kernkraftwerke scheint die Sympathie der Redakteure auf der Seite der Kernenergie-Gegner zu liegen. Bezeichnend für diese Haltung sind bereits die Überschriften. Das Titelbild des Heftes über Kernenergie trägt die Überschrift "Todesstrahlen aus dem Atomkraftwerk?" (mit dem bekannten "Bild"-Fragezeichen am Ende); es zeigt das Foto eines Reaktors, der durch einretuschierte Risse geborsten erscheint, im Vordergrund Plakate mit den Texten "Gemeinsam gegen die Gefahr durch Atomkraftwerke in Europa" und "Kernkraftwerk Wyhl nein", verbunden mit einem Totenkopf. Als Streifband zieht sich über die gesamte Titelseite der Text "50 Atomkraftwerke in der Bundesrepublik + radioaktiver Sprengstoff für 1000 Atombomben." Ein Titelblatt also, das in mehrfacher Beziehung Ängste weckt. Auch in den Texten werden die Gefahren der Kernkraft ständig herausgestellt. Während der

Rasmussen - Report nur ganz am Rande erwähnt wird, obwohl er im Jahr 1975 erschien, geht der Spiegel ausführlich auf eine ganze Reihe von Studien ein, welche die verschiedenen Gefahren der Kernenergie schildern. Im internationalen Bereich und beim Brasilien-Geschäft wird ständig die Gefahr von unkontrollierbaren Atombombenherstellern beschworen, zu einer Zeit, da sonst in der öffentlichen Diskussion die Angst vor der Bombe keine entscheidende Rolle mehr spielt.[1]

Durch die ausführliche Behandlung der Kernenergie-Problematik kamen einzelne Themenkreise mehr und mehr in die öffentliche Diskussion, wie etwa Sicherheitsaspekte, Brennstoffversorgung, Standortauswahl, Abwärme oder Wiederaufbereitung. Auch die Diskussion über einzelne Reaktortypen nahm zu. So wurde etwa bereits 1974 starke Kritik laut an der Förderung des Projektes "Schneller Brüter", insbesondere wegen seiner hohen Kosten. Als am 31.Juli 1974 der schwerwassermoderierte und CO_2-gekühlte Reaktor Niederaichbach nach sehr kurzer Betriebszeit stillgelegt wurde, reagierte die Öffentlichkeit mit Empörung wegen der nach ihrer Ansicht nutzlos verschwendeten hohen Entwicklungskosten für diesen Reaktortyp. Seit den Ereignissen von Wyhl war das Thema Kernenergie ein Thema allgemeinen Interesses geworden; der "Durchbruch" war ihm gelungen.[2]

---

[1] vgl. O.Renn, Die Einstellung der Bevölkerung ..., S. 18.

[2] vgl. Niklas Luhmann, Öffentliche Meinung, in: Zur Theorie der politischen Kommunikation, Hrsg. W.R. Langenbucher, München 1974, S. 39.

4. Das Thema Kernenergie wird "Mode"

Nach dem "Durchbruch" des Themas Kernenergie mit den Ereignissen in Wyhl begann nun eine Diskussion, die mehr auf politisch-wirtschaftlicher als auf naturwissenschaftlich-technischer Ebene geführt wurde. Das Thema Kernenergie "kam in Mode". Mehr und mehr wurde es zum festen Bestandteil der Presseberichterstattung und damit auch zu einem Bestandteil der öffentlichen Meinung.
Es bildeten sich nun Fronten heraus; die einzelnen Teilnehmer an der Kernenergie-Kontroverse steckten ihre Positionen ab und versuchten jeweils, diese Positionen der breiten Öffentlichkeit nahezubringen und dadurch Unterstützung für ihre jeweiligen Ziele zu erhalten. Allmählich wurde die zugrundeliegende Problematik und die Vorgeschichte als bekannt vorausgesetzt; Meinungen traten in den Vordergrund und begannen, die Tatsachen zu verdrängen. Im Rahmen der nun offen ausgebrochenen Kontroverse schlug man sich entweder zu den Kernenergie-Befürwortern oder zu den Kernenergie-Gegnern. Diese grob vereinfachende Einteilung kann zunächst als guter Anhaltspunkt dienen, muß jedoch, wie im folgenden gezeigt werden wird, vielfach modifiziert und differenziert werden, ebenso wie sich auch die Haltung der einzelnen Beteiligten gegenüber dem Bau von Kernkraftwerken ständig modifizierte, verschob und veränderte. Es liegt dies nicht an einer Labilität der Kommunikationspartner, sondern vielmehr an der sich immer wieder verändernden Lage, die mitunter bewirkte, daß Gesichtspunkte, die zunächst nur eine untergeordnete Rolle gespielt hatten, an Wichtigkeit zunahmen, andere aber in den Hintergrund traten. Es liegt weiter an der Tatsache, daß alle Beteiligten einem Erfahrungs- und Lernprozeß unterlagen, der unter gewissen Bedingungen Einstellungen und Meinungen verändern kann. Und schließlich liegt dies an der Beeinflussung aller Beteiligten untereinander und durch die Massenmedien, die, wie

sich noch zeigen wird, grundsätzlich in der Lage sind, Tendenzen zu verstärken und Trends zu erzeugen.[1] Die hier genannten Gründe für eine Modifikation des Standpunkts mancher Beteiligten am Kommunikationsprozeß sind allerdings nicht strikt voneinander zu trennen. Sie durchdringen, überlagern und stärken oder schwächen sich gegenseitig und können deshalb in dieser Form nicht getrennt voneinander untersucht werden. Eine Darstellung der einzelnen Beteiligten, ihrer Positionen, Aktionen und Ziele wird im folgenden Kapitel vorgenommen.

4.1. Die Kernenergie-Kontroverse in der Bundesrepublik Deutschland

Das Vorgehen in dieser Arbeit wird sich an einer etwas formalistischen Gliederung in Anlehnung an die Theorie Lasswells[2] orientieren. Zunächst soll aufgezeigt werden, welche Kommunikatoren an der Kernenergie-Kontroverse teilgenommen haben, wie sie organisiert, finanziert und aktiviert wurden. Dabei soll auch beachtet werden, zu welchem Zeitpunkt und mit welcher regionalen Ausdehnung die einzelnen Teilnehmer zu wirken begonnen haben. Es sollen die

---

[1] vgl. hierzu u.a. J.T. Klapper, Mass Communication, Attitude, Stability, and Change, in C.W. Sherif und M. Sherif (Hrsg.): Attitude, Ego-Involvement and Change, New York 1967, S. 297 ff. oder
W.R. Catton jr., Massenmedien als Ursache von Wirkungen: Bericht über den Stand der Forschung, in J. Aufermann/H. Bohrmann/R. Sülzer (Hrsg.): Gesellschaftliche Kommunikation und Information, Bd. 1, Frankfurt 1973, S. 64 ff.

[2] H. Lasswell/D. Lerner, The Comparative Study of Symbols, Palo Alto 1952, S. 12.

Positionen der verschiedenen Kommunikatoren dargestellt werden, wobei auch die Ziele und Absichten, die nicht immer offen definiert wurden, berücksichtigt werden, soweit sie zuverlässig belegbar sind. Schließlich soll gezeigt werden, mit welchen Mitteln die einzelnen Kommunikatoren ihre Aussagen transportierten und welche Aktionen dazu durchgeführt wurden.

Auf der Seite der Kernkraftwerks-Befürworter steht zunächst natürlich die einschlägige Industrie, d.h. Firmen, deren Hauptarbeitsgebiet beim Bau oder Betrieb eines Kernreaktors liegt. Diese Industrie hat sich im "Deutschen Atomforum" zusätzlich zur eigenen Kommunikationstätigkeit eine Interessenvertretung geschaffen, die zwar als unabhängige Organisation firmiert und einen neutralen Standpunkt beansprucht, was jedoch leicht zu widerlegen ist. Schließlich ist auch das Ministerium für Forschung und Technologie, das praktisch den gesamten Aufstieg der Kernenergie-Nutzung in der Bundesrepublik Deutschland organisiert und größtenteils auch finanziert hat, zu den Befürwortern zu zählen, auch wenn es selbst versucht, einen teilweise neutralen Standpunkt einzunehmen, wie sich später zeigen wird.

Zur Gruppe der Kernkraftwerks-Gegner sind vor allem die Bürgerinitiativen zu rechnen, die sich als Zusammenschluß einzelner Betroffener und engagierter Gegner weitgehend zum Sprachrohr der Anti-Kernkraft-Bewegung entwickelt haben. Sie werden zusätzlich unterstützt von Naturschutz- und Umweltschutz-Vereinigungen. Das folgende Schema stellt die einzelnen Beteiligten ohne ihre verschiedenen Beziehungen untereinander dar:

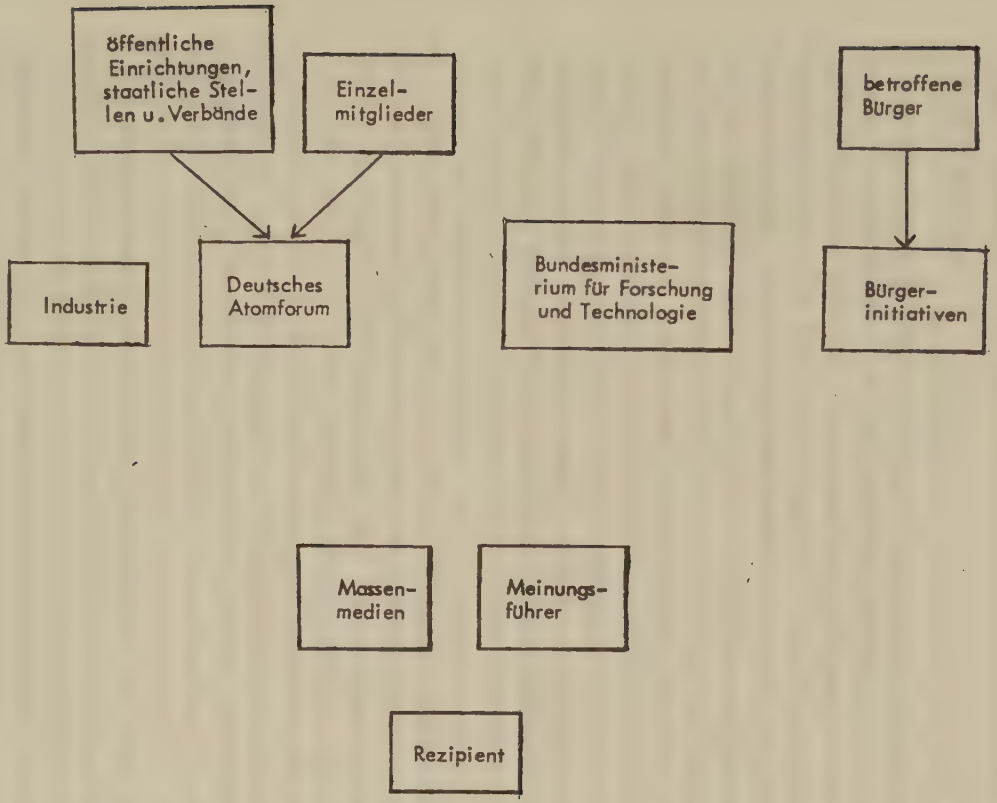

Abb. 2 Schematische Darstellung der Teilnehmer an der Kernenergie-Kontroverse

4.1.1. Das Deutsche Atomforum

Das Deutsche Atomforum entstand 1959 durch den freiwilligen Zusammenschluß der Arbeitsgemeinschaft für Kerntechnik, der Deutschen Gesellschaft für Atomenergie e.V., des Vereins Atome für den Frieden e.V. und der physikalischen Studiengesellschaft Düsseldorf mbH. Es ist ein eingetragener Verein mit der satzungsgemäßen Aufgabe, die friedliche Nutzung der Kernenergie zu fördern. In einem Informationsblatt dieser Institution heißt es: "Das Deutsche Atomforum ist eine private, gemeinnützige Vereinigung, in der Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft in dem Bestreben zusammenwirken, die Kernenergie zum Wohle der Allgemeinheit nutzbar zu machen. Diese Beteiligung gewährleistet die ausgewogene Berücksichtigung der Interessenlagen aller Bevölkerungsgruppen, Parteien und Wirtschaftszweige."[1]

Die "ausgewogene Berücksichtigung der Interessenlagen aller Bevölkerungsgruppen" erscheint allerdings fraglich, sobald man untersucht, wer denn nun eigentlich wirklich Mitglied ist und mitarbeitet im Deutschen Atomforum: "Anfang 1976 hat das Deutsche Atomforum etwa 600 Mitglieder, darunter 400 Einzelmitglieder, über 120 Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft und etwa ebensoviele öffentliche Einrichtungen, staatliche Stellen und Verbände. Kooperativ angeschlossen ist die Kerntechnische Gesellschaft im Deutschen Atomforum mit etwa 1000 Mitgliedern, die in der Kerntechnik oder verwandten Disziplinen tätig sind. Die Einzelmitglieder des Deutschen Atomforums arbeiten in Wissenschaft und Lehre, in Handel und Industrie, in Verwaltung und Politik. Die Mitgliedsunternehmen kommen aus allen Zweigen der gewerblichen

---

[1] Deutsches Atomforum (Hrsg.), Was ist das Deutsche Atomforum?, Faltblatt.

Wirtschaft: vom Elektrizitätsversorgungsunternehmen über alle Bereiche der herstellenden Industrie bis zu Banken und Versicherungen."[1]

Nach eigenen Angaben des Deutschen Atomforums kommen also die Einzelmitglieder nur aus ganz bestimmten Schichten, nämlich aus der gehobenen Einkommensschicht und aus Akademikerkreisen, die Mitgliedsunternehmen sind ausnahmslos Unternehmen, die am Bau und Betrieb von kerntechnischen Anlagen wirtschaftlich interessiert sind, also typischerweise Eisenhütten, Kraftwerksgesellschaften, Elektrizitätsversorgungsbetriebe, Maschinenwerke, Elektronikfirmen, Banken, Versicherungen, chemische Werke sowie Spezialunternehmen für Brennstoffaufbereitung, Sondergraphitherstellung, Kerntechnik usw. Von "allen Bereichen der herstellenden Industrie" kann also nur die Rede sein im Zusammenhang mit der Herstellung kerntechnischer Anlagen. Wer vertritt also die übrigen Bevölkerungsgruppen und Wirtschaftszweige? Es bleiben noch die "öffentlichen Einrichtungen, staatlichen Stellen und Verbände". Bei genauerem Hinsehen zeigt sich jedoch, daß auch diese Mitglieder alle direkt oder indirekt beteiligt sind am Bau und Betrieb kerntechnischer Anlagen. Es handelt sich nämlich um physikalische, chemische oder technische Vereinigungen, um entsprechende Berufsgenossenschaften und um Ministerien, die mit der Genehmigung und Überwachung kerntechnischer Anlagen befaßt sind.

Noch eindeutiger wird die Interessenlage des Deutschen Atomforums, betrachtet man seine Finanzierung. Zwar bilden Einzelmitglieder zahlenmäßig die größte Mitgliedergruppe im Deutschen Atomforum (1975: 384 von 585 Mitgliedern[2]), die

---

[1] Deutsches Atomforum (Hrsg.), Was ist das Deutsche Atomforum?, Faltblatt.

[2] Deutsches Atomforum, Rechenschaftsbericht 1975.

Einnahmen jedoch werden zum größten Teil von den Unternehmen aufgebracht: im Jahr 1974 zahlten die Unternehmen 574.830,--DM an Mitgliedsbeiträgen, die Einzelmitglieder jedoch nur 9.765,--DM. Dazwischen liegen noch Verbände und Institutionen mit 45.830,--DM und Behörden mit 11.500,--DM.[1] Da die Finanzierung des Deutschen Atomforums zum größten Teil aus Mitgliedsbeiträgen erfolgt, läßt sich unschwer der überragende Einfluß der Unternehmen auf die Aktivitäten, Einstellungen und Ziele des Deutschen Atomforums ablesen. Die Aussage, das Deutsche Atomforum gewährleiste die ausgewogene Berücksichtigung der Interessenlage aller Bevölkerungsgruppen und Wirtschaftszweige, ist also in der Realität nicht haltbar. Das Deutsche Atomforum stellt vielmehr nach Organisation, Finanzierung und Interessenlage eine Meinungsvertretung der Wirtschaft und Industrie auf dem kerntechnischen Sektor dar. Gemäß seiner Satzung verfolgt es das Ziel, die friedliche Nutzung der Kernenergie zu fördern und vertritt damit ohne Einschränkung die Ziele der kerntechnischen Industrie und deren Lobby.

Das Deutsche Atomforum hat vier ständige Arbeitskreise eingerichtet mit den Themen:

"Technik und Industrie"
"Öffentlichkeitsarbeit und Presse"
"Recht und Verwaltung"
"Wirtschaft und Industrie".

Diese vier Arbeitskreise sowie die Kerntechnische Gesellschaft erfüllen die Aufgaben des Atomforums im einzelnen. Dabei ergeben sich die folgenden Schwerpunkte seiner Tätigkeit:

Das Deutsche Atomforum will - wie sein Name bereits andeutet - ein Forum sein für den Austausch von Kenntnissen,

---

[1] Deutsches Atomforum, Rechenschaftsbericht 1974.

Erfahrungen und Meinungen über die friedliche Nutzung der Kernenergie. Außer diesem Informationsaustausch innerhalb der Fachwelt stellt die Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Fragen der Kernenergie-Nutzung eine wichtige Aufgabe dar. Dazu wird entsprechendes Informationsmaterial erarbeitet und herausgegeben.
Ein weiterer bedeutender Punkt ist die Mitarbeit des Deutschen Atomforums bei der Klärung von Grundsatzfragen und Rahmenbedingungen organisatorischer, rechtlicher und technischer Art, von Sicherheitsvorschriften und ähnlichem.
Der Erfahrungsaustausch über die friedliche Kernenergie-Nutzung soll nicht nur innerhalb der Bundesrepublik Deutschland erfolgen, sondern die Zusammenarbeit mit den einschlägigen ausländischen und internationalen Organisationen gehört mit zu den Aufgaben des Deutschen Atomforums.
Da hauptsächlich die ersten beiden Punkte für den Kommunikationsprozeß relevant sind, werden sie näher behandelt.

4.1.1.1. Aktionen des Deutschen Atomforums

Die Aktionen des Deutschen Atomforums zielen gemäß den gestellten Aufgaben darauf ab, einerseits eine möglichst intensive Information der interessierten Bürger zu erreichen und andererseits möglichst viele Bürger anzusprechen, um die gegebene Information effektiv zu verbreiten. Diesen Zielen dienen verschiedene Arten der Informationsvermittlung: Einerseits die vom Deutschen Atomforum veröffentlichten Publikationen, die der Information von Fachleuten ebenso wie der Aufklärung weiter Bevölkerungskreise dienen, andererseits Vortrags- und Diskussions-Veranstaltungen, die teils vom Deutschen Atomforum organisiert, teils nur mit Vertretern beschickt werden und neben der Vermittlung der Information auch ihrer möglichst weiten Verbreitung dienen sollen. Schließlich sorgen eigene Ausstellungen und die Beteiligung an größeren Messen auch für eine optische Darstellung der Information.

Publikationen des Deutschen Atomforums

Neben einer Broschüre über das Deutsche Atomforum mit dem Titel "Was ist das Deutsche Atomforum?", den jährlichen Tätigkeitsberichten und der monatlich erscheinenden Zeitschrift "Atominformationen", die für Mitglieder und Freunde bestimmt ist, befassen sich alle Publikationen des Deutschen Atomforums mit Problemen der Kernenergie-Nutzung. Die Broschüre "Energie von der man spricht" ist eine allgemeinverständliche Informationsschrift, gedacht als erste Einführung in die Fragen der friedlichen Kernenergie-Nutzung. Hier werden Fragen wie "Probleme der Stromerzeugung", "Wie Kernkraftwerke funktionieren", "Leben mit Radioaktivität", "Geplante Sicherheit - staatlich überwacht" behandelt - in kurzer Darstellung in einer aufwendigen, reich bebilderten, werbewirksamen Aufmachung.

Im Heftchen "Kernkraftwerke in der Bundesrepublik Deutschland", das von Zeit zu Zeit aktualisiert wird, findet man Kurzbeschreibungen aller in der Bundesrepublik Deutschland in Betrieb oder Bau befindlichen Kernkraftwerke. Es wird ergänzt durch einen kurzen geschichtlichen Rückblick auf die Entwicklung der Kerntechnik in der Bundesrepublik Deutschland und durch einen Zukunftsausblick, der sich mit der Entwicklung neuer Reaktorlinien befaßt.

Zusätzlich zu diesen einführenden Informationen hat das Deutsche Atomforum einige Bücher herausgegeben, die überblickartig bestimmte Themenkreise abdecken. Das Buch "Kernreaktoren"[1] gibt einen Überblick über die physikalischen Grundlagen der Energiegewinnung durch Kernspaltung und beschreibt systematisch die in der Bundesrepublik Deutschland im Betrieb oder in Bau befindlichen Forschungs- und Leistungsreaktoren unter besonderer Berücksichtigung der Sicherheitsaspekte. Ein kurzer Überblick über die Brennstoffversorgung rundet die Darstellung ab. Im Buch "Brennstoffkreislauf" geben die Autoren[2] eine umfassende Darstellung des gesamten nuklearen äußeren Brennstoffkreislaufs von der Urangewinnung über die Anreicherung, Brennelementherstellung bis zur Wiederaufbereitung und der Behandlung und Endlagerung radioaktiver Abfälle. "The Nuclear Power Industry in Europe 1974"[3] stellt einen von einer Arbeitsgruppe des Europäischen Atomforums "Foratom"erstellten Bericht dar, der neben Übersichten über den Stand der Kernenergie-Nutzung

---

[1] W. Kliefoth/E. Sauter, Kernreaktoren, Deutsches Atomforum, (Hrsg.), Bonn 1973.

[2] G. Maltz et al., Brennstoffkreislauf, Deutsches Atomforum (Hrsg.), Bonn 1972.

[3] Foratom, The Nuclear Power Industry in Europe, Deutsches Atomforum (Hrsg.), Bonn 1974.

detaillierte Angaben über die gesamte Nuklearindustrie in den 15 europäischen Mitgliedsländern von "Foratom" gibt.

Im Berichtsband "Natural Uranium Supply"[1] sind die auf dem im November 1974 vom Deutschen Atomforum veranstalteten internationalen Symposium gehaltenen Referate über die Versorgung mit Natururan zusammengefaßt. Schließlich gibt das Buch "Entsorgung der Kerntechnik"[2] die Referate und Diskussionen wider, die auf einem im Januar 1976 vom Deutschen Atomforum veranstalteten Symposium zu diesem Thema gegeben wurden und stellt damit einen Überblick dar über den derzeitigen Stand der Technik und die laufenden Entwicklungsarbeiten auf dem Gebiet der Entsorgung. Diese Bücher und Berichtsbände können vom Deutschen Atomforum gegen Bezahlung bezogen werden.

Zusätzlich zu diesen Veröffentlichungen publizierte das Deutsche Atomforum eine ganze Reihe von Sonderdrucken. Es handelt sich hierbei um kürzere Veröffentlichungen namhafter Fachautoren zu aktuellen Problemen der friedlichen Kernenergie-Nutzung, wie z.B. zum atomrechtlichen Genehmigungsverfahren in der Bundesrepublik Deutschland, zu den Auswirkungen radioaktiver Emissionen von Kernkraftwerken auf die Umgebung, zu meteorologischen Auswirkungen der Abwärme aus Kühltürmen, zur Standortfrage bei Kernkraftwerken, zur Bedeutung technischer Risiken, zu Betriebserfahrungen mit Kernkraftwerken in der Bundesrepublik Deutschland usw. Insgesamt stehen zur Zeit zwölf solcher Sonderdrucke zur Verfügung, die umsonst vom Deutschen Atomforum

---

[1] Natural Uranium Supply, Deutsches Atomforum, (Hrsg.), Bonn 1975.

[2] Entsorgung der Kerntechnik, Deutsches Atomforum, (Hrsg.), Bonn 1976.

bezogen werden können. Einigen der Publikationen sind Rückantwortkarten beigeheftet, die teilweise auch die Möglichkeit vorsehen, Adressen von weiteren Interessenten anzugeben, um den angesprochenen Personenkreis zu vergrößern.

Ausstellungen des Deutschen Atomforums

Bereits 1971 verfügte das Deutsche Atomforum über Ausstellungsmaterial für einen Stand von bis zu 300 m^2. Diese Ausstellung wurde sowohl im Rahmen größerer Messen als auch bei Informationsveranstaltungen gezeigt. Hinzu kam eine Lehrschau, die eine Einführung darstellte in die Probleme der friedlichen Kernenergie-Nutzung. Diese vorhandenen Ausstellungen wurden seither ständig verbessert, erweitert und attraktiver gestaltet. 1972 kam die Ausstellung "Uran - ein moderner Brennstoff" hinzu. Es handelt sich dabei um eine Tafelschau mit einigen Modellen. Das Ausstellungsmaterial wurde bei verschiedenen Gelegenheiten gezeigt, so z.B. 1972 auf einer Wanderausstellung in den Schalterhallen von Sparkassen, bei einer Ausstellung auf dem atomgetriebenen Schiff "Otto Hahn" sowie auf einer Sonderschau auf der "Umwelt 72" in Stuttgart, 1973 auf einer Umweltausstellung des Bundesministeriums des Inneren zum "Tag der Umwelt" in Bonn und auf einer Sonderschau "Mensch und Technik" auf der Oberrhein-Messe in Offenburg. 1973 wurde die Lehrschau modernisiert und so aufgebaut, daß sie aus fünf Hauptthemengruppen im Bausteinsystem zusammengesetzt werden kann. 1974 kam zu dieser Lehrschau noch eine Multivision hinzu. Diese gesamte Ausstellung wurde dann vorgeführt anläßlich der Schuleröffnung des "Otto-Hahn-Gymnasiums" in Nellingen bei Stuttgart, auf der Saarmesse "Welt der Familie" in Saarbrücken und auf der Sonderschau "Dortmunder Herbst" in Dortmund. 1976 beteiligte sich das Deutsche Atomforum an der "Achema 76" sowie an der Deutschen

Industrieausstellung in Berlin. Auf der Reaktortagung wurde eine eigene Ausstellung gezeigt. Ferner unterstützte das Deutsche Atomforum eine Wander-Ausstellung über die friedliche Nutzung der Kernenergie.

Sonstige Veranstaltungen des Deutschen Atomforums

Das Selbstverständnis des Deutschen Atomforums als "Plattform für die Zusammenarbeit aller die Kernenergie grundsätzlich bejahenden Kräfte" und als "Informationsmittel zwischen Kerntechnik und Öffentlichkeit"[1] erfordert es, die Problematik der friedlichen Nutzung der Kernenergie möglichst weiten Kreisen der Bevölkerung zugänglich und verständlich zu machen. Neben den bereits aufgeführten Publikationen und Ausstellungen dienen dazu insbesondere eine ganze Reihe von Veranstaltungen verschiedenster Art.
Einmal im Jahr hält das Deutsche Atomforum seine "Reaktortagung" ab, eine technisch-wissenschaftliche Tagung über Probleme der Kernenergie-Nutzung; sie genießt inzwischen internationales Ansehen. Für diese Tagung wird meist ein Schwerpunktthema gewählt, so z.B. Umweltaspekte (1971), Reaktorsicherheit und Betriebserfahrungen (1972), Weiterentwicklung der Kerntechnik (1973), Brennstoffkreislauf, Wirtschaftlichkeitsfragen (1974). Jedes Jahr nehmen ca. 1800 Besucher an der Reaktortagung teil.
Die Reaktortagung dient hauptsächlich zur Information und Weiterbildung von Fachleuten auf dem Gebiet der Kerntechnik. Da aber zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung insbesondere die Information von Laien eine sehr große Bedeutung hat, werden neben dieser Großveranstaltung viele kleinere, gezielte Aktionen durchgeführt. Dazu gehören z.B. Veran-

---

[1] Deutsches Atomforum, Tätigkeitsbericht 1976, S. 13.

staltungen in der Nähe von Kernkraftwerkstandorten, die die ansässige Bevölkerung aufklären sollen oder Pressekonferenzen zur Unterrichtung der regionalen und überregionalen Presse. Solche Veranstaltungen fanden z.B. statt in Neckarwestheim und Gemmrigheim am Neckar, in Nordenham an der Weser, in Landshut an der Donau, in Neuwied, Mülheim-Kärlich und Bad Breisig am Rhein, in Breisach am Oberrhein sowie in Kalkar. Auch außerhalb spezieller Kernkraftwerksstandorte wird um Verständnis geworben, so z.B. durch Informationsveranstaltungen zusammen mit Industrie-und Handelskammern und dem Naturschutzbund, durch Mitarbeit und Teilnahme der Geschäftsstelle des Deutschen Atomforums an Seminaren und Veranstaltungen - auch von Kernenergiegegnern - durch Vortragsveranstaltungen, durch weit gefächerte und umfassende Sachinformation der Bevölkerung, durch fortlaufende Richtigstellung "immer wieder vorgebrachter falscher Behauptungen und Halbwahrheiten"[1], durch Antworten auf Leserbriefe in Tageszeitungen und besonders durch eine intensive Zusammenarbeit mit den Massenmedien.

Spezielle Aktionen wie die Beteiligung an "Jugend forscht" mit einem Sonderpreis für Kernphysik, die Verleihung des Karl-Winnacker-Preises für Verdienste um das Verständnis der Öffentlichkeit für die friedliche Nutzung der Kernenergieoder ein "parlamentarischer Abend" mit Dixy Lee Ray, einer prominenten amerikanischen Politikerin (1974), runden das Programm der Öffentlichkeitsarbeit ab.

Zunächst lag beim Deutschen Atomforum das Hauptgewicht der Öffentlichkeitsarbeit auf der reinen Information der Bürger. Die Gründe für die Bürgerproteste gegen Kernkraftwerke wurden zunächst (1971) hauptsächlich im Interesse an

---

[1] Deutsches Atomforum, Rechenschaftsbericht 1971, S.13.

Fragen des Umweltschutzes und in der Aversion "bestimmter Kreise" gegen die Industrie schlechthin vermutet.[1] Die Informationstätigkeit wurde zunehmend verstärkt, man erkannte beim Deutschen Atomforum eine allmähliche Verlagerung der öffentlichen Meinung: die zunächst herausragende Angst vor der unmittelbaren Gefährdung des menschlichen Lebens durch Radioaktivität und durch Atom-Katastrophen, die ursprünglich wohl aus der Angst vor der Bombe resultiert, wird langsam überlagert durch die Sorge um das ökologische Gleichgewicht des Lebensraums. Hinzu kommt nach Meinung des Deutschen Atomforums eine Minderheit von "Systemkritikern, denen Kernkraftwerke nur ein Ausfluß der verhaßten freiheitlichen Wirtschaftsordnung sind."[2] 1972 erkennt man beim Deutschen Atomforum eine Zunahme der Bedeutung der organisierten Gruppen gegen Kernkraftwerke und deren Versuch, durch Flugblätter, Leserbriefe und Veranstaltungen zu Meinungsbildnern zu werden. Die Einstellung dieser Gruppen gegen Bau, Standorte und Umwelteinflüsse von Kernkraftwerken wird im Tätigkeitsbericht als "Panikmache"[3] bezeichnet. Beantwortet werden diese Aktivitäten mit einer erweiterten Strategie: Einfache Information genügt nicht mehr, das Thema "Kernenergie" muß bei jeder Gelegenheit zur Diskussion gestellt werden. Daraus ergibt sich eine konsequente Ausnutzung aller Diskussionsmöglichkeiten und besonders enger Kontakt zu Presse, Rundfunk und Fernsehen. Auch die Zusammenarbeit mit anderen, auf dem Gebiet der Öffentlichkeitsarbeit tätigen Organisationen wird verstärkt.

---

[1] Deutsches Atomforum, Tätigkeitsbericht 1971, S. 22.
[2] Deutsches Atomforum, Tätigkeitsbericht 1972, S. 14.
[3] ebenda, S. 21.

Das Deutsche Atomforum betont im Lauf der Zeit immer mehr den langfristigen Charakter seiner Öffentlichkeitsarbeit, 1973 wird bereits unterstrichen, daß man keine kurzfristigen Erfolge erwarten dürfe, zumal es Gruppen gebe, die "grundsätzlich negativ eingestellt"[1] seien. Aus diesem Grund wird von 1973 an besonders die überörtliche und indirekte Öffentlichkeitsarbeit verstärkt. Dazu gehört etwa der Erfahrungsaustausch mit anderen Organisationen, die gezielte Schulung von Meinungsbildnern oder die Weitergabe von Informationsmaterial an Mitglieder. Die zunehmende Sensibilisierung der öffertlichen Meinung wird deutlich durch eine Zunahme der Anfragen nach Informationsmaterial. 1974 betrug laut Angaben des Deutschen Atomforums die Anzahl der Nachfragen bereits 30 - 50 pro Tag.

Eine Systematisierung der Öffentlichkeitsarbeit wurde vom Deutschen Atomforum 1976 vorgenommen. Eine sorgfältige Untersuchung des Meinungsbildes ergab hauptsächlich zwei Zielgruppenfelder: besondere Meinungsbildner und Jugendliche von 13 -16 Jahren. Eine erste Phase der neu geplanten Strategie besteht zunächst in der Erarbeitung von Einzelmaßnahmen; das Ergebnis wurde am 27. Juli 1976 präsentiert: Wichtige Meinungsbildner erhielten sechs Folgen der Publikation "Kern-Themen" im Abstand von jeweils drei Wochen. Für die Zielgruppe "Schüler" wurde ein Taschenbuch herausgegeben "So ist das mit der Kernenergie".[2] Es wurden drei Schautafeln erarbeitet "Unsere Kernkraftwerke", "Strom aus Kernkraftwerken", "Wandzeitung Kernenergie", ferner eine Unterrichtssequenz über Kernenergie mit einem Lehrerbegleitheft, mit Schülerarbeitsbogen und Farbfolien. Weiter-

---

[1] Deutsches Atomforum, Tätigkeitsbericht 1973, S. 16.

[2] R. Gerwin, So ist das mit der Kernenergie, Düsseldorf und Wien 1976.

hin bietet das Deutsche Atomforum Ton- und Bildkassetten, drei Filme zu den Themen "Reaktorsicherheit", "Strahlenschutz" und "Entsorgung" sowie ein Seminarpaket an, das inhaltlich und organisatorisch die Durchführung von Seminarveranstaltungen erleichtern soll. In der zweiten Phase dieser Strategie soll die begonnene Arbeit weitergeführt und sollen ergänzende Informationsmittel erarbeitet werden.

4.1.1.2. Argumente des Deutschen Atomforums für die Kernenergie

Versorgungsfragen

Grundlage und Ausgangspunkt für die Argumentation des Deutschen Atomforums ist die Situation der Energieversorgung heute und in Zukunft. Aus dem Anstieg des Bruttosozialprodukts leitet sich ein Energiezuwachs her, der zwingend notwendig erscheint. Das Deutsche Atomforum gibt einen jährlichen Anstieg von sechs bis acht Prozent für den Stromverbrauch an,[1] was bedeutet, daß sich der Stromverbrauch etwa alle zehn Jahre verdoppeln würde. Daraus ergibt sich ein zunehmender Bedarf an Kraftwerks-Kapazität, d.h. ständig müssen neue Kraftwerke gebaut werden. Zwar wird auf das Argument vom Wachstumsstop angespielt, die Forderung nach dem Stop für Kraftwerksbau wird jedoch als nicht relevant beiseite gelassen: "In Zukunft wird man in den hochtechnisierten Ländern wohl daran denken müssen, den Energiebedarfs-Anstieg etwas zu bremsen. Doch das kann sicher nicht dadurch geschehen, daß man einfach keine neuen Kraftwerke mehr baut. Qualitätsverbesserungen unseres Lebensraums, wie sie im Rahmen der großen Umweltdiskussion gefordert werden, lassen sich nur durch vermehrten Energieeinsatz erreichen. Ob Reinhaltung der Luft durch Elektrofilter oder saubere Elektroheizung, ob umweltfreundlichere Elektro-Verkehrsmittel oder einfach der Betrieb von Abwasserkläranlagen, immer braucht man elektrische Energie und damit weitere Kraftwerke. Da aber die Errichtung neuer Kraftwerke heute von der Planung bis zur vollen Inbetriebnahme sechs bis acht Jahre dauert, ist es kaum übertrieben, zu sagen: Damit wir morgen leben können, müssen wir heute

---

[1] Deutsches Atomforum (Hrsg.), Energie von der man spricht, Bonn 1973, S. 3.

mit dem Bau neuer Kraftwerke beginnen."[1] Damit werden Kraftwerke als unumgänglich für eine verbesserte Umweltqualität dargestellt, ganz im Widerspruch zu den Kraftwerksgegnern nern, die Kraftwerke als Quellen der Umweltzerstörung und -schädigung ansehen. Daß solche neu zu bauenden Kraftwerke in Zukunft nur Kernkraftwerke sein können, ergibt sich für das Deutsche Atomforum aus der Rohstoffsituation sowie aus den Vorteilen der Kernkraftwerke.[2]

Wasserkraftwerke haben zwar große Vorzüge, was ihr Umweltverhalten betrifft, jedoch "leider sind in Europa nahezu alle verfügbaren Wasserkräfte ausgebaut."
Alle Wärmekraftwerkstypen haben das gemeinsame Problem, daß nur ein Teil der Wärmeenergie in elektrischen Strom umgewandelt werden kann. Etwa 60 Prozent wird als Abwärme an die Umgebung abgegeben und verursacht eine hohe Umweltbelastung. Hinzu kommt bei Verbrennungskraftwerken die Entstehung von Verbrennungsgasen, die mit etwa 14 Prozent zur Verschmutzung der Luft beitragen. Kernkraftwerke sind nach Meinung des Deutschen Atomforums da bei weitem umweltfreundlicher. "Ihr Abfallprodukt ist Radioaktivität, die im Reaktor eingeschlossen bleibt und auch später zuverlässig gelagert werden kann. Die winzigen Radioaktivitätsspuren, die sie darüberhinaus an die Umgebung abführen, erhöhen die in der Atmosphäre und im Wasser von Natur aus vorhandene Radioaktivität nur um rund ein Prozent."

---

[1] Deutsches Atomforum (Hrsg.), Energie von der man spricht, Bonn 1973, S. 3.

[2] Die folgenden Punkte referieren die Argumente des Deutschen Atomforums für den Bau von Kernkraftwerken. Sie sind, sofern nicht anders gekennzeichnet, sinngemäß oder wörtlich entnommen aus: Deutsches Atomforum (Hrsg.), Energie von der man spricht, a.a.O., S. 5 ff.

"Die in der Bundesrepublik und im Ausland vorhandenen Energievorräte an Kohle, Erdöl und Erdgas reichen nicht aus, den zukünftigen Energiebedarf wirtschaftlich zu decken. Schon für das Jahr 1980 wird der Anteil der Kernenergie an der deutschen Energieerzeugung etwa 30 Prozent betragen müssen"[1]. Diese Vorausschätzung findet man in "Kernfragen", als Stand ist Dezember 1971 angegeben.
Für den Fall einer Bauverzögerung oder eines Baustops für Kernkraftwerke droht das Deutsche Atomforum in unmißverständlicher Weise ernste "Strafen" an:"Sollten Stromversorgungsunternehmen eines Tages den ständig steigenden Stromanforderungen der Verbraucher nicht mehr gerecht werden können, etwa weil ihnen beim Bau neuer Kraftwerke und Versorgungsleitungen Schwierigkeiten gemacht werden, sind Zwangsabschaltungen ganzer Stadtteile und ein Zusammenbruch der Stromversorung in weiten Gebieten unvermeidlich."[2]

Umweltverhalten von Kernkraftwerken

Neben den ökonomischen Gründen, die für den Ausbau der Kernenergie-Nutzung sprechen, wird vom Deutschen Atomforum besonders die große Umweltfreundlichkeit der Kernkraftwerke hervorgehoben. Das Fehlen von schädlichen Abgasen wie Schwefeldioxid, Kohlenmonoxid und Stickoxiden wird als besonderer Vorteil herausgestellt. Das Abwärmeproblem sei geringfügig: "Daß unsere heutigen Kernkraftwerke bei der Stromerzeugung im Vergleich zu herkömmlichen Dampfkraftwerken etwas mehr Abwärme an die Umwelt abgeben, ist gegenüber

---

[1] Deutsches Atomforum (Hrsg.), Kernfragen. Antworten auf Fragen zur Kernenergie, Bonn 1971, S. V-1-1.

[2] Deutsches Atomforum (Hrsg.), Energie von der man spricht, a.a.O., S. 6.

der Abgasfreiheit nur ein geringfügiger ökologischer Nachteil." Die radioaktive Belastung sei vernachlässigbar, sie wird "von ernstzunehmenden Fachleuten als unerheblich angesehen und kann nicht als Belastung der Umwelt eingestuft werden."[1] "Die sich... ergebende Strahlenbelastung beträgt etwa ein bis zwei Prozent der natürlichen Strahlenbelastung."[2]

Sicherheit von Kernkraftwerken

Ein großer Teil der Veröffentlichungen des Deutschen Atomforums befaßt sich mit der Sicherheit von Kernkraftwerken. Dabei stehen die Themen "Freisetzung von Radioaktivität", "Lagerung, Transport und Beseitigung radioaktiver Stoffe" und "Beherrschung von Störfällen" im Vordergrund.
Wie schon ausgeführt, betont das Deutsche Atomforum, daß die Strahlenbelastung in der Nachbarschaft eines Kernkraftwerks nur einen geringfügigen Bruchteil der natürlichen Strahlenbelastung darstellt. Die radioaktive Strahlung als "Todesstrahlen" zu bezeichnen, wird entschieden zurückgewiesen, "da es sich um die gleiche Art von Strahlung handelt, wie sie in Form der natürlichen Strahlung schon vor und während der gesamten Entwicklungsgeschichte der Menschheit vorhanden war."[3] Eine Gefährdung durch die Radioaktivität, die während des Normalbetriebs eines Kernreaktors an die Umgebung abgegeben wird, wird deshalb verneint. "Die mit der Abluft oder dem Abwasser abgegebene Aktivität bedeutet keine Gefahr für die Umgebung."[4]

---

[1] Deutsches Atomforum (Hrsg.), Energie von der man spricht, a.a.O., S. 13.
[2] Deutsches Atomforum (Hrsg.), Kernfragen, a.a.O., S. III-3-1.
[3] ebenda, S. I-1-4.
[4] ebenda, S. I-1-2.

Eine Gefährdung durch radioaktive Strahlung bei einem Störfall wird nicht behandelt, da solche gefährlichen Störfälle nach Angaben des Deutschen Atomforums praktisch nicht vorkommen.

Die Probleme der Zwischenlagerung, des Transports und der Beseitigung radioaktiver Stoffe, die beim Betrieb kerntechnischer Anlagen anfallen, werden vom Deutschen Atomforum als weitgehend gelöst dargestellt. Dabei wird immer wieder betont, daß die Behandlung radioaktiven Materials amtlich geregelt ist und überwacht wird und mit größter Sorgfalt durchgeführt wird. So heißt es z.B. in "Kernfragen": "Radioaktive Stoffe können ohne Gefahr befördert werden, wenn sie entsprechend den Sicherheitsvorschriften verpackt sind."[1]

Die gesamte Verantwortung liegt sozusagen bei den Behörden, wenn man die Sicherheitsvorschriften beachtet. "Die strengen Vorschriften beim Umgang mit radioaktiven Stoffen gelten verstärkt auch für die Zeit, in der sich das radioaktive Material auf dem Transport befindet. Die Behälter müssen so sicher ausgebildet sein, daß auch bei extremen Verhältnissen eine Gefährdung der Umwelt nicht eintreten kann."[2]

Auch die Endlagerung radioaktiver Abfallstoffe wird als relativ problemlos dargestellt:" Eine sichere Endlagerung radioaktiver Abfälle ist auf verschiedene Weise möglich." Einwirkungen von außen oder Gefahren durch Sabotage oder ähnliches wird nicht erwähnt:"Bei der Lagerung im Salzgestein ist eine sichere Lagerung auch über große Zeiträume gegeben, wenn die Zugänge zu den Endlagern überwacht und vor Wassereinbrüchen von außen gesichert sind."[3]

---

[1] Deutsches Atomforum (Hrsg.), Kernfragen, a.a.O., S. I-2-2.

[2] J. Höchel et al., Der Brennstoffkreislauf, Deutsches Atomforum (Hrsg.), Bonn 1972, S. 118.

[3] Deutsches Atomforum (Hrsg.), Kernfragen, a.a.O., S. I-2-3.

Immer wieder betont das Deutsche Atomforum:"Kernkraftwerke gehören heute zu den sichersten Anlagen." Auf die Frage "Kann ein Reaktor wie eine Atombombe explodieren?" antwortet es: "Nein."[1] Auch der GAU, der "größte anzunehmende Unfall", der im allgemeinen als Bruch einer Hauptkühlmittelleitung im Reaktorsystem angenommen wird, ist nach Ansicht des Deutschen Atomforums extrem unwahrscheinlich. "Kernkraftwerke werden so konstruiert und gebaut, daß technische Störfälle und Unfälle, die niemals völlig auszuschliessen sind, aufgrund der dem System innewohnenden Sicherheit und der eingebauten passiven und aktiven Sicherheitsmaßnahmen beherrscht werden. Hierzu gehört auch der GAU."[2]

Zwar muß auch das Deutsche Atomforum zugeben, daß für die Umgebung von Kernkraftwerken Katastrophenschutzpläne existieren; es wird jedoch betont, daß solche Pläne nur angefertigt werden aufgrund amtlicher Bestimmungen. Als Gegensatz zu der Existenz von Katastrophenschutzplänen wird sofort anschließend unterstrichen, wie ungefährlich Kernkraftwerke sind:"Alle bis jetzt gebauten bzw. im Bau befindlichen Kernkraftwerke haben nachweislich ein so hohes Maß an Sicherheit erreicht, daß die Wahrscheinlichkeit einer Gefährdung der Umgebung als sehr gering bezeichnet werden kann. Bisher ist kein Mensch in der Umgebung eines Kernkraftwerks durch dessen Betrieb gesundheitlich geschädigt worden."[3]

Alternativen zur Kernenergie

Das Deutsche Atomforum nimmt auch Stellung zur Nutzung

---

[1] Deutsches Atomforum (Hrsg.), Kernfragen, a.a.O. S. I-1-3.
[2] ebenda, S. I-3-6.
[3] ebenda, S. I-3-8, Stand: Dezember 1971.

alternativer Energiequellen wie Sonnen-, Wind-, Gezeiten- oder Kernfusionsenergie. "Theoretisch gibt es idealere Stromgewinnungsmöglichkeiten als die Nutzung der Kernspaltung in Dampfkraftwerken. Doch die Energieversorgung eines Landes kann nur auf Techniken basieren, die heute verfügbar sind."[1] Dies aber ist für die genannten Energiegewinnungsarten nach Meinung des Deutschen Atomforums heute noch nicht gegeben. So etwa für die Sonnenenergienutzung: "Absolut verfrüht sind auch alle Spekulationen um die Nutzung der Sonnenenergie oder ähnliche unkonventionelle Stromerzeugungstechniken." Gleiches gilt auch für die Erzeugung von Energie durch Kernfusion. "Auf vage Hoffnungen darf sich ... die Energieversorgung eines Industrielandes nicht gründen." Und "nur wenn wir unsere Energieprobleme und die Möglichkeiten ihrer Lösung realistisch sehen, werden wir die Zukunft meistern können. Tag-Träumerei wäre hier besonders verhängnisvoll."[2]

---

[1] Deutsches Atomforum (Hrsg.), Energie von der man spricht, a.a.O., S. 27.

[2] ebenda, S. 27.

4.1.1.3. Forderungen des Deutschen Atomforums

Das Deutsche Atomforum betont, daß aufgrund der erheblichen Verzögerungen bei Planung und Inbetriebnahme von Kernkraftwerken gegenüber der ursprünglichen Planung die Ansätze im Energieprogramm der Bundesregierung bereits ab dem Jahr 1980 nicht mehr erreicht werden können. Es hält die Verzögerungen für "auf die Dauer gesamtwirtschaftlich und betriebswirtschaftlich bedenklich"[1] und fordert eine Fortsetzung und Verstärkung der Bemühungen um die Information der Öffentlichkeit, eine gewisse Rationalisierung durch Zusammenfassung der Grundsatzentscheidungen beim Genehmigungsverfahren in einem Planfestigungsverfahren, eine größere zeitliche Kontinuität bei den sicherheitstechnischen Anforderungen, eine verstärkte Rationalisierung der Sachverständigentätigkeit sowie verstärkte Bemühungen um die Standardisierung der Technik.[2]

---

[1] Deutsches Atomforum, Tätigkeitsbericht 1976, S. 44.

[2] alle Forderungen sinngemäß zitiert nach Deutsches Atomforum, Tätigkeitsbericht 1976, S. 44.

4.1.2. Die Industrie

Die Interessen der kerntechnischen Industrie und der Energieversorgungsunternehmen werden weitgehend durch die Öffentlichkeitsarbeit des Deutschen Atomforums wahrgenommen. Trotzdem unterhalten zumindest die größeren Unternehmen eigene PR-Abteilungen, die sich gezielt in die Kernenergie-Kontroverse einschalten. Besonders die Betreiber von Kernkraftwerken, die Elektrizitätsversorgungsunternehmen und die Kraftwerk-Union als größter Kernkraftwerk-Hersteller betreiben mit großem Aufwand Öffentlichkeitsarbeit in Sachen Kernenergie. Als typisches Beispiel für die Mitwirkung der Industrie in der Kernenergie-Kontroverse werden im folgenden Aktivitäten der Kraftwerk-Union geschildert.

4.1.2.1. Die Kraftwerk Union

Die Kraftwerk Union Aktiengesellschaft ist das größte kraftwerkbauende Unternehmen der Bundesrepublik Deutschland und liegt nach Auskunft der Firma auch im internationalen Markt in der Spitzengruppe. Sitz der Gesellschaft ist Erlangen. Etwa 13 000 Menschen arbeiten in der Kraftwerk Union auf dem Gebiet von Planung, Projektierung, Vertrieb und Bau von fossil befeuerten Dampfkraftwerken aller Typen und Größen und von Kernkraftwerken mit Leichtwasserreaktoren; auf dem Gebiet von Planung, Projektierung und Vertrieb sowie Bau nuklearer Dampferzeugungssysteme; in Entwicklung, Fertigung und Vertrieb von Dampfturbinen, Gasturbinen, Turbogeneratoren und kompletten Turbosätzen, ferner bei der Planung und Projektierung des Einsatzes von Kernbrennstoffen und bei Auslegung und Vertrieb von Brennelementen. Schließlich ist ein wichtiger Bereich die Planung, die Projektierung und der Vertrieb elektro- und

maschinentechnischer Ausrüstungen für Wärmekraftwerke, die Serviceleistungen für Gesamtanlagen und Komponenten sowie Beratung und die Erstellung von Gutachten auf allen Gebieten der Kraftwerkstechnik.

Zusammen mit der Kraftwerk Union bilden sechs Beteiligungsgesellschaften die "KWU-Gruppe". Diese sechs Gesellschaften zählen ausnahmslos zur kerntechnischen Industrie; es sind Interatom Internationale Atomreaktorbau GmbH, GHT Gesellschaft für Hochtemperaturreaktor-Technik mbH, RBU Reaktor-Brennelement Union GmbH, Alkem GmbH (die Plutoniumbrennstäbe herstellt), NRG Nuklearrohr-Gesellschaft mbH und A-CPSI Allis-Chalmers Power Systems Inc. (Betreuung des US-amerikanischen Kraftwerksmarktes).

Die Kraftwerk Union ist ebenso wie alle anderen Gesellschaften der KWU-Gruppe Mitglied im Deutschen Atomforum und sieht ihre Interessen, insbesondere in Bezug auf Öffentlichkeitsarbeit, dort vertreten. Darüber hinaus beschränkt sich die Kraftwerk Union darauf, Broschüren zu versenden, zum Teil Auszüge aus einzelnen Geschäftsberichten, zum Teil besonders konzipierte Hefte, die insbesondere über die Tätigkeit der Firma oder über einzelne Typen von Kernkraftwerken informieren. Hinzu kommen Schriften wie "Energiequellen und ihre Chancen", "Auswirkungen eines Kernenergie-Moratoriums auf die elektrische Energieversorgung und die wirtschaftliche Situation der Bundesrepublik Deutschland", oder "Fragen und Antworten zur Kernenergie".
Mit einem Ausstellungsstand, der sich speziell mit den Problemen von Kernkraftwerken befaßt, nimmt die Kraftwerk Union an verschiedenen Messen und Ausstellungen teil.

Die Argumente der Kraftwerk Union

Viel Sorgfalt verwendet die Kraftwerk Union darauf, nachzuweisen, daß alternative Energiegewinnungsarten entweder nicht ergiebig genug oder zu teuer sind oder zu weit in der Zukunft liegen und deshalb heute noch unrealistisch sind. In der Broschüre "Energiequellen und ihre Chancen" wird vorgeführt, welch riesiger technischer Aufwand nötig wäre, um die Windenergie in ökonomisch relevanten Maßstäben zu nutzen. Die Wasserkraft in Europa sei weitgehend erschöpft, Gezeitenkraftwerke nur an wenigen Stellen möglich, ebenso Geothermalkraftwerke. Dies könnten nur "Tropfen auf den heißen Stein" sein. Anders mit der Nutzung der Sonnenenergie. Sie wird jedoch als uneffektiv und höchstens für Privathaushalte geeignet dargestellt. Überhaupt lohnen sich nach Ansicht der Kraftwerk Union nur Kraftwerke von einigen 100 Megawatt, kleinere Einheiten werden abqualifiziert: "Man fragt sich dabei verblüfft, was Vorschläge dieser Art eigentlich bewirken sollen: Kann es denn ernst gemeint sein, daß man wegen einer Energiekapazität, die heute einer einzigen Dampfkraftwerkeinheit entspricht, soviel technisches Neuland betreten, soviel Risiko übernehmen, soviel Geistes- und Menschenkraft binden sollte - auch wenn man von der materiellen Seite des Ganzen einmal absieht?"[1] Unter der Überschrift "Mit Kernenergie ins nächste Jahrtausend" wird schließlich dargestellt, wie die derzeitigen Leichtwasserreaktoren allmählich durch Schnelle Brüter ergänzt werden und wie eines Tages die kontrollierte Kernfusion die Energieprobleme der Menschheit lösen kann.[2] Die Kraftwerk Union

---

[1] Energiequellen und ihre Chancen, Auszug aus dem Kraftwerk Union-Geschäftsbericht 1973, S. 35.

[2] ebenda, S. 56 ff.

geht davon aus, daß der Anstieg des Bruttosozialprodukts immer mit einer Erhöhung des Energiebedarfs einhergeht. "Die Zusammenhänge zwischen dem Zuwachs des elektrischen Energiebedarfs, dem Wirtschaftswachstum und der Beschäftigungslage sind bekannt. Sie haben sich bis in die jüngste Vergangenheit hinein als realistisch und relevant erwiesen. Es ist kein Grund erkennbar, weshalb dies nicht auch für die Zukunft gelten sollte."[1] Aus diesen Zusammenhängen ergibt sich im Falle eines Moratoriums für den Bau von Kernkraftwerken in der Bundesrepublik Deutschland ein Rückgang des wirtschaftlichen Wachstums und eine Verschlechterung der Beschäftigungslage: "Nicht rechtzeitig und ausreichend zur Verfügung gestellte Energie kann zu tiefgreifenden wirtschaftlichen Folgen und zum Verlust von Arbeitsplätzen in Millionenhöhe führen. Korrigierende Maßnahmen sind wegen der langen Planungs-, Genehmigungs- und Bauzeiten von Kraftwerken und wegen der nach einem Moratorium schrumpfenden Kapazitäten später nicht mehr möglich."[2] Insbesondere werden natürlich katastrophale Folgen für die kerntechische Industrie befürchtet: " Die Auswirkungen eines Moratoriums für den Bau von Kernkraftwerken in der Bundesrepublik bedrohen die Existenz der kerntechnischen Industrie und der deutschen Kerntechnik aufs äußerste und gefährden ihr bedeutendes und zukunftsgerichtetes Exportgeschäft."[3]

---

[1] Kraftwerk Union AG (Hrsg.), Auswirkungen eines Kernenergie-Moratoriums auf die elektrische Energieversorgung und die wirtschaftliche Situation der Bundesrepublik Deutschland, Mülheim 1977, S. 8.

[2] ebenda, S. 9.

[3] ebenda, S. 7.

Forderungen der "Kraftwerk Union"

Die Forderungen der Kraftwerk Union berufen sich hauptsächlich darauf, daß die Bundesregierung die in den Energieprogrammen festgelegte Absicht der Förderung des Kernenergie-Ausbaus wahrmachen solle. Zur Durchführung eines solchen Programms wird gefordert,[1] daß der politische Wille zum Ausbau der Kernenergie in der Öffentlichkeit stärker vertreten werden muß. Eine Ausbauplanung der Kernenergie soll zwischen Bund und Ländern abgestimmt werden. Damit erteilte Errichtungsgenehmigungen für Kernkraftwerke auch vollzogen werden können, soll die Aufrechterhaltung der rechtsstaatlichen Ordnung garantiert werden. Eine sofortige Vollziehbarkeit der Errichtungsgenehmigungen ist unbedingt erforderlich, um weitere Zeitverzögerungen zu vermeiden. Für neu zu genehmigende Kernkraftwerke soll kein vollständiger Nachweis der Entsorgungsvorsorge mehr verlangt werden. Ein vorläufiger Nachweis sollte genügen. Trotzdem sollte eine Standortentscheidung für das Entsorgungszentrum umgehend getroffen werden.

---

[1] Kraftwerk Union AG (Hrsg.), Auswirkungen eines Kernenergie-Moratoriums auf die elektrische Energieversorgung und die wirtschaftliche Situation der Bundesrepublik Deutschland, a.a.O. S. 10 ff.

4.1.3. Das Bundesministerium für Forschung und Technologie

Obwohl bereits in den sechziger Jahren mitunter Proteste gegen geplante Kernreaktoren laut wurden, wie z.B. gegen den Forschungsreaktor in Linkenheim, traten verstärkte Proteste gegen Kernreaktoren und gegen Standortplanungen erst Anfang der siebziger Jahre auf. Die Protestwelle nahm sehr langsam zu, so daß das Bundesministerium für Forschung und Technologie schließlich im Herbst 1974 Überlegungen anstellte zu einer breiten öffentlichen Informations- und Diskussionsaktion. Sie erhielt den Namen "Bürgerdialog Kernenergie".

4.1.3.1. Der "Bürgerdialog Kernenergie"

Das Ziel der Aktion "Bürgerdialog Kernenergie" sollte aus der Sicht des Bundesministeriums für Forschung und Technologie sein, einerseits Informationen über den zu erwartenden Energiebedarf, über das Verhältnis von Wirtschaftswachstum zum Energieeinsatz und über die eingeleiteten Forschungsarbeiten zur Einsparung von Energie und zur Entwicklung neuer Energiequellen zu geben, andererseits über die pyhsikalisch-technischen Aspekte von Kernkraftwerken, insbesondere über Fragen des Brennstoffkreislaufs, der Reaktorsicherheit und der Umweltbeeinflussung zu informieren. Schließlich sollte die Aktion einen Beitrag zur demokratischen Bewußtseinbildung leisten und das Vertrauen der Bevölkerung in die Entscheidungen der Regierung stärken. Es sollte ein Konsensus über die Erfordernis von Kernkraftwerken, über deren Sicherheit und über die zumutbaren Belastungen angestrebt werden. Ferner wollte man sich von Anfang an darum bemühen, alle Beteiligten in das Gespräch einzubeziehen. Das Bundesministerium für Forschung und Technologie sah sich also bei dieser Aktion von Anfang an in einer Doppelrolle: einerseits als Initiator und Moderator eines umfassenden Dialogs, andererseits aber auch als

Vertreter des eigenen Standpunktes. Bei der ersten Dialog-Veranstaltung beschrieb Bundesminister Matthöfer die Haltung der Bundesregierung wie folgt: "Es ist bisher das erstemal, daß die Bundesregierung versucht, die Einführung und den Aufbau einer neuen Technologie auf breiter Basis mit der interessierten Bevölkerung zu diskutieren. Dadurch ist auch bedingt, daß dieser Dialog insgesamt ein Experiment darstellt, das im weiteren Ablauf in sich selbst verbessert werden muß und außerdem auch Erfahrungen liefert für ähnliche Aktionen in Zukunft. Denn eines ist sicher: in der Zukunft wird es in zunehmendem Maße technologische Entwicklungen geben, über deren Einführung, deren Vor- und Nachteile, deren Konsequenzen mit dem Bürger auf breiter Basis diskutiert werden muß. Und diese Diskussion wird in Zukunft früher ansetzen müssen, auch wenn noch kein feststellbares Interesse der Bevölkerung da ist, wie dies bei der Einführung der Kernenergie der Fall war."[1]
Gemäß den angestrebten Zielen teilt sich die methodische Durchführung der Aktion in drei Teile: das Angebot und die Übermittlung von Informationen, das Angebot zu Gesprächen und die Initiierung des Gesprächs durch Dritte.

Das Angebot und die Übermittlung von Information
Von August 1975 bis Ende 1977 informierte das Bundesministerium für Forschung und Technologie in zehn Anzeigen mit einer Gesamtauflage von über 110 Millionen in Zeitungen und Zeitschriften über die Haltung der Bundesregierung zur friedlichen Nutzung der Kernenergie. 1976 wurde eine Lesezirkelbeilage in der Auflage von ca. 190 000 herausgegeben.
In einer Versandaktion wurde das Taschenbuch "Kernenergie, Eine Bürgerinformation" ca. 500 000mal verschickt, insbesondere an Schüler und interessierte Laien.[2]

---

[1] Lang, Erfahrungen mit dem Bürgerdialog Kernenergie, Bonn 1976, S. 6 ff.

[2] Der Bundesminister für Forschung und Technologie (Hrsg.), Kernenergie, Eine Bürgerinformation, Bonn 1975.

Das Taschenbuch "Den unsterblichen Tiger am Schwanz gepackt. Interviews und Gespräche zur Kernenergie",[1] wurde in einer Auflage von 250 000 versandt. "Kernenergie, eine Bürgerinformation" stellt eine Publikation dar, die es auch dem Laien ermöglichen soll, sich durch allgemeinverständliche Darstellung der mit der Nutzung der Kernenergie einhergehenden Probleme sachlich über die Vor- und Nachteile zu informieren. Im Vorwort schreibt Bundesminister Matthöfer: "Ich überreiche dieses Taschenbuch mit dem Wunsch, daß es zu einem besseren Verständnis der Kernenergie und ihrer wichtigen Rolle in unserer künftigen Energieversorgung beitragen möge." Diesem Ziel sind 125 Seiten Information gewidmet, beginnend mit "Der Energieverbrauch", ferner technische Beschreibungen der Kernkraftwerke und ihrer Probleme, Umweltfragen, Genehmigungs- und Kontrollverfahren bis zu "Wirtschaftlichkeit der Kernenergie".

Das Buch mit dem Titel "Den unsterblichen Tiger am Schwanz gepackt" enthält eine nach Schwerpunkten gegliederte Zusammenfassung von Gesprächen und Interviews mit Bundesminister Matthöfer zum Thema Kernenergie. Die Hauptschwerpunkte liegen bei den Themen "Energiequellen und Energieeinsparung", "Umwelt und Kernenergie" und "Energie und Wirtschaftswachstum".

Ein "Informationsbrief Kernenergie"[2] wurde in einer Auflage von 130 000 Stück versandt.

---

[1] Hans Matthöfer, Interviews und Gespräche zur Kernenergie, "Den unsterblichen Tiger am Schwanz gepackt", Karlsruhe 1977.

[2] Der Bundesminister für Forschung und Technologie (Hrsg.), Bürgerdialog Kernenergie, Informationsbrief, Bonn 1977.

1977 brachte das Bundesministerium für Forschung und Technologie im Rahmen der Energiediskussion 16 Informationsschriften neu oder als Neuauflagen heraus. Die wichtigsten dieser Schriften sind die Dokumentation "Zur friedlichen Nutzung der Kernenergie"[1] (450 Seiten, Auflage 35000), die beim Battelle-Institut in Auftrag gegebene Studie "Einstellungen und Verhaltensweisen zu verschiedenen Energiegewinnungsarten"[2] (242 Seiten, Auflage 10 000), das Fachprogramm "Energieforschung und Energietechnologien 1977 - 1980" und das Fachprogramm "Technologien zur Nutzung der Sonnenenergie 1977 - 1980". 1977 wurde ferner mit Unterstützung des Bundesministeriums für Forschung und Technologie eine neue Schriftenreihe "Argumente in der Energiediskussion" begonnen. Diese Reihe soll Referate und Ergebnisse von Fachtagungen und Expertengesprächen publizieren und damit die wissenschaftliche und politische Diskussion zu wichtigen Themen in der Energiediskussion aufgreifen und anregen[3].

Anfang 1978 wurde mit der Erarbeitung von zwei Medienpaketen zum Einsatz bei Veranstaltungen in Schulen, Volkshochschulen etc. und einer Filmserie "Neue Wege zur Deckung des Energiebedarfs" begonnen.

Das Angebot des Gesprächs

Das Gesprächsangebot wurde realisiert durch öffentliche Diskussionsveranstaltungen, an denen Bundesminister Matthöfer, Spitzenvertreter der Elektrizitäts-Versorgungsunternehmen bzw.

---

1 Der Bundesminister für Forschung und Technologie (Hrsg.), Zur friedlichen Nutzung der Kernenergie, Eine Dokumentation der Bundesregierung, Bonn 1977.

2 Battelle-Institut e.V., Einstellung und Verhalten der Bevölkerung gegenüber verschiedenen Energiegewinnungsarten, Bericht für das Bundesministerium für Forschung und Technologie, Bonn 1977.

3 Die Zahlen für 1977 sind entnommen aus dem Ergebnisprotokoll des Kernenergiegesprächskreises mit Vertretern gesellschaftlicher Gruppen am 13. Dezember 1977 in Bonn (Az.: 002-1802-260/77).

der Kernenergieindustrie und der Bürgerinitiativen teilnahmen. Die Einladung zu diesen Diskussionsveranstaltungen erging öffentlich, insbesondere aber an jene Bürger, die durch Einsenden eines Coupons, der auf den Zeitungsanzeigen abgedruckt war, ihr großes Interesse an dem Themenkomplex Kernenergie bekundet hatten. Im Zeitraum von Januar 1976 bis Dezember 1977 nahmen an 14 öffentlichen Diskussionsveranstaltungen in den Städten Essen, Darmstadt, Schweinfurt, Hannover, Koblenz und Frankfurt 2720 Besucher teil. Für diejenigen Bürger, die eine Vertiefung der Information über einzelne Themenbereiche wünschten, wurden Seminare abgehalten, in denen ebenfalls Vertreter aller Meinungen zur Weitergabe von Information und zur Diskussion eingeladen waren. Diese Art des Gesprächs war natürlich besonders geeignet, Meinungsführer mit hohem Multiplikationseffekt zu schulen. In den Jahren 1976 und 1977 wurden vom Bundesministerium für Forschung und Technologie 40 mehrtägige Seminare durchgeführt, an denen über 2 100 Interessierte teilnahmen, was etwa 5 000 Teilnehmertagen entspricht. Etwa 450 Interessenten mußten wegen der beschränkten Kapazität der Tagungshäuser abgelehnt werden.[1] Fünf Wochenseminare waren 1977 speziell für Lehrer gedacht, um ihnen die Behandlung des Themas Kernenergie im Unterricht zu erleichtern. Bei drei sogenannten "Konfliktseminaren" ging es vor allem darum, Erfahrungen mit "Konfliktbereichen und Konfliktlösungsmodellen in der Kernenergie-Diskussion" zu sammeln[2].

---

[1] Alle Zahlen sind entnommen aus: Lang, Erfahrungen mit dem Bürgerdialog Kernenergie, a.a.O. und: Ergebnisprotokoll des Kernenergie-Gesprächskreises..., a.a.O.

[2] Ergebnisprotokoll des Kernenergie-Gesprächskreises..., a.a.O.

Die inhaltliche und organisatorische Vorbereitung aller Veranstaltungen sowie die Veranstaltungsleitung erfolgte durch die Presseabteilung des Bundesministeriums für Forschung und Technologie. Die Referenten für die Seminare wurden gestellt vom Bundesministerium für Forschung und Technologie, von den Kernforschungszentren, den Elektrizitätsversorgungsunternehmen, der Industrie sowie von den Bürgerinitiativen.

Ein schriftliches Diskussionsangebot stellte auch der oben schon erwähnte "Informationsbrief Kernenergie" dar, der neben Regierungsdokumenten auch Stellungnahmen von Bürgerinitiativen enthält. Ergänzt wurde diese Gesprächsaktion durch eine Reihe von Gesprächen zwischen Bundesminister Matthöfer und Vertretern von Bürgerinitiativ- und Umweltschutzverbänden. Zusätzlich wurden vier Journalistenseminare, drei Seminare mit Bürgerinitiativvertretern und sechs Fachtagungen zu bestimmten Themenkreisen durchgeführt.

Initiierung des Gesprächs durch Dritte

Zur Initiierung von Diskussionen, die nicht unmittelbar vom Bundesministerium für Forschung und Technologie organisiert sind, wurde Trägern der Erwachsenenbildung organisatorische und finanzielle Unterstützung bei der Durchführung von Seminaren angeboten, bei denen die unterschiedlichen Standpunkte zur Kernenergie diskutiert werden sollten. Aufgrund dieses Angebotes wurden 1976 von Trägern der Erwachsenenbildung und von Bürgerinitiativen 50 Veranstaltungen durchgeführt, davon 15 fünftägige Wochenseminare mit jeweils ca. 35 Teilnehmern, zwei 15-tägige Bildungsurlaubsveranstaltungen mit je 40 Teilnehmern, 14 Wochenendseminare mit durchschnittlich je 60 Teilnehmern sowie 19 Abend- und Tagesveranstaltungen mit je etwa 80 Teilnehmern.

Insgesamt nahmen an diesen Veranstaltungen im Jahr 1976 und 1977 12 053 Personen teil; das entspricht 22 683 Teilnehmertagen. Die Träger dieser Veranstaltungen waren Bürgerinitiativen, evangelische und katholische Akademien, Parteien und politische Stiftungen, Volkshochschulen, Gewerkschaften und sonstige Träger. Die meisten Veranstaltungen (85) wurden von Volkshochschulen und freien Erwachsenenbildungseinrichtungen durchgeführt, es folgen die Parteien und politischen Stiftungen mit 76 Veranstaltungen vor den Bürgerinitiativen mit 26, den kirchlichen Trägern (20), den Jugend- und Studentenverbänden (18) und den Gewerkschaften mit 6 Veranstaltungen.

4.1.3.2. Die Argumente des Bundesministeriums für Forschung und Technologie

Wenn auch das Bundesministerium für Forschung und Technologie im Bürgerdialog Kernenergie seine Rolle als Vermittler und Moderator immer wieder stark hervorhebt, hat es doch eindeutig die Position der Regierung zu vertreten, die auch in den Atomprogrammen niedergelegt ist. Bereits in der Einleitung zum Vierten Atomprogramm der Bundesrepublik Deutschland für die Jahre 1973 bis 1976 wird hervorgehoben, ein Ziel der Forschungspolitik der Bundesrepublik Deutschland sei, "durch die Weiterentwicklung der Kernenergie unsere Energieversorgung langfristig auf eine breitere und sicherere Basis zu stellen."[1] Als gleichrangiges Ziel wird jedoch "der Schutz der Bevölkerung und der Umwelt vor den Gefahren der Kernenergie" genannt.
Für die intensive staatliche Förderung der Kernforschung und kerntechnischen Entwicklung gibt das Vierte Atomprogramm eine Reihe von Gründen an:
Die Nutzung der Kernkräfte trägt in wachsendem Maße zur Energieversorgung, insbesondere mit elektrischer Energie, bei. Kerntechnische Anlagen, Geräte und Verfahren erfordern hohe technische Fertigkeiten und erlangen zunehmend wirtschaftliches Gewicht. Sie sind für die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaft von großer Bedeutung. Die Ergebnisse und Methoden der Kernforschung und Kerntechnik gehen in vielfältiger Weise in die wissenschaftliche Forschung, Medizin und Agrarwirtschaft ein. Die wirtschaftlichen Risiken, die langen Entwicklungszeiträume und der finanzielle Aufwand langfristiger nuklearer Forschungs-

---

[1] Bundesministerium für Forschung und Technologie (Hrsg.), Viertes Atomprogramm der Bundesrepublik Deutschland für die Jahre 1973 bis 1976, Bonn 1972.

und Entwicklungsprojekte bedingen die Förderung durch den Staat und ein koordiniertes Zusammengehen von Regierungen und nichtstaatlichen Partnern. Schließlich erfordern die Gefahren, die bei der Erforschung und Nutzung der Kernenergie auftreten können, ein besonderes Maß an staatlicher Aufsicht und Vorsorge.[1]

In den Veröffentlichungen des Bundesministeriums für Forschung und Technologie kommt allerdings zum Ausdruck, daß die Gefahren und Risiken der Kernenergie-Nutzung durchaus erkannt und beachtet werden. Trotzdem gibt es nach Meinung des Bundesministeriums für Forschung und Technologie - auch bei Förderung aller anderen Energiequellen - mittelfristig keine Alternative zur Kernenergie, die eine Sicherstellung der Energieversorgung gewährleisten würde:

"Die herkömmlichen Energiequellen, vor allem Kohle, reichen trotz anhaltender Bedeutung für die Energieversorgung angesichts des notwendigen Zurückdrängens des Mineralöls nicht aus, um den Energieverbrauch zu decken, den man für die Zukunft erwartet oder sicherheitshalber zu unterstellen hat. Neue Energiequellen wie Sonnenenergie und Kernfusion oder Technologien zur rationelleren Energieverwendung können heute noch nicht quantitativ mit einigermaßen verläßlichen Ansätzen in eine verantwortungsbewußte langfristige Energieversorgungsplanung einbezogen werden. Deshalb gibt es - auch hierin unterscheiden sich die Urteile in allen Industrieländern nicht - einen großen Bedarf an einer neuen Energiequelle, den zur Zeit nur die Kernenergie decken kann."[2]

---

[1] Bundesministerium für Forschung und Technologie (Hrsg.), Viertes Atomprogramm der Bundesrepublik Deutschland für die Jahre 1973 bis 1976, a.a.O.

[2] Der Bundesminister für Forschung und Technologie (Hrsg.), Bürgerdialog Kernenergie, Informationsbrief, a.a.O., S. 4 ff.

Diese Zwangslage, wie das Bundesministerium für Forschung und Technologie sie sieht, bedingt eine intensive Förderung der Kernenergie-Nutzung, und dies trotz der möglichen Gefahren. Diese Gefahren werden durchaus offen genannt, insbesondere Umweltradioaktivität, Strahlenbelastung und Unfallrisiko. Nach Meinung des Bundesministeriums für Forschung und Technologie werden aber gegen alle diese Gefährdungen bereits umfassende Maßnahmen getroffen, so daß das Risiko für die Bevölkerung wesentlich kleiner ist als bei anderen, bereits eingeführten Techniken.

Der Problemkreis Reaktorsicherheit und Strahlenschutz aus der Sicht des Bundesministeriums für Forschung und Technologie

Das Bundesministerium für Forschung und Technologie hat erkannt, daß die Probleme der Reaktorsicherheit und des Strahlenschutzes die Öffentlichkeit sehr stark bewegen. Die Gründe hierfür sieht es hauptsächlich im zunehmenden Sicherheitsbedürfnis und im wachsenden Bewußtsein der Gesellschaft für Umweltfragen, im Bedarf an umfassender Information, in der steigenden Anzahl der geplanten oder errichteten kerntechnischen Anlagen und deren Größe, in der Problematik der Standortfragen sowie in den noch nicht gelösten Fragen des Transports und der Endlagerung radioaktiver Abfallstoffe.

Im Vierten Atomprogramm der Bundesrepublik Deutschland wird die Verantwortung des Staates für kerntechnische Anlagen betont: "Die Bemühungen um ausreichende Sicherheit sind Bestandteil der umfassenden staatlichen Verantwortung und Vorsorge zur Erhaltung sicherer und gesunder Lebens- und Umweltbedingungen."[1]

---

[1] Bundesministerium für Forschung und Technologie (Hrsg.), Viertes Atomprogramm der Bundesrepublik Deutschland für die Jahre 1973 bis 1976, a.a.O., S. 18.

Das Bundesministerium für Forschung und Technologie sieht einen Vorteil von Kernkraftwerken gegenüber Kohlekraftwerken darin, daß die Umweltbelastung erheblich geringer ist. Dabei wird vor allem die Schwefeldioxid-Emission konventioneller Kraftwerke in Betracht gezogen und der geringen radioaktiven Belastung durch Kernkraftwerke gegenübergestellt. "Die bei den jetzigen Leichtwasser-Reaktor-Kraftwerken gemessene Radioaktivitätsabgabe liegt um das 10 bis 100fache niedriger als der nach der Strahlenschutzverordnung zugelassene Wert und beträgt nur einen Bruchteil der mittleren natürlichen Strahlenbelastung in der Bundesrepublik."[1] Die Strahlenschutznorm legte den Genehmigungsgrenzwert für die zusätzliche maximale Strahlenbelastung in der Umgebung von Kernkraftwerken auf 30 Millirem pro Jahr (mrem/a) fest, in Wirklichkeit liegt jedoch (nach Auskunft des Bundesministeriums für Forschung und Technologie) die zusätzliche mittlere Strahlenbelastung in der Nähe der bisher gebauten Kernkraftwerke nur bei etwa 1 mrem/a. Dies entspräche weniger als einem Prozent der natürlichen Strahlenbelastung. Die Regierung zieht daraus den Schluß: "Das gegenwärtige Ausmaß der Freisetzung radioaktiver Stoffe aus Kernkraftwerken und sonstigen kerntechnischen Anlagen ist nach aller Kenntnis unschädlich."[2]
Die thermische Belastung der Flüsse durch Kernkraftwerke, die wegen der höheren Leistung dieser Anlagen höher liegt als bei den meisten konventionellen Kraftwerken, wird von der Bundesregierung als ernst eingestuft. Es wird jedoch darauf verwiesen, daß fortgeschrittene Reaktorlinien diesen Nachteil nicht mehr haben werden. Man hofft hier ins-

---

[1] Bundesministerium für Forschung und Technologie (Hrsg.), Viertes Atomprogramm der Bundesrepublik Deutschland für die Jahre 1973 bis 1976, a.a.O., S. 27.

[2] ebenda, S. 74.

besondere auf Luftkühlung und eine bessere Abwärmenutzung.

Zur Verbesserung der Sicherheit von Kernkraftwerken wurden in der Vergangenheit große Anstrengungen unternommen. Die Sicherheit kerntechnischer Anlagen ist nach Angaben des Bundesministeriums für Forschung und Technologie deshalb heute schon "hervorragend".[1] Trotzdem seien auch weiterhin große Sorgfalt und Anstrengungen erforderlich, um die Sicherheitsfrage beim künftigen raschen Ausbau der Kernenergienutzung befriedigend zu lösen. Verbesserte Sicherheitstechniken und Schutzmaßnahmen sollen dazu dienen, mögliche Störfälle zu verhindern und deren negative Auswirkungen zu verringern. Alle getroffenen Maßnahmen sollen außerdem dazu beitragen, das Vertrauen der Bevölkerung in die Anwendung der Kernenergie zu festigen. Zur Erforschung und Entwicklung der sicherheitstechnischen Erfordernisse wurde im August 1972 ein umfangreiches Sicherheitsforschungsprogramm vorgestellt. Inzwischen haben theoretische und experimentelle Untersuchungen zu diesem Themenkomplex in den Kernforschungszentren und in der Industrie begonnen.

---

[1] Bundesministerium für Forschung und Technologie (Hrsg.), Viertes Atomprogramm der Bundesrepublik Deutschland für die Jahre 1973 bis 1976, a.a.O., S. 27.

4.1.4. Die Bürgerinitiativen gegen Kernkraftwerke

Naturgemäß zählen zu den Kernkraftwerks-Gegnern in erster Linie die betroffenen Bürger, d.h. Anwohner, die durch den Bau eines Kernkraftwerks Gefährdungen verschiedenster Art befürchten. Diese betroffenen Bürger arbeiten zum Teil als "Einzelkämpfer", zum größeren Teil aber haben sie sich zusammengeschlossen zu Bürgerinitiativen, in denen sie gemeinsam ihre Ziele verfolgen.
Das konstitutive Element einer Bürgerinitiative besteht darin, daß Bürger Mißstände, Fehler oder unerträgliche Planungen wahrnehmen und zu deren Verhinderung oder Beseitigung ihr Unbehagen in aktives politisches Handeln umsetzen.
Auf dieser Grundlage erst kann sich eine bürgerliche Form sachlich, zeitlich und sozial begrenzter kollektiver Selbstorganisation zur unmittelbaren öffentlichen Durchsetzung von Partizipation an Entscheidungsprozessen[1] herausbilden, genannt "Bürgerinitiative". Zur Entstehung einer solchen Organisation sind allerdings einige Eigenschaften unabdingbar: die Fähigkeit zur Wahrnehmung von Mißständen bzw. das Interesse an Informationen über Planungen sowie das Selbstvertrauen, politische Vorgänge beeinflussen zu können und die Gabe, Auffassungen und Ziele in geeigneter Weise zu artikulieren. Diese Bedingungen legen bereits die Vermutung nahe, daß Personen aus der gebildeten Mittel- und Oberschicht eher in der Lage sind, an einer Bürgerinitiative teilzunehmen und auch eher Interesse an Aktivitäten

---

[1] W.-P. Lange et al. (Hrsg.), Zur Rolle und Funktion der Bürgerinitiativen in der Bundesrepublik und Westberlin. Bericht einer Forschungsgruppe an der TU Berlin, Zeitschrift für Parlamentsfragen, Berlin 1973, S. 286.

dieser Art zeigen. Empirische Untersuchungen [1] bestätigen, daß aufgrund von Sozialisation und Sprache der Mittelschicht der Zugang zu Bürgerinitiativen und die Durchsetzung ihrer Interessen in ihnen wesentlich erleichtert ist; es ist deshalb auch nicht verwunderlich, daß in den dort untersuchten Bürgerinitiativen die mittlere und obere Mittelschicht deutlich überrepräsentiert ist.[2]
Zur Entstehung von Bürgerinitiativen, die sich gegen den Bau von Kernkraftwerken richten, führen hauptsächlich zwei verschiedene Perspektiven. Auf der einen Seite äußert sich darin ein Protest gegen das Versagen der klassischen politischen Partizipationsinstanzen wie etwa Parteien und Parlament, auf der anderen Seite manifestiert sich darin die persönliche Betroffenheit der Bürger durch Kernkraftwerke und ihre Folgen. Das zunehmende Partizipationsbedürfnis des einzelnen Bürgers hat verschiedene Ursachen, die in Struktur- und Funktionsschwächen des politischen Systems zu suchen sind. Normalerweise fällt in einer Demokratie wie der unseren den politischen Parteien eine bedeutsame Rolle zu: sie haben zu sorgen für die integrative Zusammenführung der soziopolitischen Kräfte und für deren repräsentative Darstellung in den politischen Entscheidungsprozessen. Im Laufe der letzten Jahre wurden die Parteien dieser Aufgabe jedoch keineswegs mehr gerecht. Schon 1966 sprach Karl Jaspers in seiner Schrift "Wohin treibt die Bundesrepublik?"[3]

---

[1] U. Bermbach, Bürgerinitiativen - Instrumente direkter Demokratie? Kongreß der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaften, Manuskript, Hamburg 1973, S. 11.

[2] W.-P. Lange et al. (Hrsg.), Zur Rolle und Funktion der Bürgerinitiativen..., a.a.O., S. 289.

[3] K. Jaspers, Wohin treibt die Bundesrepublik? München 1966.

von der Entwicklung der zu Volksorganen berufenen Parteien zu volksfremden Staatsorganen und von der Entartung der demokratischen Mittler zu selbstherrlichen Oligarchen. Die hier angesprochene Entwicklung führte insbesondere zu einer zunehmend geringeren inner- und außerparteilichen Möglichkeit zur aktiven Teilhabe an der politischen Willensbildung.[1] Kräfte, die die Parteien nicht an sich zu binden vermocht hatten, strömten nun der Bürgerinitiativbewegung zu. Jedoch auch Parteimitglieder, frustriert durch die äußerst beschränkten Partizipationsmöglichkeiten innerhalb der Parteien, zeigten nach und nach immer größere Bereitschaft, im Rahmen überparteilicher Bürgerinitiativen mitzuarbeiten.[2]

Neben den Parteien bilden die sogenannten organisierten Interessen, d.h. die Verbände und Interessenvertretungen einzelner Berufs- und Wirtschaftszweige eine der Hauptkräfte im System der politischen Willensbildung. Werner Weber rügte bereits 1951 den übermächtigen Einfluß der Verbände und sah weite Teile der Staatsverwaltung in der Gefahr, "Bestandteile eines nebenstaatlichen Ständeverwaltungssystems"[3] zu werden. 1956 wies Theodor Eschenburg in seiner Schrift "Herrschaft der Verbände?"[4] hin auf die Übermacht der Verbände und nannte die Bundesrepublik Deutschland eher einen Gruppenverband als einen Bundesstaat.[5]

---

[1] vgl. H. Bilstein, Zur Soziologie der politischen Parteien, in: Gegenwartskunde, Jg. 19, 1970, S. 179 und H. Kaack, Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems. Opladen 1971, S. 465 ff. und S. 565 ff.

[2] P. C. Mayer-Tasch, Die Bürgerinitiativbewegung, Hamburg 1976, S. 28 ff.

[3] W. Weber, Spannungen und Kräfte im westdeutschen Verfassungssystem (Erstauflage 1951), Stuttgart 1958, S. 40 ff.

[4] Th. Eschenburg, Herrschaft der Verbände?, Stuttgart 1956.

[5] ebenda, S. 87.

Der mächtige Einfluß der Verbände wäre an sich nicht zu verurteilen, da diesen organisierten Interessenvertretungen die wichtige Aufgabe obliegt, die Organisation und Artikulation der sozial präsenten Interessen zu übernehmen bzw. anders ausgedrückt, Erwartungen zu verdeutlichen und den nötigen Sachverstand bereitzustellen. Leider wird jedoch in der Realität die Vertretung der verschiedenen Interessen sehr unterschiedlich stark ausgeübt. Die wirtschaftlichen Interessen etwa der Produktions- und der Distributionssphäre zeigen einen hohen Organisations- und Artikulationsgrad, während im Gegensatz dazu andere soziale Interessen, wie z.B. die Lebensinteressen der gegenwärtigen und zukünftigen Verbraucher von Arzneien, Lebensmitteln, Luft und Wasser oder das Interesse der wachsenden städtischen Bevölkerung an menschenwürdigen urbanen Lebens- und unverfälschten ländlichen Erholungsräumen, nur sehr unzureichend organisiert sind und deshalb nicht ausreichend artikuliert werden. Diese faktische Unterrepräsentation der sozialen Allgemeininteressen hat sich zur zentralen Strukturschwäche des innerstaatlichen Pluralismus entwickelt.[1] Hans-Helmut Wüstenhagen, Vorsitzender des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V., formulierte die Verärgerung darüber so: "Bürger haben Grund, den von der Sache gebotenen Entscheidungen ihrer Politiker zu mißtrauen. Zumal sie mehr und mehr erkennen, daß gar nicht mehr die Politiker jene Entscheidungen treffen, sondern daß diese häufig zu Public-Relations-Referenten degradiert worden sind für die Entscheidungen, die andere getroffen haben, die als 'Sachverständige' wissen, was von der Sache her geboten ist."[2] Das weitverbreitete Unbehagen in der Öffentlichkeit über diesen Mißstand ist

---

[1] P.C. Mayer-Tasch, Die Bürgerinitiativbewegung, a.a.O., S. 33 ff.

[2] H.-H. Wüstenhagen, Bürger gegen Kernkraftwerke, Hamburg 1975, S. 9.

ein wesentlicher Grund für die rasche Ausbreitung der Bürgerinitiativbewegung. Ein Gegengewicht zu den straff organisierten wirtschaftlichen Interessenvertretungen versucht etwa der "Bundesverband der Bürgerinitiativen Umweltschutz" zu sein, der eine Dachorganisation der Bürgerinitiativen darstellt und versucht, deren Interessen auch in die parlamentarische Willensbildung miteinzubringen.

Ein weiterer Grund für den Versuch, Interessen auf anderen als den herkömmlichen Wegen zu artikulieren, ist das zunehmende Unbehagen der Bürger am Überhandnehmen der Administration in nahezu allen Lebensbereichen. Im Rahmen einer 1971 durchgeführten Repräsentativerhebung des Godesberger Infas-Institutes beklagte sich nahezu die Hälfte der Befragten über die unaufhörlichen Kompetenzausweitungen der öffentlichen Hand.[1] In dieser von der Verwaltung beherrschten politischen Umwelt begegnet der Bürger nicht selten "einer bewußt betriebenen Arkanpolitik. Und hier entsteht auch ... der Eindruck, daß diese Arkanpolitik in erster Linie der Absicherung eines innigen Einvernehmens (um nicht zu sagen: einer Komplizenschaft) zwischen Verwaltungsbehörden und etablierten ökonomischen Interessen dient."[2] Dieser Aspekt trifft in ganz besonderer Weise beim Problem der Kernenergie-Nutzung zu. In Teilen der Bevölkerung setzte sich schließlich das Gefühl durch, daß man, um seine Interessen wirksam vertreten zu können, sich anderer Mittel als der herkömmlichen Kanäle politischer Kommunikation bedienen muß.[3]

---

[1] vgl. M. Koch et al., Die Deutschen und ihr Staat, Ein Untersuchungsbericht, Hamburg 1972.

[2] P.C. Mayer-Tasch, Die Bürgerinitiativbewegung, a.a.O., S. 43.

[3] vgl. z.B. auch K. Kluxen (Hrsg.), Parlamentarismus, Köln, Berlin 1969. und Th. Ellwein/A. Görlitz, Parlament und Verwaltung, Teil I, Stuttgart 1967.

Die unmittelbare persönliche Betroffenheit der Bürger manifestiert sich in unterschiedlichen Bereichen. Sie kann im Falle von Kernkraftwerken physisch-materiell sein, d.h. der Bürger wohnt in der näheren Umgebung eines Kernkraftwerk-Standortes, sie kann sich beziehen auf eine befürchtete Planung oder sie beruht auf einer mehr grundsätzlichen Einstellung des Bürgers gegen Wirtschaftswachstum, Anstieg des Energieverbrauchs und gegen Kernenergie. "Bürgerinitiativen kommen anläßlich einer Maßnahme zustande, von der eine meist durch ihren lokalen Wohnzusammenhang bestimmte Gruppe der Bevölkerung betroffen und gegenüber ihren bisherigen Lebensumständen beeinträchtigt wird... . Diese Maßnahmen betreffen eine in ihrer Klassenlage heterogene Gruppe, deren einzige Gemeinsamkeit in ihrer Rolle als "Bürger" einer Kommune und in ihrer aktuellen Betroffenheit besteht."[1]

In Bezug auf Kernkraftwerke gibt es bei dieser Betroffenheit noch einige besondere Aspekte, die normalerweise bei lokalen Planungen oder Mißständen nicht vorhanden sind. Wegen des hohen Gefährdungspotentials müssen bei Bau und Betrieb von kerntechnischen Anlagen so starke Sicherheitsmaßnahmen getroffen werden, wie sie bisher aus der zivilen Planung nicht bekannt sind. Es wird deshalb befürchtet, daß die Plutoniumtechnologie "den Abbau noch verbliebener demokratischer Rechte und Freiheiten und die Errichtung eines Polizeistaates"[2] nach sich ziehen wird. Ebenfalls ein neuer Aspekt bei der Kernenergie ist die ungeheure Ausdehnung der räumlichen und zeitlichen Dimension bei einer Gefährdung.

---

[1] H. Faßbinder, Bürgerinitiativen und Planungsbeteiligung im Kontext kapitalistischer Regionalpolitik, in: Kursbuch 27, 1972, S. 79.

[2] Th. Kuby/Ch. Marzahn, Lernen in Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen, in: Kursbuch 48, 1977, S. 164.

Daß radioaktive Strahlung sich über sehr große Distanzen gefährdend auswirkt und wegen der langen Halbwertszeiten einzelner Stoffe eine möglicherweise jahrtausendelange Gefährdung verursacht, kann zu einer Beeinträchtigung für Millionen von Menschen bis in die weite Zukunft führen. Eine dritte Besonderheit ist schließlich der bisher nicht gekannte ungeheure Druck, mit dem insbesondere die Kern-Industrie die Nutzung der Atomenergie voranzutreiben versucht. Daraus ergibt sich ein Konflikt, in dem Lebensinteressen und Profitinteressen ungleich härter und unvermittelter aufeinanderprallen als in allen anderen Auseinandersetzungen, in die Bürgerinitiativen bisher verwickelt waren. "Niemals zuvor sind Bürgerinitiativen so brutalen Angriffen der Staatsgewalt ausgesetzt gewesen wie in Wyhl und Brokdorf, niemals zuvor wurde Bürgern die Interessenverflechtung von Staat und Industrie so deutlich vor Augen geführt."[1]

Vorgehensweise und Aktionen der Bürgerinitiativen

Bürgerinitiativen konstituieren sich im allgemeinen zunächst als lockerer Verband von Sympathisanten, aus denen sich schließlich der Kern der Bürgerinitiative als e.V. entwickelt. Die Finanzierung erfolgt durch Beiträge der Mitglieder sowie durch Freunde und Gönner der Bürgerinitiativen.[2] Viele Aktionen werden von den Mitgliedern selbst organisiert und ohne nennenswerten Finanzaufwand durchge-

---

[1] Th. Kuby/Ch. Marzahn, Lernen in Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen, in: Kursbuch 48, 1977, S. 164.

[2] Ein Beispiel dafür ist die Weisweiler Jagdgenossenschaft, die auf 55 000 DM Jagdpacht verzichtete und den Bürgerinitiativen rund um den Kaiserstuhl zur Verfügung stellte, die damit wissenschaftliche Gutachten finanzieren konnten.

führt; andere Aktionen, die ohne Geldmittel nicht machbar sind, werden durch Eigenleistungen der Beteiligten[1] oder durch freiwillige Leistungen von Sympathisanten aufgebracht.[2] Bürgerinitiativen im Bereich von Kernkraftwerken sind im allgemeinen hierarchisch strukturiert. Der Leiter einer Bürgerinitiative ist - zumindest in ländlichen Gegenden - meistens ein Mann mit höherer oder Hochschulbildung, der freiberuflich oder selbständig arbeitet und im Alter zwischen 35 und 50 Jahren ist.[3] Die aktiven Mitglieder der Bürgerinitiative, die im übrigen nie politisch, weltanschaulich oder religiös gebunden ist, stellen meist eine arbeitsteilige Struktur her mit "Experten" für bestimmte Gebiete, d.h. Mitgliedern, die sich auf einem Sektor genauer einarbeiten.
Dabei stellen sich bei der Mehrzahl dieser Bürgerinitiativen zwei Phasen heraus: die erste ist gekennzeichnet

---

[1] Nach den Erhebungen einer Berliner Forschungsgruppe finanzierten sich 90 Prozent der untersuchten Bürgerinitiativen aus eigenen Mitteln und wurden zusätzlich noch direkt oder indirekt von anderen Institutionen gefördert. 16 der insgesamt 61 untersuchten Initiativen finanzierten sich ausschließlich aus eigenen Mitteln. Aus: R.-P. Lange (Hrsg.), Zur Rolle und Funktion von Bürgerinitiativen in der Bundesrepublik und Westberlin. Bericht einer Forschungsgruppe an der TU Berlin, Zeitschrift für Parlamentsfragen, Berlin 1973.

[2] Z.B. durch freiwillige Austräger und Plakatkleber, durch sympathisierende Druckereibesitzer und Verleger, die kostenlos Plakate und Annoncen drucken oder durch engagierte Wissenschaftler, die auf Vortrags- und Expertisenhonorare verzichteten.

[3] S. van Buiren et al., Bürgerinitiativen im Bereich von Kernkraftwerken, a.a.O., S. 150.

durch einen hohen Informationsbedarf und durch den Wunsch: nach Selbstorganisation und Aktivitätsentfaltung. Als Mittel der Informationsbeschaffung dienen hier vor allem Fachliteratur, Tageszeitungen und Wochenblätter sowie Vorträge von Experten. Einzelne besondere Aktionen verdienen hier Aufmerksamkeit: z.B. errichtete eine Bürgerinitiative am Kaiserstuhl eine eigene Meßstation zur Messung der Wetterdaten, um damit Auswirkungen des geplanten Kernkraftwerks auf das Mikroklima zu erforschen. Mitglieder einer Bürgerinitiative in Ludwigshafen kauften "zur besseren Information und Einsicht in die Geschäftspolitik der Antragstellerin Aktien dieses Chemiekonzerns"[1] und besuchten die Hauptversammlung der Aktionäre. Besondere Schwierigkeiten in dieser Phase liegen für die Bürgerinitiativen gegen Kernkraftwerke darin, an geeignetes und vollständiges Informationsmaterial heranzukommen. Zudem ist die Fachliteratur für Laien meist sehr schwer verständlich und geeignete Informanten lassen sich oft nicht finden.
Eines der Hauptanliegen in dieser ersten Phase ist auch die Schaffung einer ausreichenden personellen Basis durch die Werbung neuer Sympathisanten und durch die Betreuung der aktiven Teilnehmer. Dazu bedarf es der ständigen Verdeutlichung der unmittelbaren oder mittelbaren Betroffenheit des angesprochenen Kreises durch das jeweilige geplante oder im Bau befindliche Projekt. Dies geschieht im Bereich von Kernkraftwerken hauptsächlich durch gezielte Beschaffung, Aufarbeitung und Weitergabe von Informationen.

Da die Bürgerinitiativen sich im allgemeinen aus Laien zusammensetzen, was kernphysikalische und wirtschaftliche Tatsachen betrifft, besteht eines der Hauptziele darin, sich

---

[1] S. van Buiren et al., Bürgerinitiativen im Bereich von Kernkraftwerken, a.a.O., S. 150.

die nötigen Informationen über alle Aspekte der Kernkraftwerke zu verschaffen, diese Informationen selbst aufzuarbeiten und schließlich relevante Angaben an die breite Bevölkerung weiterzugeben. Dies ist umso wichtiger, als nach Meinung der Bürgerinitiativen die Industrie und ihre Lobby die Bevölkerung nur sehr einseitig informiert und die Unaufgeklärtheit der Bürger für ihre Zwecke ausnützt.
Besonderen Wert wird deshalb auf die folgenden Themen gelegt:

a) Sicherheitstechnische Fragen. Wie sicher ist ein Kernkraftwerk? Was geschieht, wenn ein Sicherheitssystem ausfällt, wenn der Reaktor "durchgeht"? Wie sicher ist ein Kernkraftwerk vor unbefugter Einwirkung, z.B. bei einem Erdbeben oder dem Abwurf einer Bombe auf ein Kernkraftwerk?

b) Fragen der Atommüllbeseitigung. Beim Betrieb eines Kernkraftwerks entstehen große Mengen radioaktiver Rückstände, die beseitigt werden müssen. Wie geschieht dies, wo, und wie sicher werden diese Stoffe aufbewahrt? Besteht keine Möglichkeit, daß dieser Atommüll gestohlen wird? Können diese Stoffe mißbraucht werden zur Waffenherstellung?

c) Ansiedlung von Folgeindustrie. Wenn durch ein Kernkraftwerk die Möglichkeit besteht, ohne weitere Transportwege Energie bereitzustellen, werden dadurch Industrieunternehmen veranlaßt, sich in der Nähe anzusiedeln. Dies gilt insbesondere für energieintensive Industriezweige wie die Eisen- und Stahlindustrie sowie die chemische Industrie. Eine weitere starke Minderung der Lebensqualität wird dadurch befürchtet.

d) Mängel im Genehmigungsverfahren für Kernkraftwerke. Dieser Punkt nimmt in der Aufklärungsarbeit der Bürgerinitiativen breiten Raum ein. Behandelt werden vor allem das atomrechtliche Genehmigungsverfahren mit seinen Möglichkeiten zum Einspruch durch Betroffene, die Problematik der Erörterungstermine sowie die Frage der Objektivität

der Gutachter. Ferner werden Verflechtungen aufgedeckt zwischen den Genehmigungsbehörden und den antragstellenden Firmen.

e) Die energiewirtschaftliche Notwendigkeit für den Bau von Kernkraftwerken. Die Bürgerinitiativen versuchen die Vorausschätzungen der verschiedenen Institutionen kritisch zu würdigen und lassen dabei weltanschauliche und moralische Problemstellungen miteinfließen. In Frage gestellt wird das unaufhörliche Wirtschaftswachstum, das ein dauerndes Energiewachstum bedingt; man erinnert sich an die "Grenzen des Wachstums".[1]

f) Die Bereitstellung anderer Energiequellen. Die Bevölkerung wird informiert über alternative Arten der Energiegewinnung, die weniger umstritten sind, wie z.B. Sonnen- oder Windenergie u.ä.

Daß diese Informationsarbeit - die im übrigen nicht streng zu trennen ist von den Aktivitäten, die nachfolgend als charakteristisch für die zweite Phase gezeigt werden - im allgemeinen recht erfolgreich zu sein scheint, geht aus einigen **konkreten** Untersuchungen hervor. So ergab eine Umfrage in Ludwigshafen, im Landkreis Emmendingen (in dem sich Wyhl befindet) und in Freiburg[2], daß 56 Prozent der Befragten von der Existenz der Bürgerinitiativen wußten. Von diesen

---

[1] Vgl. zu dieser Diskussion auch
D. Meadows et al., Die Grenzen des Wachstums, Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit, Stuttgart 1972.
D.L. Meadows/D.H. Meadows, Das globale Gleichgewicht, Modellstudien zur Wachstumskrise, Stuttgart 1973.

[2] S. van Buiren et al., Bürgerinitiativen im Bereich von Kernkraftwerken, a.a.O., S. 229-231.

hatten 51 Prozent bereits von den Bürgerinitiativen Informationen über das geplante Kernkraftwerk erhalten, 77 Prozent wußten Bescheid über Aktionen der Bürgerinitiativen. Mit den Zielen der Bürgerinitiativen einverstanden erklärten sich 39 Prozent derjenigen, die über die Existenz der Bürgerinitiativen informiert waren. Die Ergebnisse zeigen, daß in den betroffenen Gebieten die Bürgerinitiativen recht weit bekannt sind und daß auch ein großer Teil der Bevölkerung mit ihren Zielen übereinstimmt. Sie zeigen allerdings auch, daß Bürgerinitiativen weniger durch gezielte Informationen bekannt werden, sondern viel mehr durch die von ihnen initiierten und durchgeführten Aktionen. Dies liegt wohl in erster Linie daran, daß über größere Aktionen die Massenmedien berichten und damit ein wesentlich höherer Bekanntheitsgrad erreicht wird. In welchem Ausmaß eine Berichterstattung durch die Massenmedien stattfindet und welche Meinung darin jeweils vertreten ist, wird im Abschnitt über die Presseberichterstattung zum Thema Kernenergie behandelt werden.

Die zweite Phase ist gekennzeichnet durch eine enge Zusammenarbeit mit Experten sowie durch regionale und überregionale Kontakte und Zusammenschlüsse mit anderen gleichgesinnten Bürgerinitiativen. Mayer-Tasch glaubt, in dieser Phase eine gewisse Neigung zu Übertreibungen zu finden. "Angesichts der Komplexität und Undurchschaubarkeit vieler problematisch gewordener Lebensverhältnisse und angesichts der vielen privaten und behördlichen Verharmlosungs- und Verschleierungspraktiken, denen sich die Initiativen und Protagonisten zahlreicher Bürgerinitiativen gegenübersehen, bedarf es zur Aufklärung und Aktivierung der Betroffenen nicht selten einer gezielten Dramatisierung und Skandalisierung der Situation."[1]

---

[1] P.C. Mayer-Tasch, Die Bürgerinitiativbewegung, a.a.O., S. 127.

Die üblichen Methoden, wie Plakate, Transparente, Flugblätter, Zeitungsannoncen, Zeitungsartikel, offene Briefe, Informationsstände, Ausstellungen, Stadtteilzeitungen und Kundgebungen wurden von Bürgerinitiativen im Bereich von Kernkraftwerken angewandt mit besonderem Bezug zur Kernenergie-Thematik. So errichteten Bürgerinitiativen z.B. einen etwa 60 Meter langen Bretterzaun auf einer Anhöhe bei Wyhl mit der meterhohen Beschriftung "Weinbau ja -Atom nein", Plakate wurden aufgehängt und an Balkonen, Scheunen und Toren Transparente befestigt. Beliebt waren in Wyhl auch Fahrbahnbeschriftungen.
Weitere konkrete Aktionen in der Gegend von Wyhl waren z.B. die Einleitung eines Bürgerbegehrens, die Formulierung eines gemeinsamen Einspruchs durch zwölf Pfarrer, Unterschriftenaktionen, Leserbriefaktionen, Traktordemonstrationen, eine Informationsfahrt auf dem Rhein mit Booten, Podiumsdiskussionen, Straßensperren, Sternmärsche und schließlich die Besetzung des Baugeländes.[1] Hinzu kommt als wichtiger Punkt die vollständige Ausschöpfung aller gesetzlich vorgesehenen Einwirkungsmöglichkeiten im Laufe des Genehmigungsverfahrens. So sind zunächst Einwendungen möglich während der einmonatigen Einwendungsfrist vor Erlaß des Genehmigungsbescheids und Darlegung der Argumente beim gesetzlich vorgeschriebenen Erörterungstermin. Weitere Möglichkeiten bestehen im Rahmen des Klagerechts bei unzureichender Berücksichtigung der Einwände noch nach Erlaß des Genehmigungsbescheids, so z.B. die Anfechtungsklage bis zu einem Monat nach Zustellung des Bescheids, der Antrag auf Wiederherstellung der

---

[1] vgl. auch S. van Buiren et al., Bürgerinitiativen im Bereich von Kernkraftwerken, a.a.O., S. 164 ff. und H.-H. Wüstenhagen, Bürger gegen Kernkraftwerke, a.a.O., S. 19 ff.

aufschiebenden Wirkung der Anfechtungsklage oder der Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung. Klagebefugt sind allerdings nur Einzelpersonen, keine Gruppen, so daß dieser Klageweg im allgemeinen von einzelnen Mitgliedern der Bürgerinitiative beschritten wird, die die Bedingungen erfüllen, nämlich in der Nachbarschaft (d.h. im Umkreis von 100 km) des geplanten Kernkraftwerks wohnen oder Beeinträchtigungen erleiden müssen oder die das Entstehen von Nachteilen für sich befürchten.
Die bisher genannten Aktionen können meist nur einen begrenzten Personenkreis erreichen und dadurch informieren und aktivieren. Wie alle Beteiligten an der Kernenergie-Kontroverse, und mehr noch als die vorher behandelten Organisationen, die über ungleich höhere Finanzmittel für die Öffentlichkeitsarbeit verfügen, sind die Bürgerinitiativen deshalb angewiesen auf Multiplikatoren, also Meinungsbildner und ganz besonders auf die Massenmedien. Die ausgefallene Art einiger der durchgeführten Aktionen geht sicher auf das Bemühen zurück, aus der Informationsflut, die auf die Massenmedien einstürzt, herauszustechen. Trotzdem ist der Zugang zu den Massenmedien für die Bürgerinitiativen besonders schwierig, da sie keine etablierte Organisation hinter sich haben und in kurzer Zeit auch nicht genügend Kontakte aufbauen können. Sie produzieren und verbreiten deshalb Gegeninformation selbst in Form von Flugblättern, Zeitungen, Broschüren, Büchern, Aufklebern, Straßentheatern, Versammlungen und Kundgebungen. Ob diese Informationen in den Massenmedien berücksichtigt und wie sie verarbeitet werden, wird in Kapitel 4.3. behandelt.

Die Argumente der Bürgerinitiativen

Analysiert man die Argumente, die die Bürgerinitiativen gegen den Bau von Kernkraftwerken aufführen, so reduzieren sie

sich auf vier Hauptpunkte:

a) Die radioaktive Strahlenbelastung. Auch wenn die Abgabe an radioaktiver Strahlung bei einem Kernkraftwerk gering ist, befürchten die Bürgerinitiativen negative Auswirkungen durch die Dauerbestrahlung. Sie führen an, daß die Auswirkungen der radioaktiven Strahlung noch zu wenig erforscht sei, insbesondere die Auswirkung auf die zukünftigen Generationen und die Wirkung über längere Zeiträume hinweg.

b) Die zu hohe Wärmeabgabe der Kernkraftwerke an die Umwelt. Da diese Kraftwerke eine wesentlich höhere Leistung als konventionelle Kraftwerke erbringen, bedeutet die Kühlung ein besonderes Problem. Wird mit Hilfe von Flußwasser gekühlt, so ergibt sich eine unerwünschte Erwärmung des Flusses. Erfolgt die Kühlung in Kühltürmen, wird ein nachhaltiger ungünstiger Einfluß auf das Mikroklima befürchtet durch Bildung von Nebel und Wolken und dadurch bedingte Verkürzung der Sonnenscheindauer. Befürchtungen dieser Art spielen eine große Rolle für landwirtschaftliche Anbaugebiete, insbesondere solche mit Sonderkulturen wie Wein, Obst, Tabak o.ä.

c) Die Senkung des Grundwasserspiegels. Ist kein Fluß mit der nötigen Wasserkapazität in der Nähe, muß das Kühlwasser für das Kernkraftwerk dem Grundwasserreservoir entnommen werden. Eine Absenkung des Grundwasserspiegels wird deshalb befürchtet.

d) Sehr grundlegend und von geradezu weltanschaulicher Bedeutung ist die Skepsis gegen das ungebremste Wirtschaftswachstum, das durch den Bau weiterer Kernkraftwerke garantiert werden soll. Die Befürchtungen der Bürgerinitiativen richten sich hauptsächlich gegen eine dadurch verursachte Verminderung der Lebensqualität.

Forderungen der Bürgerinitiativen

Die Forderungen der Bürgerinitiativen richten sich keineswegs grundsätzlich gegen den Bau von Kernkraftwerken, sie sind wesentlich differenzierter. Die Zielvorstellungen fächern sich sehr weit auf, und zwar von "Kernkraftwerke ja, aber..." bis zu "Kernkraftwerke auf keinen Fall", also von bedingter Zustimmung zum Bau von Kernkraftwerken bis zu absoluter Ablehnung. Die einzelnen Haltungen beruhen auch auf der jeweiligen Situation der Betroffenen; erhoffen die Bürger z.B. vom geplanten Kernkraftwerk eine Sicherung ihrer Arbeitsplätze, ist die Ablehnung weit weniger heftig. Das Hauptziel bleibt immer eine möglichst geringe Umweltbelastung und die Erhaltung der Gesundheit. Dabei geht es nicht grundsätzlich darum, den Bau von Kernkraftwerken zu verhindern, die Bestrebungen zielen vielmehr darauf ab, mehr Sicherheit, mehr Umweltschutz und weniger Nachfolgelasten aller Art zu erreichen.
Aufgrund der vorgebrachten Argumente ergeben sich für die Bürgerinitiativen eine Reihe von Forderungen zum Erreichen der genannten Ziele, die sie mit Nachdruck vertreten.
Im Mittelpunkt der Forderungen steht die Überprüfung des Wachstumspostulats. Regierung und Industrie sollen das propagierte Wachstum des Bruttosozialprodukts nicht unreflektiert weiterlaufen lassen, sondern Möglichkeiten und Alternativen suchen, die einem ungezügelten und nutzlosen Wachstum entgegenwirken können. Dazu bedarf es unter anderem der Entwicklung und des Ausbaus anderer Energiequellen. Die Bemühungen von seiten der Regierung und der Industrie, alternative Energiegewinnungsmöglichkeiten zu fördern, sollen verstärkt werden. Neben der Ausnutzung aller fossilen Energieträger handelt es sich insbesondere um die Nutzbarmachung der Sonnen- und Windenergie, der Erdwärme, der Gezeiten sowie um die Erforschung der kontrollierten Kern-

fusion. Ferner sollen vorhandene Energien besser genutzt werden, was z.B. zu einer effektiveren Ausnutzung der Abwärme von Kraftwerken und Industriebetrieben führen kann. Die Bürgerinitiativen wollen auf diesem Gebiet Denkanstöße geben.
Wenn der Bau von Kernkraftwerken nicht zu vermeiden ist, soll wenigstens eine zentrale Standortplanung stattfinden. Die zuständigen Gremien sollen zusammenarbeiten und gemeinsam eine überregionale Planung für den Standort von Kernkraftwerken ausarbeiten. Nur so läßt sich nach Meinung der Bürgerinitiativen eine untragbare Häufung von Kernkraftwerken in einigen dichtbesiedelten und industriell stark erschlossenen Gebieten der Bundesrepublik verhindern.

Bei der Planung eines Kernkraftwerks fordern die Bürgerinitiativen eine genaue und rechtzeitige Unterrichtung der Öffentlichkeit. Die Vorfälle bei der Planung einiger Kernkraftwerke, die gezeigt haben, daß die Information der Bevölkerung erst dann einsetzt, wenn es nicht mehr zu umgehen ist, hat zu der Forderung geführt, daß die Öffentlichkeit bereits informiert wird, bevor konkrete Schritte in Richtung auf ein Kernkraftwerk unternommen worden sind. Die Information soll außerdem umfassend sein und auch Gefahren und Nachteile darstellen. So wurde z.B. in verschiedenen Fällen die Bekanntmachung des jeweiligen Katastrophenplans gefordert, um damit einer Verharmlosung der Gefahren vorzubeugen. Weitere Forderungen gehen dahin, die Auslegungsfrist für die eingeholten Gutachten zu verlängern, da es für die Bürger, die ja größtenteils Laien sind, nicht möglich ist, ein hochspezialisiertes Gutachten von manchmal mehreren tausend Seiten in wenigen Wochen, ja Tagen durchzuarbeiten.
Zur Vermeidung unnötiger Belastungen eventueller Nachbarn eines Kernkraftwerks dient die Forderung nach der genaueren

Erforschung der Radioaktivität und ihrer mittel- und langfristigen Folgen. Die Bürgerinitiativen gehen davon aus, daß es immer noch ein erhebliches Defizit gibt in der gründlichen Erforschung der radioaktiven Strahlung und ihrer Auswirkungen auf den lebenden Organismus.
Hierzu und bei anderen Streitfragen ist die Berufung neutraler Gutachter notwendig. Die Gutachter sollen von einer Organisation gestellt werden, die weder von den Behörden noch von den beteiligten Firmen abhängig ist. Die Finanzierung solcher unabhängiger Gutachter muß gesichert sein.

Neue Kernkraftwerke sollten nicht gebaut werden ohne eine Verstärkung der sicherheitstechnischen Maßnahmen, die als immer noch unzureichend angesehen werden. Ein Kernkraftwerk muß nach Meinung der Bürgerinitiativen absolut sicher sein gegen Störfälle, Katastrophen und unbefugten Zugriff. Eingeschlossen sind in diesem Forderungskoplex Maßnahmen zur gefahrlosen Beseitigung oder Wiederaufbereitung von Atommüll. Hinzu müßte eine Verschärfung der Wärmeabgabekontrollen kommen, um damit die Unternehmen zu zwingen, die hohe Wärmeabgabe auf ein erträgliches Maß zu reduzieren, da in den Augen vieler Bürgerinitiativen die zu hohe Wärmeabgabe der Kernkraftwerke der entscheidende Gefährdungsfaktor ist.
Entsprechend diesen Forderungen ergeben sich für die Bürgerinitiativen Schlußfolgerungen, die je nach Grundeinstellung unterschiedlich scharf gefaßt sind. Durch zeitliche Verschiebung eines geplanten Baubeginns soll Zeit gewonnen werden für genauere Untersuchungen, für die Erstellung von Gegengutachten, teilweise soll auch ein Gerichtsurteil abgewartet werden, das über den Bau des Kernkraftwerks zu entscheiden hat.
Die Aufgabe eines Standorts als weitestgehende Forderung beruft sich darauf, daß nach Ansicht der Bürgerinitiativen meist wesentlich geeignetere Standorte für den Bau eines

Kernkraftwerkes gefunden werden können oder gar darauf, daß das jeweilige Kernkraftwerk überhaupt nicht nötig ist, wenn man die vorher genannten Postulate erfüllt, andere Arten der Energiegewinnung in den Vordergrund stellt, Energie einspart und die Wachstumsideologie überdenkt.

In Abbildung 3 sind die Beteiligten an der Kernenergie-Kontroverse und ihre Beziehungen untereinander aufgezeigt. Die Industrie, das Deutsche Atomforum und das Bundesministerium für Forschung und Technologie führten sowohl Aktivitäten durch, die den Rezipienten unmittelbar erreichten (Publikationen, Ausstellungen, Diskussionen und Tagungen), als auch Aktionen, die über die Massenmedien weitervermittelt wurden. Alle drei Kommunikatoren versuchten außerdem, besonders Meinungsführer zu erreichen, um über sie den Rezipienten möglichst wirkungsvoll beeinflussen zu können. Da die Bürgerinitiativen nicht über ähnlich ausgedehnte Mittel verfügen, mußten sie sich auf weniger kostenaufwendige Aktivitäten beschränken, die im allgemeinen den Rezipienten direkt ansprachen; allenfalls noch über die Massenmedien übermittelt wurden. Gezielte Maßnahmen, die an die Massenmedien oder an Meinungsführer adressiert sind, wurden von den Bürgerinitiativen nicht oder kaum durchgeführt.

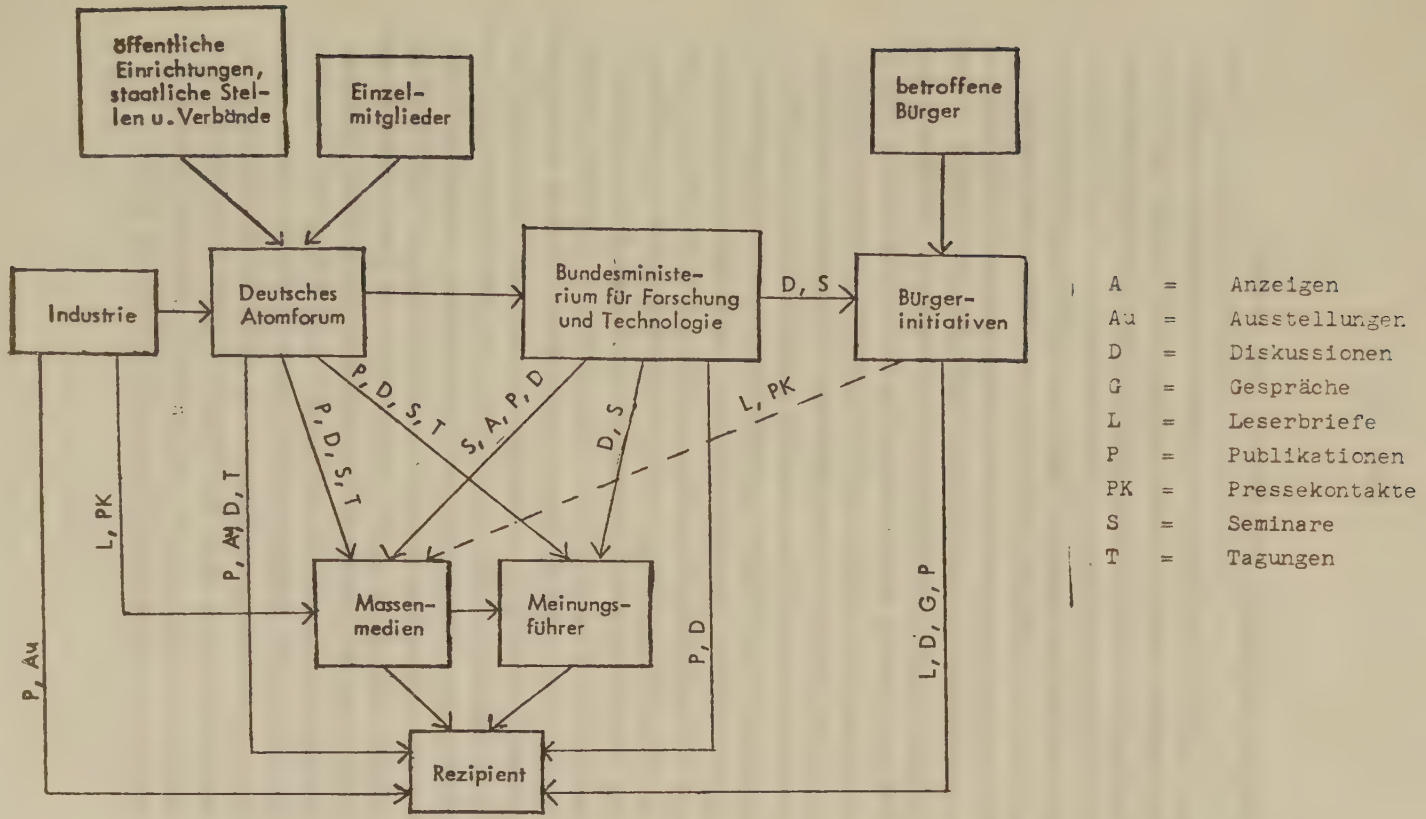

Abb. 3 Schematische Darstellung der Beziehungen zwischen den Teilnehmern an der Kernenergie-Kontroverse

4.2. Die Ereignisse von Brokdorf und Grohnde

Wer geglaubt hatte, die Auseinandersetzungen um das Thema Kernenergie hätten mit den Diskussionen um Wyhl bereits ihren Höhepunkt erreicht, wurde durch die Ereignisse in Brokdorf am 13.November 1976 widerlegt.
Die zuständigen Minister des Landes Schleswig-Holstein erteilten am 25.Oktober 1976 die erste Teilerrichtungsgenehmigung einschließlich der Standortgenehmigung für das Kernkraftwerk Brokdorf an der Unterelbe. Das Gelände wurde von den Nordwestdeutschen Kraftwerken, dem Bauherren des Projekts, in der darauf folgenden Nacht abgeriegelt und mit einem stark befestigten Schutzstreifen umgeben; es wurde von Polizei und den Männern eines paramilitärisch wirkenden privaten Wachdienstes gegen Eindringlinge abgesichert. Die "Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe" rief daraufhin zusammen mit zahlreichen anderen Gruppen zu einer friedlichen Protestdemonstration am 30. Oktober 1976 auf. Diese Kundgebung, an der etwa 5000 Personen teilnahmen, verlief zunächst friedlich. Erst nach Ende der Demonstration versuchte eine Gruppe von Demonstranten überraschend, auf den Bauplatz einzudringen mit der Absicht, das Gelände zu besetzen. Es gelang ihnen, eine Fläche von etwa einem Hektar zu besetzen; Polizei und Wachleute hielten sich zurück. Erst gegen neun Uhr abends räumte die Polizei das Gelände, wobei zahlreiche Personen verletzt oder verhaftet wurden. Nach Angaben der Polizei war die Bauplatzbesetzung durch linksextreme Gruppen sorgfältig vorbereitet worden; man hatte Drahtscheren und andere geeignete Werkzeuge zum Überwinden der Absperrung mitgebracht. Als dann eine Bresche in den Zaun geschlagen war, strömten etwa tausend Demonstranten nach. Ein Teilnehmer berichtete später:"Die Nacht- und Nebel-Aktion, die paramilitärischen Absperrungen, die unverhältnismäßig stark vertretene Polizei -

das alles hat die Emotionen aufgeheizt."[1]
Das geheimnistuerische Vorgehen der Landesregierung in Kiel hatte ebenso wie die übertriebenen Sicherheitsmaßnahmen an der Baustelle zweifellos dazu beigetragen, den Widerstand der Bevölkerung gegen den zunehmenden Ausbau der "Region Unterelbe" zu einem Industrierevier und gegen die schädliche Aufheizung der Elbe zu verstärken.
Nachdem einige kleinere Kundgebungen im nahegelegenen Itzehoe in den Tagen darauf stattgefunden hatten, wurde für den 13.November 1976 eine Großdemonstration am Baugelände in Brokdorf geplant. An dieser Veranstaltung nahmen etwa 25000 Personen teil. Bei einzelnen Versuchen, trotz eines riesigen Polizeiaufgebots die Baustelle zu stürmen, kam es zu Gewalttätigkeiten, bei denen nahezu 200 Personen verletzt wurden. Offenbar unter dem Eindruck dieser Ereignisse widerrief das schleswig-holsteinische Verwaltungsgericht am 15.Dezember 1976 die zunächst bestätigte sofortige Vollziehbarkeit der ersten Teilerrichtungsgenehmigung. Das Gericht ging in seiner Urteilsbegründung davon aus, daß die Erfolgsaussichten der Klagen im Hauptverfahren noch nicht abgesehen werden könnten. Es bestünden daher noch Zweifel an dem öffentlichen Interesse, den Bau sofort zu beginnen. Diese müßten erst beseitigt werden. Der vorläufige Baustop für das Kernkraftwerk Brokdorf wurde am 9.Februar 1977 vom Landesverwaltungsgericht in Schleswig bestätigt. Die Richter beriefen sich dabei vor allem auf die noch ungelöste Entsorgungsfrage für den Atommüll. Das Atomgesetz schließe die geregelte Verwertungspflicht für Kernkraftwerksbetreiber mit ein. Die Bewohner von Brokdorf und Umgebung dürften nicht durch die Lagerung der ausgebrannten Brennstäbe ge-

---

[1] Th.V. Wolgast, Für kurze Zeit ein "Brückenkopf" in Brokdorf, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1.11.1976.

fährdet werden. Gegen dieses Urteil legte die Landesregierung beim Oberverwaltungsgericht in Lüneburg Beschwerde ein.

Von den Kernkraftwerks-Gegnern wurde inzwischen für den 19.Februar 1977 eine Demonstration am Bauplatz in Brokdorf geplant. Da die Landesregierung davon ausging, daß es zu Gewalttätigkeiten kommen würde, forderte sie von der Bundesregierung Grenzschutzeinheiten zur Sicherung des Bauplatzes an. Die Bundesregierung stimmte zu und stellte einige Einheiten des Bundesgrenzschutzes zur Verfügung. Gleichzeitig rief sie zur Besonnenheit und Gewaltlosigkeit auf. Nach und nach wurde klar, daß einige militante Gruppierungen, vorwiegend getragen von sogenannten K-Gruppen (Kommunistischer Bund Westdeutschland, Kommunistische Partei Deutschlands), offenbar eine Konfrontation am Baugelände provozieren wollten und bereits Vorkehrungen für eine gewaltsame Auseinandersetzung mit den Sicherheitsorganen trafen. Von diesen Plänen distanzierten sich eine Reihe von Bürgerinitiativen, die darauf bestanden, sich an die demokratischen Spielregeln zu halten. Rund 26 Gruppen beschlossen, am 19.Februar 77 in der Kreisstadt Itzehoe zu demonstrieren, um sich von den befürchteten Gewaltaktionen in Brokdorf abzusetzen. Diese erwarteten Gewalttätigkeiten veranlaßten am 15. Februar 77 den Landrat des Kreises Steinburg, die geplante Demonstration in Brokdorf zu verbieten. Er begründete diese Entscheidung mit einer Bedrohung der öffentlichen Sicherheit durch die vorbereiteten Gewaltmaßnahmen der teilnehmenden militanten Gruppen. Nach massiven Protesten aller beteiligten Bürgerinitiativen hob das schleswig-holsteinische Verwaltungsgericht das Demonstrationsverbot am 17. Februar 1977 wieder auf. Es untersagte lediglich das unmittelbare Vordringen bis zum Baugelände. Wenige Stunden später revidierte das Gericht seine eigene Entscheidung, weil es nach der Vorlage vertraulichen Materials durch die Kieler Landesregierung doch das Vorliegen eines "polizeilichen Notstandes" als

wahrscheinlich ansah.
Politiker aller Parteien mahnten zur Besonnenheit; Bundeskanzler Schmidt warnte sogar in einer eigenen Fernsehansprache vor der Beteiligung an der geplanten Demonstration in Brokdorf. Erleichterung herrschte schließlich, daß die Kundgebungen am 19. Februar 1977 sowohl in Itzehoe als auch in Brokdorf friedlich verliefen. Die aus dem gesamten Bundesgebiet zusammengezogenen etwa 6000 Polizisten verhinderten, daß einer der ca. 10 000 Demonstranten bis zum Baugelände in Brokdorf vordringen konnte. Zwanzig Kilometer entfernt, in Itzehoe, versammelten sich etwa 15 000 Kernkraftwerks-Gegner zu einer friedlichen Kundgebung gegen den Bau von Kernreaktoren. Auf dieser Veranstaltung sprachen prominente Kernkraftwerks-Gegner wie Robert Jungk und Freimut Duve, der u.a. ein Telegramm von Frau Heinemann verlas. Es gab an diesem Tag keine Verletzten; 87 Personen wurden vorläufig festgenommen.

Am selben Tag wurde von einer kleinen Gruppe das Baugelände des Kernkraftwerks Grohnde an der Weser besetzt. Am 20. März 1977 fand in Grohnde eine Demonstration statt, die, angeführt vom Kommunistischen Bund Westdeutschland, zu einer regelrechten Schlacht zwischen etwa 6000 Demonstranten und 5000 Polizisten wurde. Nachdem es den Kernkraftwerks-Gegnern gelungen war, den nach Angaben der Preussen-Elektra "absolut uneinnehmbaren" Bauplatz zu betreten, entbrannte ein bürgerkriegsähnlicher Kampf, der mit über 300 Verletzten auf beiden Seiten endete. Spätestens bei dieser Demonstration in Grohnde wurde jedoch deutlich, daß die militanten Kernenergie-Gegner keine Resonanz bei der ansässigen Bevölkerung erhielten. Es handelte sich meist um Demonstranten, die teilweise von weit her angereist kamen und zum großen Teil im Verdacht standen, die Kundgebungen für ihre eigenen kriminellen Ziele ausnützen zu wollen.

4.3. Die Kernenergie-Kontroverse in der Presse

Die Berichterstattung der Presse über das Thema Kernenergie nahm von Beginn des Jahres 1975, also von den Protestaktionen in Wyhl an, ständig zu. Waren es in den untersuchten Publikationen im Jahr 1975 noch insgesamt 89 Artikel, die sich mit Problemen der Kernenergie-Nutzung beschäftigten, so stieg die Zahl im Jahr 1976 bereits auf 308 Artikel an; 1977 waren es sogar 719 Artikel, d.h. im Jahr 1977 befand sich im Durchschnitt in jeder Ausgabe jedes der vier Blätter ein Beitrag über Kernenergie. (Die zeitliche Verteilung in den untersuchten Zeitungen siehe Abb. 1, S. 46). Besonders stark ist der Anstieg der Artikel im zweiten Halbjahr 1976, bis im ersten Quartal 1977 der Höhepunkt erreicht ist. Anschließend fällt die Zahl wieder und pendelt sich schließlich 1978 auf einen niedrigeren Wert ein.[1] Am häufigsten berichtet die Süddeutsche Zeitung, es folgt die Frankfurter Allgemeine Zeitung. Spiegel und Zeit, die beide wöchentlich erscheinen, bringen aus diesem Grund nur etwa ein Fünftel der Artikel der Tageszeitungen, dafür sind ihre Beiträge ausführlicher.

---

[1] Nur in der Süddeutschen Zeitung steigt die Zahl der Beiträge im zweiten Quartal 78 wieder an, was auf die intensive regionale Berichterstattung über das Kernkraftwerk Ohu zurückzuführen ist.

In der Süddeutschen Zeitung nimmt im betrachteten Zeitraum nicht nur die Anzahl der Artikel zu, sondern auch deren Umfang. Während 1975 noch die Mehrzahl der Beiträge kürzer als eine halbe Spalte waren, haben bereits 1976 über ein Drittel der Artikel eine Länge von bis zu einer Spalte, 1977 sind fast ein Fünftel bis zu drei Spalten lang. Vier Artikel im Jahr 1977 sind sogar länger als drei Spalten. Im Jahr 1978 geht die Berichterstattung in etwa wieder zurück auf die Verteilung von 1975, d.h. drei Viertel der Beiträge sind dann wieder Kurzberichte. (Genaue Zahlen siehe Tabelle 1).

Im Gegensatz zur Süddeutschen Zeitung bleibt der Umfang der Artikel in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung im untersuchten Zeitraum weitgehend konstant. Knapp die Hälfte der Beiträge sind dort Kurzartikel unter einer halben Spalte, etwa ein Drittel ist kürzer als eine Spalte, bei rund einem Fünftel handelt es sich um lange Artikel. (Genaue Zahlen siehe Tabelle 1).

Ihrem unterschiedlichen Charakter gemäß zeigen der Spiegel und die Zeit eine vollkommen andere Verteilung. Im Spiegel sind die meisten der Artikel zwischen ein und zwei Seiten lang, die übrigen Berichte haben eine Länge von über zwei Seiten; es gibt nur wenige kurze Notizen. Ähnlich bei der Zeit. Dort liegt das Schwergewicht bei mittellangen bis langen Beiträgen, außer 1977 gibt es kaum kurze Artikel. In diesem Jahr finden sich allerdings auch fast ein Viertel sehr umfangreicher Beiträge im Rahmen einer Serie über Kernenergie. (Genaue Zahlen siehe Tabelle 1).

Tabelle 1: Länge der Artikel

	kurz (bis 1/2 Spalte)	mittel (bis 1 Spalte)	lang (bis 3 Spalten)	umfangre (über 3 Spa
Südd.Zeitung:				
1975	62,5 %	28,1 %	9,4 %	-
1976	57,9 %	37,4 %	4,2 %	0,5 %
1977	48,6 %	30,7 %	19,6 %	1,1 %
1978 [1]	75,9 %	16,7 %	7,4 %	-
Frankfurter Allg. Zeitung:				
1975	43,8 %	31,2 %	21,9 %	3,1 %
1976	46,3 %	32 %	21,7 %	-
1977	51,7 %	32 %	14,5 %	1,8 %
1978	43,6 %	38,2 %	16,4 %	1,8 %
Die Zeit:				
1975	-	66,7 %	33,3 %	-
1976	-	20 %	73,3 %	6,7 %
1977	36,7 %	18,3 %	21,7 %	23,3 %
1978	25 %	12,5 %	37,5 %	25 %

	(bis 1 Spalte)	(bis 1 Seite)	(bis 2 Seiten)	(über 2 Seit
Der Spiegel:				
1974	21,4 %	-	78,6 %	-
1975	-	-	84,2 %	15,8 %
1976	-	-	50 %	50 %
1977	4 %	9,3 %	48 %	38,7 %
1978	-	-	66,7 %	33,3 %

[1] Mit "1978" ist jedesmal das erste Halbjahr 1978 gemeint.

Die Produzenten der Artikel sind bei den vier Blättern sehr unterschiedlich. Im Spiegel und in der Zeit werden die Beiträge grundsätzlich von Redakteuren oder Beauftragten des Blattes geschrieben, Ausnahmen bilden nur Aufsätze und Diskussionsbeiträge besonders prominenter Personen sowie Leserbriefe. In der Frankfurter Allgemeinen Zeitung liegt der Anteil der eigenen Beiträge ebenfalls sehr hoch, er beträgt im Durchschnitt etwas über drei Viertel aller Artikel. Ferner stützt sich die Frankfurter Allgemeine Zeitung auf Agenturmeldungen von dpa, AP und Reuter (jeweils weniger als 10%). Der Anteil der Agenturmeldungen ist bei der Süddeutschen Zeitung erheblich höher; allein dpa liefert etwa ein Viertel der Beiträge, AP immerhin noch knapp 10 %, ebenso ddp. Mitunter wird auch Reuter zitiert. Der Prozentsatz der eigenen Artikel bei der Süddeutschen Zeitung liegt bei etwas über 50 %.

Tabelle 2: Angegebener Produzent

Süddeutsche Zeitung (Anzahl der Nennungen):

	Indiv.Autor od.Zeitung	dpa	AP	ddp	Reuter	Verschiedene
1975	18	8	5	-	-	1
1976	102	37	14	23	1	16
1977	195	77	21	40	15	26
1978	39	33	10	14	10	6

Frankfurter Allgemeine Zeitung (Anzahl der Nennungen):

	Indiv.Autor od.Zeitung	dpa	AP	Reuter	Verschiedene
1975	24	2	2	2	2
1976	76	14	2	3	3
1977	181	16	9	10	15
1978	45	2	3	3	3

Was die Form der Artikel betrifft, so herrscht in den beiden untersuchten Tageszeitungen die einfache Nachricht vor. Von 584 Beiträgen waren in der Süddeutschen Zeitung 442 reine Nachrichtenbeiträge, in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung waren von insgesamt 413 Artikeln 299 Nachrichten. Mit weitem Abstand folgen Berichte (Süddeutsche Zeitung: 48; Frankfurter Allgemeine Zeitung: 44) und Kommentare (Süddeutsche Zeitung: 48; Frankfurter Allgemeine Zeitung: 40). Ferner brachte die Süddeutsche Zeitung im untersuchten Zeitraum zum Thema Kernenergie 33 Leserbriefe und 13 Reportagen; die Frankfurter Allgemeine Zeitung brachte je 15 Leserbriefe und Reportagen.

Die beiden Wochenblätter Spiegel und Zeit sind naturgemäß nicht auf sehr aktuelle Nachrichten spezialisiert, deshalb herrschen in diesen beiden Organen neben Nachrichtenbeiträgen (Spiegel: 41; Zeit: 23) ausführlichere Berichte und Hintergrunddarstellungen vor (Spiegel: 39; Zeit: 24). Beim Spiegel folgen Reportagen (16), Interviews (13), Kommentare (8) und schließlich Leserbriefe (6). In der Häufigkeit liegen bei der Zeit die Kommentare (16) noch vor den Reportagen (15, "Zeit-Magazin" eingeschlossen) und den Interviews (6). Hier fanden sich 3 Leserbriefe zum Thema Kernenergie.

Anlaß für die Artikel waren am häufigsten Stellungnahmen von Politikern, Wissenschaftlern oder Kernkraftwerks-Gegnern zum Thema Kernenergie. Besonders in den Tageszeitungen spielen solche politischen Äußerungen eine große Rolle. Im Spiegel und in der Zeit dominieren neben den politischen Stellungnahmen auch noch die Proteste gegen kerntechnische Anlagen und beim Spiegel insbesondere Sicherheitsfragen. Proteste gegen Kernkraftwerke als Anlaß für Artikel stehen bei der Süddeutschen Zeitung und bei der Frankfurter Allgemeinen Zeitung in der Häufigkeit an zweiter Stelle. Im ersten Halbjahr 1978 gewinnt allerdings die Berichterstattung über Kernenergie-Fragen im Ausland stark an Bedeutung. Proteste gegen Kernkraftwerke

gehen hingegen in diesem Zeitraum stark zurück. Eine sehr geringe Rolle spielt die Berichterstattung über die Genehmigung und die Inbetriebnahme von Kernkraftwerken; auch Artikel über die Planung neuer Kernkraftwerke sind relativ selten. Berichte über Kernkraftwerks-Unfälle finden sich vor allem 1975, was daran liegt, daß im November 1975 im Kernkraftwerk Grundremmingen ein Unfall mit tödlichem Ausgang für zwei Arbeiter geschah. Dieser Unfall fand große Beachtung in der Öffentlichkeit, obwohl er nicht kernkraftwerksspezifisch war. In der gleichen Zeit fand in einer Hamburger Werft ein ähnliches Unglück statt, bei dem 27 Arbeiter ums Leben kamen. Obwohl das Ausmaß dieses Unfalles sehr viel größer war, wurde er in der Presse wenig beachtet; es fanden sich nur 42 Meldungen und kein Kommentar darüber. Das Unglück in Grundremmingen dagegen war Anlaß für 300 Berichte und über 40 Kommentare in der deutschen Presse.[1]

Tabelle 3: Anlaß für die Artikel (Anzahl der Artikel)

Süddeutsche Zeitung:	1975	1976	1977	1978
Planung eines Kernkraftwerkes	2	8	18	4
Genehmigungsverfahren	1	1	11	-
Inbetriebnahme	-	8	9	2
Proteste gegen Kernkraftwerke	3	27	49	12
Gerichtliche Entscheidung	3	14	19	5
politische Stellungnahmen zur Kernenergie	15	60	127	31

[1] Die Zahlen sind einer Dokumentation der Kraftwerk Union entnommen; zitiert nach einem Kommentar in der Süddeutschen Zeitung vom 24.1.1977.

Süddeutsche Zeitung:	1975	1976	1977	1978
Parlamentsdebatten und Hearings	-	1	5	-
Unfälle	4	12	16	10
Wirtschaftsfragen	1	10	23	4
Sicherheitsfragen	-	3	11	-
Abfallbeseitigung	1	21	27	12
Ausland	2	23	31	29
Sonstige	-	2	7	-

Frankfurter Allgemeine Zeitung:	1975	1976	1977	1978
Planung eines Kernkraftwerkes	4	8	7	1
Genehmigungsverfahren	3	2	-	-
Inbetriebnahme	-	4	7	-
Proteste gegen Kernkraftwerke	6	15	39	3
Gerichtliche Entscheidung	3	2	7	4
politische Stellungnahmen zur Kernenergie	6	33	86	6
Parlamentsdebatten und Hearings	-	-	6	-
Unfälle	3	2	1	2
Wirtschaftsfragen	1	3	21	12
Sicherheitsfragen	2	7	4	2
Abfallbeseitigung	1	11	22	7
Ausland	2	9	25	18
Sonstige	1	1	4	-

Der Spiegel:[1]	1974	1975	1976	1977	1978
Planung eines Kernkraftwerkes	-	2	-	1	1
Genehmigungsverfahren	-	-	-	3	-

[1] Beim Spiegel werden mehr Anlässe genannt, als es Artikel gibt. Das liegt daran, daß manche Artikel so umfassend sind, daß sie nicht einem einzelnen Anlaß zugeordnet werden können.

Der Spiegel:	1974	1975	1976	1977	1978
Inbetriebnahme	1	-	-	-	-
Proteste gegen Kernkraftwerke	-	6	1	17	1
Gerichtliche Entscheidung	-	-	1	8	2
politische Stellungnahmen zur Kernenergie	1	3	3	19	-
Parlamentsdebatten und Hearings	1	-	-	-	-
Unfälle	-	1	1	7	-
Wirtschaftsfragen	2	2	-	3	-
Sicherheitsfragen	6	2	1	5	2
Abfallbeseitigung	3	-	2	8	2
Ausland	1	6	-	5	1
Fall Traube	-	-	-	5	-

Die Zeit:	1975	1976	1977	1978
Planung eines Kernkraftwerkes	1	-	-	-
Genehmigungsverfahren	-	-	-	-
Inbetriebnahme	-	5	14	-
Proteste gegen Kernkraftwerke	-	1	5	-
Gerichtliche Entscheidung	3	4	14	4
politische Stellungnahmen zur Kernenergie	-	-	-	-
Parlamentsdebatten und Hearings	1	-	1	-
Unfälle	-	4	5	1
Wirtschaftsfragen	1	2	1	-
Sicherheitsfragen	-	-	6	1
Abfallbeseitigung	-	1	10	2
Sonstige	-	2	4	-

Zur Untersuchung der Frage, ob die öffentliche Meinung zum Thema Kernenergie durch die Presse explizit beeinflußt wurde, ist es zunächst einmal nötig, festzustellen, welche Meinungen in der Presse veröffentlicht wurden. Unverhüllte Parteinahme

in Form von Kommentaren kommt äußerst selten vor. Häufig zeigt sich jedoch, daß in Nachrichten, Reportagen und Berichten die Argumente und Forderungen einer Seite erheblich ausführlicher referiert werden, als die der Gegenseite oder daß über Aktivitäten einer Seite berichtet wird, ohne eine Stellungnahme der Gegenseite zu bringen. Diese Art der Darstellung könnte als Zufallsergebnis erscheinen, da die Forderung nach Ausgewogenheit innerhalb jedes einzelnen Artikels weder nötig noch wünschenswert ist. Betrachtet man jedoch die Verteilung der Häufigkeit in den Präferenzen, zeigt sich deutlich, daß eine gewisse Einseitigkeit in der Berichterstattung ein mehr oder weniger unbewußtes Mittel ist, Positionen zum Ausdruck zu bringen, die man ungern offen ausspricht. Eine solch indirekte Art der - wahrscheinlich unbewußten Parteinahme- ließ sich nur bei der Zeit nicht nachweisen. Dort sind die Positionen der Kernenergie-Befürworter und der Kernenergie-Gegner sehr ausgewogen vertreten; lediglich in den veröffentlichten Leserbriefen zeigt sich ein Ausschlag zugunsten der Kernenergie-Gegner.

Ganz anders dagegen der Spiegel. Die Mehrzahl der Artikel sind hier zwar neutral (etwa drei Viertel), die übrigen Beiträge tendieren jedoch stärker zur Seite der Kernenergie-Gegner. Durchschnittlich jeder sechste Beitrag berichtet bevorzugt über Schwierigkeiten bei der Kernenergie-Nutzung oder über Aktionen der Kernenergie-Gegner; immerhin noch etwa acht Prozent aller Artikel geben ganz eindeutig dem Widerstand gegen Kernkraftwerke den Vorzug (siehe Tabelle 4). Entsprechend fallen auch die Leserbriefe aus: die Mehrzahl von ihnen spricht sich gegen die Kernenergie-Nutzung aus.

Bei weitem nicht so stark ausgeprägt, aber immer noch deutlich zu erkennen, sind die Präferenzen der beiden untersuchten Tageszeitungen. Sie liegen in etwa komplementär zueinander. Bei beiden Blättern sind über die Hälfte der Artikel neutral, im

ersten Halbjahr 1978 sogar über 70%. Während aber in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung 1975 die Stimmung noch eher kernenergiefeindlich war, verschob sich die Präferenz dieser Zeitung im Verlauf des Jahres 1976 auf die Seite der Kernenergie-Befürworter. Die Berichterstattung über deren Argumente, Stellungnahmen und Aktionen hat in den Jahren 1977 und 1978 das Übergewicht (siehe Tabelle 4). Der umgekehrte Vorgang findet bei der Süddeutschen Zeitung statt: nachdem dort die Berichterstattung im Jahr 1975 noch recht kernenergiefreundlich war, zeigt sich vom Jahr 1976 an eine Präferenz für die Kernenergie-Gegner. Artikel, die dem Protest gegen Kernkraftwerke den Vorzug geben, stehen bei der Süddeutschen Zeitung in diesen drei Jahren in der Häufigkeit sogar an zweiter Stelle.

Tabelle 4: Präferenzen bei der Berichterstattung

(in % der Anzahl der Artikel)

		für Kernenergie	für Kernenergie mit Einschränkungen	neutral	gegen Kernenergie mit Einschränkungen	gegen Kernenergie
Süddeutsche Zeitung	1975	21,9	-	62,5	12,5	3,1
	1976	10,6	3,2	51,3	14,3	20,6
	1977	13	4	53,1	12,4	17,5
	1978	9,2	2,8	70,6	4,6	12,8
Frankfurter Allgemeine Zeitung	1975	12,5	3,1	50	25	9,4
	1976	12,4	12,4	58,7	4,.	12,4
	1977	19,5	8,7	53,6	7,8	10,4
	1978	20	-	70,9	3,6	5,5
Der Spiegel	1974	7,1	-	71,5	14,3	7,1
	1975	5,6	5,6	77,7	11,1	-
Leserbriefe	1975	18,2	9,1	-	45,4	27,3
	1976	-	-	66,7	33,3	-
	1977	1,4	1,4	72,9	15,7	8,6
Leserbriefe	1977	7,4	-	48,2	22,2	22,2
	1978	-	-	88,9	11,1	-
Die Zeit	1975	33,3	-	33,3	33,3	-
	1976	6,7	6,7	73,2	6,7	6,7
Leserbriefe	1976	25	-	25	-	50
	1977	11,8	2	64,7	13,7	7,8
Leserbriefe	1977	-	-	22,2	33,3	44,4
	1978	12,5	12,5	62,5	-	12,5

In vielen Artikeln werden Forderungen der einen oder anderen Seite zitiert. Hier werden in allen vier untersuchten Blättern die Forderung nach einem Baustop und die Forderung nach Energiesparmaßnahmen und Nutzung von Alternativenergien am häufigsten genannt. Dies liegt wohl hauptsächlich daran, daß diese Forderungen immer wieder und sehr nachdrücklich von den Bürgerinitiativen vorgetragen wurden, während die Kernenergie-Befürworter im allgemeinen keine so ausdrücklichen Forderungen vorbrachten. Im Jahr des stärksten Protestes, nämlich 1977, wurden die beiden Forderungen am häufigsten genannt (Süddeutsche Zeitung: 71 bzw. 62 mal; Frankfurter Allgemeine Zeitung: 30 bzw. 51 mal; Spiegel: 31 bzw. 29 mal; Zeit: 12 bzw. 16 mal). Insgesamt wurden als weitere Forderungen oft zitiert: Bau von mehr Kernkraftwerken (Süddeutsche Zeitung: 61 mal, Frankfurter Allgemeine Zeitung: 53 mal, Spiegel: 1 mal, Zeit: 6 mal), internationale Kontrollen, um weitere Atombombenherstellung zu verhindern (Süddeutsche Zeitung: 17 mal, Frankfurter Allgemeine Zeitung: 23 mal, Spiegel: 8 mal, Zeit: 1 mal),Überprüfung des Wachstumspostulats (Süddeutsche Zeitung: 12 mal, Spiegel: 19 mal, Zeit: 11 mal), Erhöhung der Sicherheit von Kernkraftwerker (Süddeutsche Zeitung: 15 mal, Frankfurter Allgemeine Zeitung: 14 mal, Spiegel: 16 mal, Zeit: 5 mal) sowie bessere Information der Bevölkerung (Süddeutsche Zeitung: 29 mal, Frankfurter Allgemeine Zeitung: 17 mal, Spiegel: 9 mal, Zeit: 2 mal). Etwas seltener tauchen die Forderungen nach mehr Partizipation, nach Verbesserung des Genehmigungsverfahrens und des Gutachterwesens, nach genauerer Erforschung der Wirkungen der radioaktiven Strahlung sowie nach einer Verbesserung des Strahlenschutzes auf. Insgesamt finden sich also hauptsächlich Forderungen der Kernenergie-Gegner, was seinen Grund darin hat, daß diese ihre Forderungen explizit vortragen, wohingegen die Befürworter der Kernenergie-Nutzung sich meist in der Defensive befinden und nur allgemein den Ausbau der Kernkraftwerks-Kapazität befürworten.

Analysiert man, wie häufig in der Presseberichterstattung über die Kernenergie-Kontroverse die einzelnen beteiligten Personen und Organisationen genannt werden, so fällt auf, daß die Politiker dabei insgesamt an der Spitze liegen. In der Süddeutschen Zeitung entfallen im Durchschnitt etwa 50% der Nennungen auf Politiker. Bis zu den Ereignissen in Brokdorf ist die Zahl etwas geringer und steigt dann im letzten Quartal 1976 an (siehe Abb. 4, S.133). Am zweithäufigsten werden in der Süddeutschen Zeitung die Bürgerinitiativen und Kernenergie-Gegner genannt, weiter die Industrie und die Kernforschungsinstitute. An nächster Stelle stehen allgemein Wissenschaftler und Kernenergie-Fachleute, es folgt das Bundesministerium für Forschung und Technologie. Weniger bedeutend sind Gerichte, Atomenergiekommissionen und sonstige Behörden. Gewerkschaften und die Kirchen werden erst ab Ende 1976 genannt, weil sie sich erst zu diesem Zeitpunkt aktiv in die Kernenergie-Debatte eingeschaltet haben. Auffällig ist, daß das Deutsche Atomforum nur in weniger als 1 % der Nennungen vertreten ist, obwohl es sehr aktiv an der Kernenergie-Kontroverse beteiligt ist; dies liegt daran, daß es als Organisation relativ anonym bleibt und deshalb nur in Fachkreisen, nicht aber in der breiten Öffentlichkeit bekannt ist.

Ganz ähnlich wie in der Süddeutschen Zeitung ist die Verteilung der Nennungen von Personen und Organisationen in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Auch hier dominieren die Politiker, gefolgt von den Bürgerinitiativen und von Industrie und Kernforschungszentren. Das Bundesministerium für Forschung und Technologie und die Wissenschaftler spielen auch hier eine wichtige Rolle, alle anderen Beteiligten werden relativ selten genannt.

Auch in der Zeit ist die Verteilung relativ gleichmäßig. Nach den Politikern und Bürgerinitiativen spielen hier auch neben den Industrie und den Kernforschungszentren die Wissenschaftler

eine wichtige Rolle; dies verträgt sich gut mit der Tatsache, daß die Zeit einen weitgehend neutralen Standpunkt in der Kernenergie-Kontroverse einnimmt. Sie verläßt sich deshalb gerne auf Äußerungen von Wissenschaftlern, denen noch am ehesten eine neutrale Vermittlung von Fakten zugeschrieben wird.

Beim Spiegel ist die Häufigkeit der Nennungen etwas weiter gestreut. In den Jahren 1974, 1975 und 1976 werden Politiker, Industriefirmen, Bürgerinitiativen und Wissenschaftler am häufigsten genannt. Andere, wie Gewerkschaften, Kirchen oder Deutsches Atomforum kommen praktisch überhaupt nicht vor. Erst ab Ende 1976 sind auch im Spiegel die Äußerungen von Politikern regelmäßig am häufigsten vertreten, gefolgt von Bürgerinitiativen, Gerichten und der Industrie.

Die Abbildungen 4, 5, 6 und 7 stellen den zeitlichen Verlauf bei der Häufigkeit der Nennungen in den einzelnen Blättern dar. Es zeigt sich, daß mit wenigen Ausnahmen der Anteil der Nennungen für die einzelnen Personen oder Organisationen über den gesamten untersuchten Zeitraum ähnlich hoch bleibt, obwohl die Kernenergiekontroverse währenddessen einen sehr spezifischen Verlauf hat. Einzelne Einbrüche oder Spitzen, die besonders bei der Zeit und beim Spiegel auftreten, sind darauf zurückzuführen, daß in den Wochenblättern bei der anfangs relativ geringen Anzahl der Artikel pro Quartal einzelne Beiträge, die ein Spezialproblem behandeln, z.B. wirtschaftliche Fragen oder eine Gerichtsentscheidung, besonders ins Gewicht fallen und bei der Auszählung der Nennungen durchschlagen. Eine Zusammenfassung über längere Zeiträume hinweg hätte dies verbessern können, hätte aber andererseits insbesondere bei den Tageszeitungen dafür eine starke Vergröberung der Ergebnisse bewirkt, weshalb doch darauf verzichtet wurde.

POLITIKER

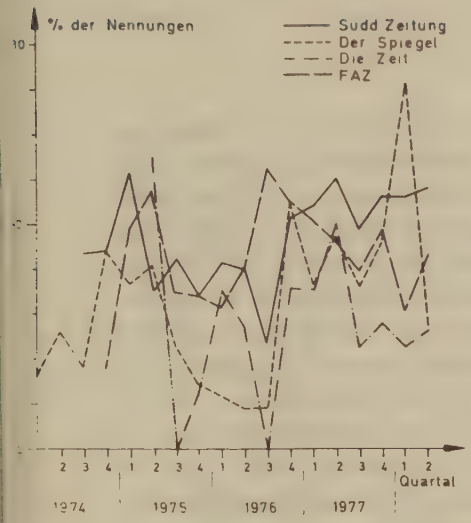

Abb. 4

BURGERINITIATIVEN UND
KERNENERGIEGEGNER

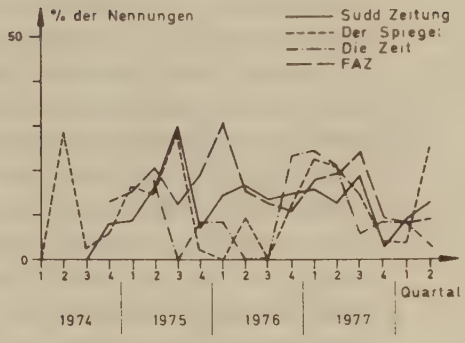

Abb. 5

INDUSTRIE UND
KERNFORSCHUNGSZENTREN

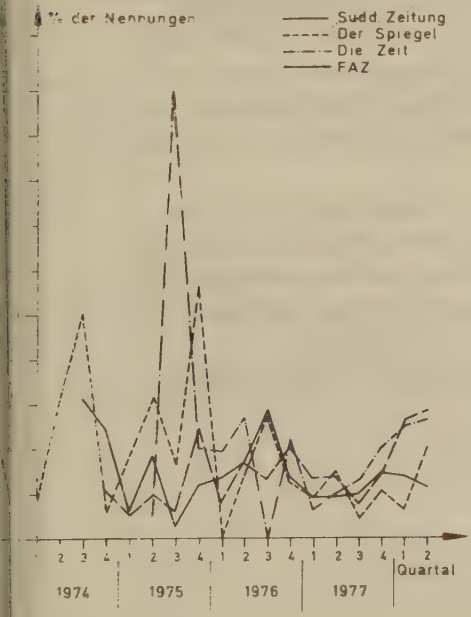

Abb. 6

GERICHTE

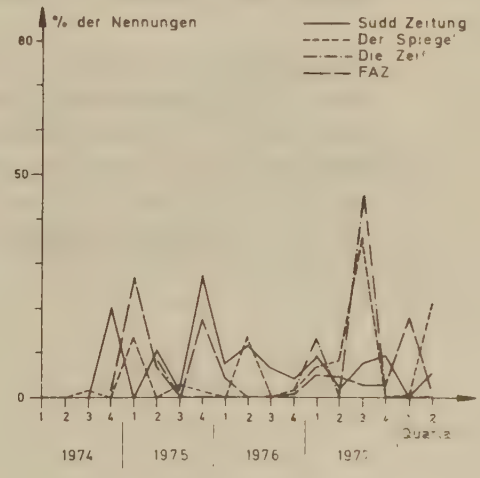

Abb. 7

Die Häufigkeit der angesprochenen Problemkreise ist über den untersuchten Zeitraum hinweg bei weitem nicht so homogen wie die Nennung von Personen und Organisationen, es zeigen sich jedoch auffällige Übereinstimmungen zwischen den untersuchten Zeitungen. Die wichtigste Rolle spielen in allen vier untersuchten Publikationen Sicherheitsfragen. Großen Raum nehmen auch die Genehmigung von Kernkraftwerken und energiepolitische Probleme ein. Von Mitte 1976 an treten daneben Fragen der Beseitigung von radioaktivem Abfall in den Vordergrund, ein Thema, das vorher kaum beachtet wurde. Die Abbildungen 8,9,10 und 11 stellen den zeitlichen Verlauf der Häufigkeit bei den Nennungen der Problemkreise "Sicherheit", "Energiepolitik", "Genehmigungsverfahren" und "Abfälle" dar.

Nach dem "Durchbruch" des Themas Kernenergie Mitte 1975 wird es zunächst im Spiegel nicht sehr intensiv weiterverfolgt. Nur wenige Artikel widmet der Spiegel 1976 dem Thema Kernenergie; diese sind aber sämtlich sehr kritisch und beschäftigen sich ausschließlich mit problematischen Aspekten der Kernenergie-Nutzung, wie etwa der Beseitigung des radioaktiven Mülls. Von diesem Thema handelt auch die Titelgeschichte einer November-Ausgabe mit der Schlagzeile: "Kampf dem Atom-Müll. Kernkraft-Werke: zu schnell - zu viele?"

Obwohl im untersuchten Zeitraum die Furcht vor der Atombombe im allgemeinen nur noch eine sehr untergeordnete Rolle spielt[1], taucht im Spiegel neben anderen Schwierigkeiten auch immer wieder die Warnung vor Atombomben auf.

---

[1] O.Renn, Die Einstellung der Bevölkerung zur Kernenergie, a.a.O., S. 18.

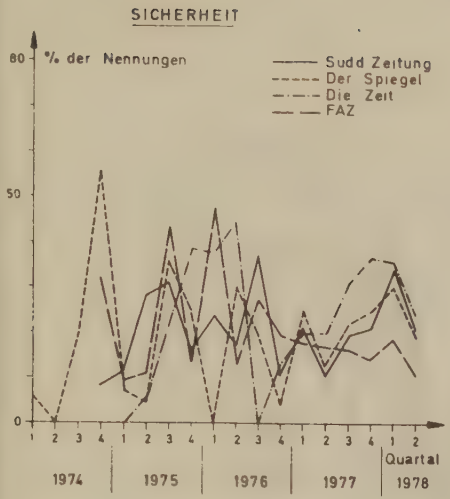

Abb. 8

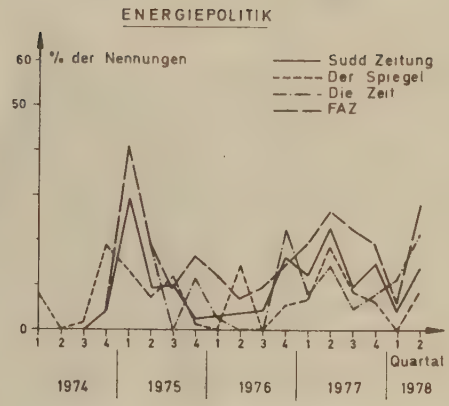

Abb. 9

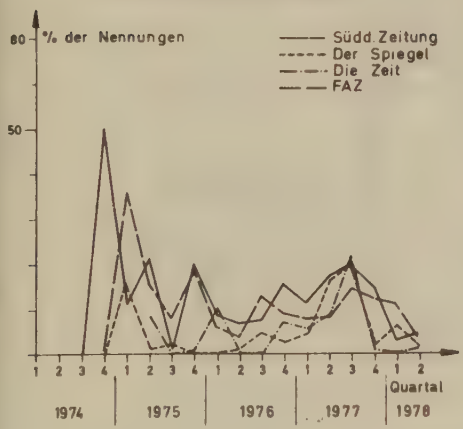

Abb. 10

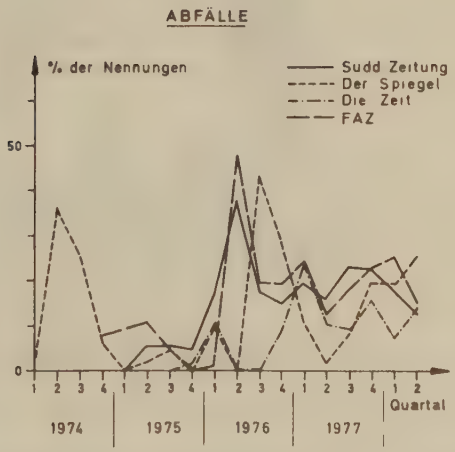

Abb. 11

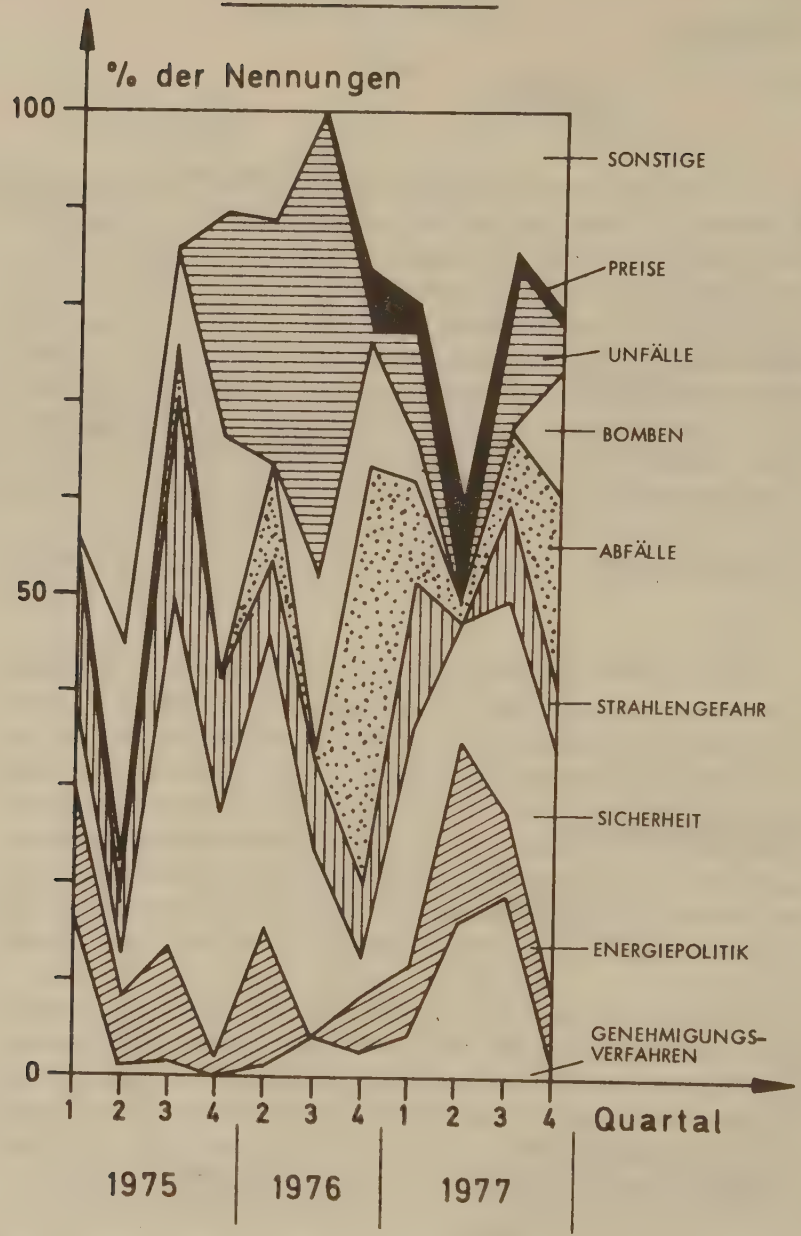

Abb. 12: Die Behandlung einzelner Problemkreise in der Kernenergie-Berichterstattung des "Spiegel"[1]

[1] Das 1.Quartal 1976 wurde ausgelassen, weil sich in diesem Zeitraum kein Artikel mit Kernenergie befaßte.

Es wird häufig betont, daß das früher oder später im Schnellen Brüter oder bei der Kernbrennstoffwiederaufbereitung erzeugte Plutonium zur Bombenherstellung geeignet sei. Meist gibt der Spiegel Plutonium-Mengen gleich in der selbsterfundenen Maßzahl der Anzahl von Hiroshima-Bomben an, die daraus herzustellen wären. Ähnlich tendenziös und unseriös sind auch Ausdrücke wie "zivile Atomaufrüstung", womit der Ausbau der friedlichen Kernenergie-Nutzung gemeint ist. Solche Beispiele für recht undifferenzierte Vorbehalte gegen die Kernenergie an sich ließen sich weiter ergänzen.

Neben den -wie auch in den anderen untersuchten Blättern- häufig erwähnten Sicherheitsfragen legt der Spiegel besonderes Gewicht auf die Berichterstattung über Kernkraftwerks-Unfälle, ein Thema, über das die anderen Zeitungen nur aus Anlaß eines aktuellen Unfalles schreiben. Mitte 1976 steigt die Nennung von Kernkraftwerks-Unfällen auf bis zu 47% aller angeführten Problemkreise an. Im ersten Quartal 1977 folgt eine achtteilige Serie "Alarm auf Station SL-1", in welcher alle bis dahin auf der Welt vorgekommenen Unfälle, die mit Kernkraftwerken zusammenhängen, in Reportagenform geschildert werden, vertieft durch Stellungnahmen von Politikern und Sachverständigen.

Die Frage der Beseitigung und Aufarbeitung der radioaktiven Abfälle nimmt im Spiegel von Mitte 1976 an breiten Raum ein; allerdings war sie 1974 bereits einmal aufgetaucht, als Spiegel-Reporter auf zwei öffentlichen Mülldeponien radioaktive Stoffe gefunden hatten (siehe auch Abb. 1, S. 46). Wirtschaftliche Probleme wie Exporte, Rohstoffversorgung, Strompreise oder Arbeitsplatzfragen finden im Spiegel sehr geringe Beachtung, ebenso wie Alternativenergien oder Standortprobleme.

Obwohl sich keiner der Spiegel-Artikel explizit gegen Kernreaktoren wendet, überwiegt die äußerst skeptische Betrachtung von Kernkraftwerken und nach der Lektüre der Beiträge macht sich der Eindruck breit, als seien Kernreaktoren höchst gefährliche strahlende Monstren, die nicht ausreichend bewacht werden und deshalb ständig ein einladendes Ziel für Terroristen und Atombombenbastler darstellen und die ferner Unmengen von Atommüll produzieren, dessen fachgerechte Lagerung nur sehr lückenhaft kontrolliert wird. Die Zweifel an der Nützlichkeit und Gefahrlosigkeit der Kernenergie werden ausführlich und im bekannten Spiegel-Stil leicht polemisch und überpointiert dargestellt, wobei schon die Überschriften teilweise die gewählte Tendenz aufzeigen: "Inferno aus der Aktentasche", "Atomarer Hund", "Gefahr in der Tüte", "Risiko in Röntgen", "Heiße Ruine", "Alle drei Jahre ein Unfall" oder "Darauf hoffen, daß nichts passiert". Alles in allem zeigen sich in der Berichterstattung des Spiegels zum Thema Kernenergie erhebliche Vorbehalte gegen die Kernenergie-Nutzung. Diese Zweifel werden bei allen sich bietenden Gelegenheiten artikuliert, sei es ein Unfall, seien es Studien über die Gefahr von Kernkraftwerken oder seien es internationale Geschäfte.

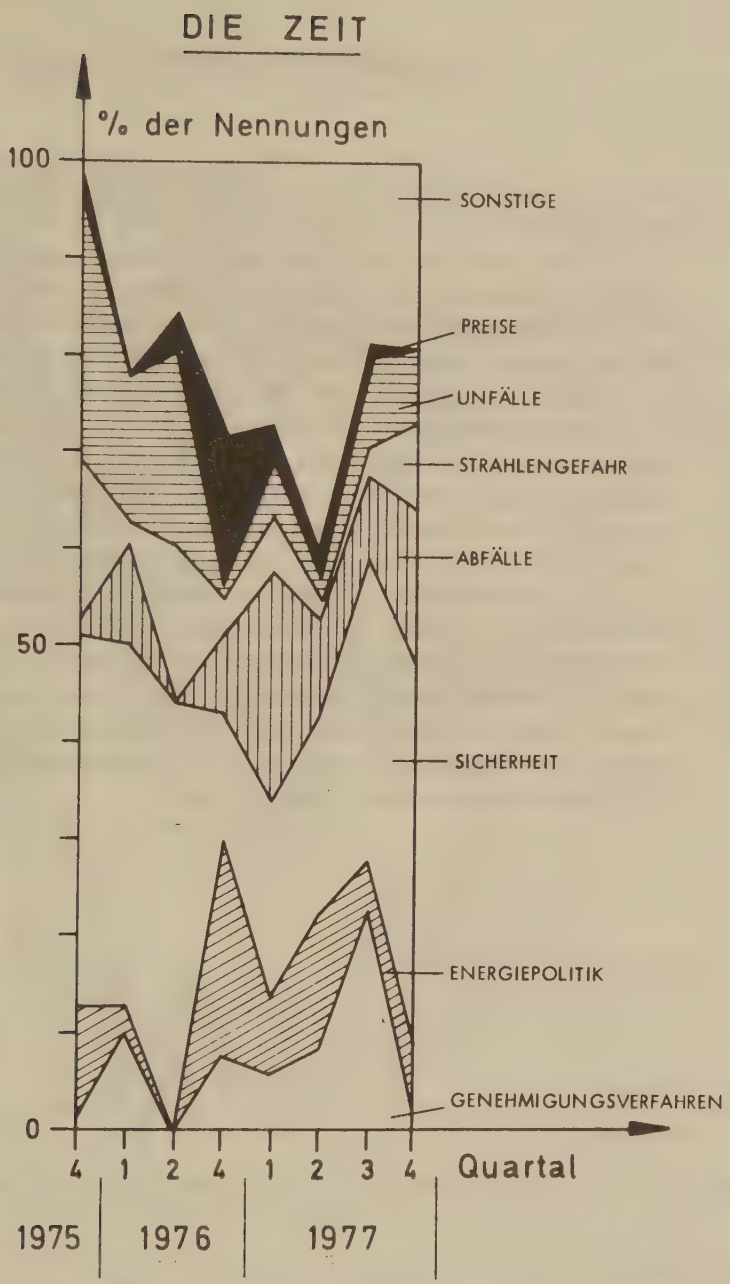

Abb. 13: Die Behandlung einzelner Problemkreise in der Kernenergie-Berichterstattung der "Zeit"[1]

[1] Quartale, in denen kein Artikel über Kernenergie erschienen ist, wurden im Diagramm ausgelassen.

Die Zeit beschränkt sich bei ihrer Berichterstattung zum Thema Kernenergie auf die Behandlung relativ weniger Problemkreise. Auch bei ihr liegt die größte Betonung auf Sicherheitsfragen. Andere Aspekte erscheinen nicht über den gesamten Zeitraum hinweg als sehr bedeutend; mitunter Abfallprobleme, manchmal auch Standortfragen. Auffällig ist, daß die Artikel in der Zeit sehr ausgewogen sind. Da sie zusätzlich meist sehr lang sind (siehe Tabelle 1), vereinigen sie im allgemeinen eine Darstellung der Probleme von allen möglichen Seiten in sich. Erscheint in der Zeit einmal ein Beitrag, der eine einseitige, persönlich gefärbte Darstellung des Themas Kernenergie gibt, so folgt üblicherweise darauf in einer der nächsten Nummern ein Beitrag mit einer dazu konträren Meinung. Es wird also ganz bewußt auf Ausgewogenheit geachtet. Dafür ist andererseits die Berichterstattung in der Zeit weder besonders aktuell noch sehr umfassend. Aspekte wie Exportfragen, Atomfurcht, Genehmigungsverfahren, Alternativenergien oder Umweltschutz kommen etwas zu kurz.

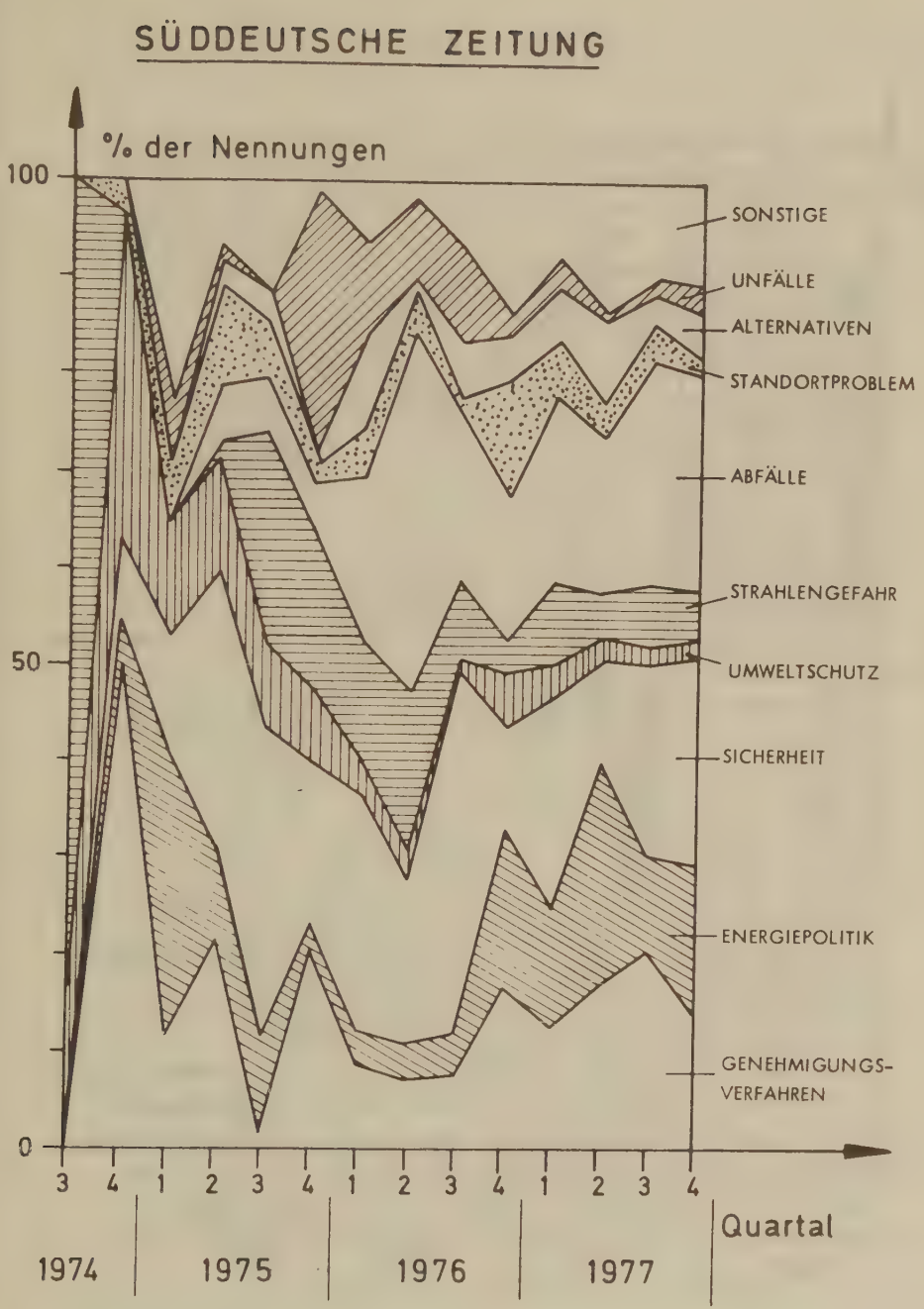

Abb. 14: Die Behandlung einzelner Problemkreise in der Kernenergie-Berichterstattung der Süddeutschen Zeitung.

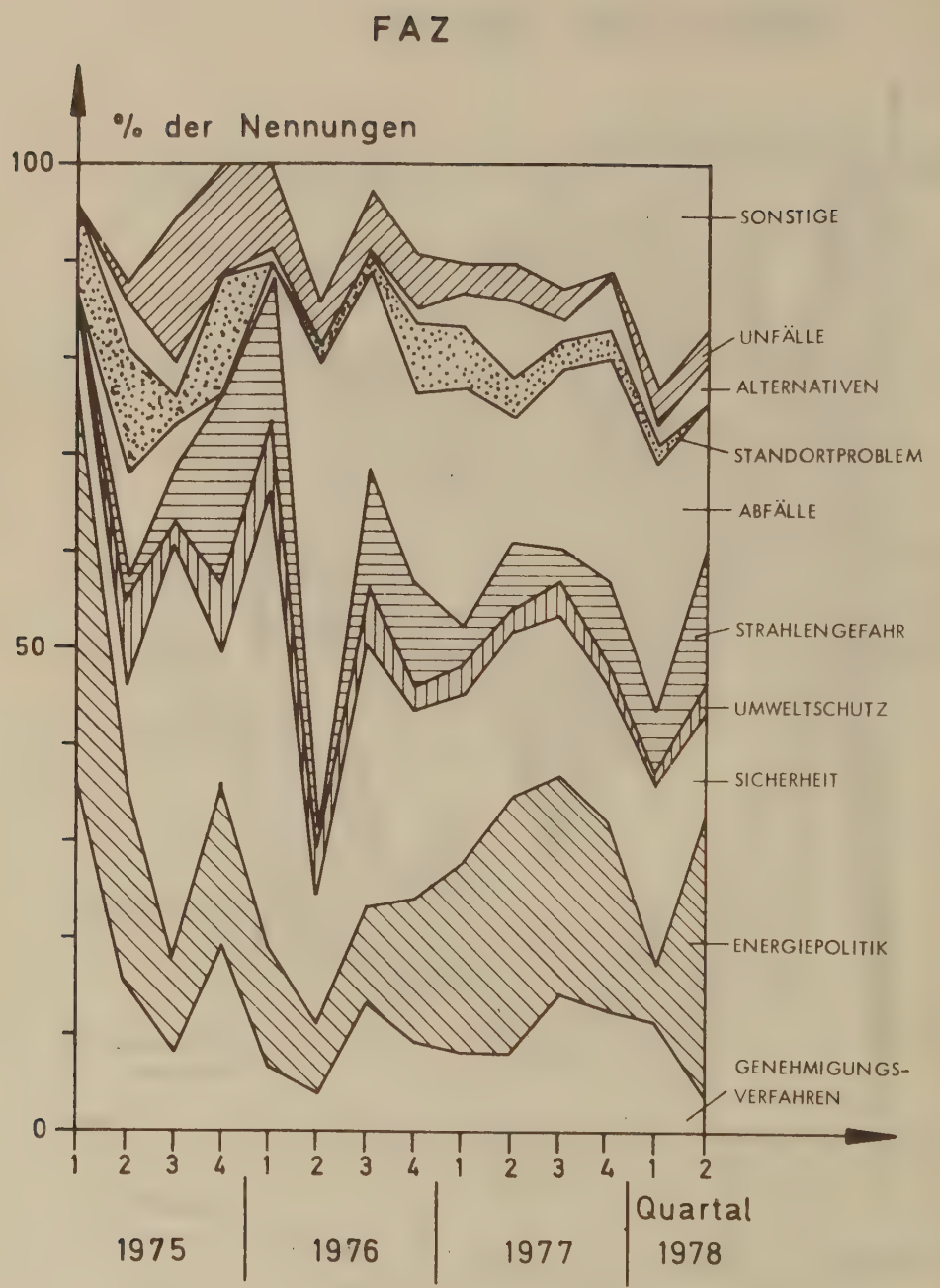

Abb. 15: Die Behandlung einzelner Problemkreise in der Kernenergie-Berichterstattung der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

Bei der Aufteilung der Problemkreise sind sich die beiden untersuchten Tageszeitungen wesentlich ähnlicher als Spiegel und Zeit. Dies erklärt sich aus der Funktion von Tageszeitungen, nämlich in erster Linie über aktuelle Ereignisse zu berichten und sie zu kommentieren. Obwohl die beiden untersuchten Tageszeitungen gegenüber der Nutzung der Kernenergie recht unterschiedliche Positionen einnehmen (siehe S. 129), zeigen sich bei der Häufigkeitsverteilung der behandelten Problemkreise keine gravierenden Unterschiede. In beiden Blättern spielen wie auch bei Spiegel und Zeit Sicherheitsfragen die wichtigste Rolle. Von Anfang 1976 an rückt dann das Thema "Abfallbeseitigung" auf und bildet von diesem Zeitpunkt an einen umfangreichen Bestandteil der Berichterstattung. Genehmigungsverfahren und Energiepolitik sind die Problemkreise, die auf den nächsthäufig genannten Plätzen folgen. Die Häufigkeit dieser beiden Themen nimmt von Mitte 1976 an etwas zu/und sie bleiben bis Anfang 1978 sehr wichtig, danach werden Genehmigungsverfahren wieder seltener behandelt. Erstaunlicherweise nehmen Fragen des Umweltschutzes in beiden Zeitungen nur sehr geringen Raum ein. Lediglich von Ende 1974 bis Mitte 1975 beschäftigt sich die Süddeutsche Zeitung etwas ausführlicher mit ökologischen Problemen. Die Erwähnung der radioaktiven Strahlung und ihrer Gefahren bleibt in beiden Zeitungen in ihrer Häufigkeit nahezu konstant, nämlich etwa zwischen 5 und 10%. Alternativenergien und Standortprobleme werden ebenfalls zwar weitgehend konstant, aber nie besonders ausführlich,behandelt. Unfälle in Kernkraftwerken spielen normalerweise keine sehr große Rolle, die Reaktion auf den tödlichen Unfall im Kernkraftwerk Grundremmingen im November 1975 zeigt sich jedoch in einer deutlichen Zunahme der Erwähnungen von Unfällen; erst als im Sommer 1976 der Prozeß gegen die Verantwortlichen für dieses Unglück stattgefunden hatte, ging die Häufigkeit der

Nennungen beim Thema "Unfälle" wieder ungefähr auf den vorherigen Wert zurück. Alle anderen Problemkreise, wie "Atombomben", "Exporte", "Atomfurcht", "Rohstoffversorgung", "Strompreise" oder "Arbeitsplätze" nehmen sowohl in der Süddeutschen Zeitung als auch in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung nur geringen Raum ein.

Beide Blätter vermeiden explizite Stellungnahmen für oder gegen die Nutzung von Kernenergie, ihre Einstellung läßt sich allenfalls aus den verdeckten Präferenzen (siehe S.129) oder aus einigen Formulierungen ablesen. In der Süddeutschen Zeitung wird etwa Atommüll als "Teufelszeug" bezeichnet [1], die Wärme, die von Kernkraftwerken erzeugt wird, wird "radioaktiv" genannt [2], andererseits sind Experten gegen Kernenergie "Gelehrte".[3] Andererseits verdächtigt die Frankfurter Allgemeine Zeitung die "Feinde der Technik", gleichzeitig "Feinde der Freiheit" zu sein.[4]

Im Gesamtüberblick läßt sich in der Berichterstattung der vier untersuchten Blätter zum Thema Kernenergie eine leichte Tendenz zur Seite der Kernenergie-Gegner erkennen. Ihre Argumente und Forderungen werden häufiger zitiert und es zeigt sich in zweien der vier Publikationen eine weitgehend verdeckte, kaum offen ausgesprochene Präferenz zu ihren Gunsten. Dieser Befund scheint mir jedoch nicht für die Behauptung auszureichen, daß die Presse allgemein auf Seiten der Kernenergie-Gegner gestanden habe und daß sie damit die Tendenz zur Skepsis gegenüber der Kernenergie entscheidend gefördert habe. Die Anzahl der hier untersuchten Blätter ist zu gering, um Aussagen verallgemeinern zu können. Es läßt sich jedoch feststellen, daß die Zeitungen die Argumente und Meinungsverschiedenheiten zum Thema Kernenergie der breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht haben und damit eine Basis schufen für die individuelle Meinungsbildung.

---

[1] Süddeutsche Zeitung vom 2.2.1977.

[2] Süddeutsche Zeitung vom 21.1.1977.

[3] Süddeutsche Zeitung vom 3.2.1977.

[4] Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15.6.1977.

4.4. Zusammenfassung

Von Anfang 1975 bis zum Jahr 1978 war das Thema Kernenergie "in Mode". Seine Behandlung erhielt breiten Raum in den Massenmedien. Kein anderes Thema hat sich in dieser Zeit so lange und intensiv in der öffentlichen Diskussion befunden. Die Wichtigkeit des Themas Kernenergie beruht vor allem auf drei Aspekten: auf sehr massiven ökonomischen Interessen von Seiten der Energieversorgungsunternehmen und der kerntechnischen Industrie, auf der ganz persönlichen Betroffenheit der Bürger von Fragen der Energiebereitstellung, des Umweltschutzes und der Lebensqualität sowie auf den sehr diffusen und nicht genau definierbaren Ängsten vor den Gefahren der Kernenergie, verbunden mit einem zunehmenden Skeptizismus gegenüber den Aussagen der Wissenschaft .

Vor diesem Hintergrund bildet sich im Verlauf der Kernenergie-Kontroverse eine starke Polarisierung zwischen Befürwortern und Gegnern der Kernenergie heraus. Während Anfang der 70iger Jahre sich noch knapp die Hälfte der zur Kernenergie befragten Personen keine definitive Meinung dazu gebildet hat, nimmt im Verlauf der Lebensgeschichte des Themas Kernenergie die Zahl der Unentschiedenen ab; sie beträgt schließlich nur noch 10 bis 15 Prozent.[1]

Einzelne Erhebungen erbrachten sogar überraschend geringe Prozentwerte für die Anzahl der Indifferenten (Sample-Institut, Dezember 1976: 3%[2], Intermarket, Anfang 1977:

---

[1] O. Renn, Kernenergie aus der Sicht der Bevölkerung, Analyse von Einstellungen und Motiven, Kernforschungsanlage Jülich GmbH (Hrsg.), interner Bericht KFA-AKI-IB-1/77, Dezember 1977, S. 46.

[2] Sample-Institut, Hamburg, aus: Brief an das Deutsche Atomforum vom 4.2.1977.

18 [1], Spiegel, Mitte 1977: 18 [2], "Deutsche Bürgerinitiativen für Energiesicherung", Mitte 1977: 36 [3]).
Außerdem wurden bei einem Nutzenvergleich mit anderen Energiearten der Kernenergie sehr häufig extreme Positionen zugewiesen, woraus sich ebenfalls ein hoher Polarisierungsgrad der nuklearen Auseinandersetzung ableiten läßt.[4]

Diese Ergebnisse empirischer Untersuchungen deuten darauf hin, daß im Verlauf der Kontroverse ausgeprägte Meinungen zum Thema Kernenergie allmählich in den Vordergrund treten. Die Vorgeschichte und die technischen Daten werden als bekannt vorausgesetzt und in den Sinn des Themas selbst aufgenommen.

Renn vertritt die Ansicht, daß die Meinungsbildung zum Thema Kernenergie entscheidend von der Perzeption des Risikos abhängt. Daraus folgt für ihn, daß, wenn es gelingen sollte, das Risiko Kernenergie als akzeptabel und vertret-

---

[1] Infermarket-Umfrage aus: Kernzeitung, Neues zum Thema Energie und Energiepolitik, Informationskreis Kernenergie (Hrsg.). Bonn 1977.

[2] Spiegel-Umfrage, Brauchen wir Atomkraft?, Heft Nr. 8, Hamburg 1977, S. 163.

[3] Meinungsumfrage der "Deutschen Bürgerinitiativen für Energiesicherung" vom 21.9.1977 aus: Offener Brief vom 3.10.1977 an den SPD-Energiekongreß, Bochum 1977, S. 3. Alle Umfragen zitiert nach O.Renn, Kernenergie aus der Sicht der Bevölkerung, a.a.O., S. 47.

[4] O. Renn, Kernenergie aus der Sicht der Bevölkerung, a.a.O., S. 58.

bar in den Ansichten der Bevölkerung zu verankern, der Protest abflachen sollte.[1] Darum hat sich jedoch über die ganzen Jahre hinweg die Kernenergie-Lobby erfolglos bemüht. Ganz im Gegenteil: trotz großangelegter und teurer Informationskampagnen zugunsten der Kernenergie hat sich die Einstellung der Bevölkerung gegenüber der Kernenergie eher zur kritischen Seite hin verschoben.[2] Vergleichende Risikoeinschätzungen zur Kernenergie ergaben ferner sehr unterschiedliche Ergebnisse bei der Einstufung der Gefährlichkeit von Kernreaktoren im Vergleich mit anderen großtechnischen Einrichtungen. Dies deutet jedoch darauf hin, daß nicht die Risikoeinschätzung die ausschlaggebende Rolle bei der Polarisierung innerhalb der Kernenergie-Kontroverse spielt. Sie ist nur ein Teilaspekt, der bei der persönlichen Betroffenheit zum Tragen kommt.

Entscheidend für den Verlauf der Kernenergie-Kontroverse ist meines Erachtens, daß anhand des Themas Kernenergie nicht nur inhaltliche Fragen abgehandelt wurden, sondern daß Beziehungen definiert und gefestigt wurden. Da Inhalts- und Beziehungsaspekt in der Kommunikation jedoch zwei verschiedene Ebenen darstellen, können Beziehungen nicht einfach mit Hilfe von Informationen verändert werden. Umgekehrt wird jedoch der Inhalts- von Beziehungsaspekt entscheidend bestimmt.[3] Bei der Diskussion über das Thema Kernenergie spielten die gestörten Beziehungen des Bürgers zu den Politikern und politischen Instanzen, zu den Wissenschaftlern, zur Verwaltung und zur Industrie eine maßgebliche Rolle.

---

[1] O.Renn, Kernenergie aus der Sicht der Bevölkerung, a.a.O., S. 49.

[2] O.Renn, Kernenergie aus der Sicht der Bevölkerung, a.a.O., S. 46.

[3] P. Watzlawick, J.H.Beavin, D.D.Jackson, Menschliche Kommunikation, Bern 1969, S. 56.

Das Versagen der klassischen politischen Partizipationsinstanzen beim Thema Kernenergie (siehe S. 97 ff.) ermunterte viele Bürger[1], aktiv auf die Entscheidung politischer Fragen Einfluß zu nehmen, was zur Bildung von Bürgerinitiativen führte. In dieser neuen Art der politischen Betätigung außerhalb der Parteien und des Parlaments manifestierte sich das gestörte Verhältnis der Bürger zu den gewählten politischen Vertretern und den demokratischen Institutionen. Es ist naheliegend, daß diese gestörte Beziehung das Gebiet der Kernenergie nicht ausklammern würde. Der beste Weg, dieses Verhältnis zwischen Bürgern und Politikern zu verbessern, war sicherlich der vom Bundesministerium für Forschung und Technologie eingeschlagene, nämlich sich nicht auf die Weitergabe reiner Sachinformationen zu beschränken, sondern um Vertrauen und Unterstützung für die angestrebten Ziele zu werben.

Die Enttäuschung in der Bevölkerung über die Machtlosigkeit der Wissenschaftler, die bei vielen Problemen der modernen Zivilisation versagen, ja mitunter sogar schwierige neue Probleme schaffen, hat eine sehr skeptische Einstellung in der Bevölkerung bewirkt. Sie wurde teilweise noch verstärkt durch eine unter Experten weit verbreitete Überheblichkeit gegenüber Laien, welche besonders bei Anhörungsterminen und Hearings immer wieder zum Vorschein kam. Es wurde Kritik laut am technologischen Diktat; die "Zurück-zur-Natur"-Bewegung hatte großen Zulauf. Auf verschiedene Art und Weise wurde der Versuch unternommen, alternative Lebensformen zu entwickeln, die von der Technik und Wissenschaft unabhängig waren oder wenigstens nur "soft technologies" anwendeten.[2]

---

[1] siehe auch Battelle-Institut e.V., Einstellung und Verhalten der Bevölkerung..., a.a.O., S. A 141 - 143.

[2] R. Jungk, Der Jahrtausendmensch, München, Gütersloh, Wien 1973

Diese ebenfalls gestörte Beziehung, eine Art von Wissenschaftsfeindlichkeit, trug dazu bei, daß in der Auseinandersetzung um die Kernenergie selbst die Aussagen "neutraler Wissenschaftler" nicht mehr als unumstößlich angesehen wurden. Vielfach wurde auch ihre Richtigkeit und Unparteilichkeit angezweifelt, besonders bei sachverständigen Gutachtern, welche meist von Industrie oder Staat bezahlt werden.

Das Überhandnehmen der Administration in allen Lebensbereichen verursachte ein weit verbreitetes Unbehagen in der Bevölkerung (siehe S.100). Wenn sich die Verwaltung dann noch scheinbar zum Selbstzweck entwickelt und die Interessen der Bürger nicht mehr wahrnimmt, ist es nicht verwunderlich, daß sich auch auf dem Gebiet der Kernenergie-Nutzung, wo das gesamte Genehmigungsverfahren von Behörden durchgeführt wird, ein gewisses Mißtrauen gegen die Administration ausbreitete. Dieses bereits gestörte Verhältnis wurde noch verschlechtert durch die Nacht-und-Nebel-Aktion in Brokdorf und das Verhalten der Polizei in Brokdorf und Grohnde; auch Bürger, die bis dahin nicht politisch aktiv gewesen waren, hatten nun den Eindruck, daß die Verwaltungsbehörden gegen die Interessen der Bürger arbeiteten und schlossen sich Protestaktionen an.

Der von Vertretern der Industrie und von Wirtschaftspolitikern immer wieder beschworene Zusammenhang zwischen Wachstum und Wohlstand wurde nicht allgemein anerkannt, der Wachtstumsbegriff sollte nach Meinung vieler mit qualitativen Aspekten angereichert werden[1]. Sogenannte gesamtgesellschaftliche Definitionen und Legitimationen von Wachstum waren nicht immer konkret nachvollziehbar, umsoweniger, als Erfahrungen gezeigt hatten, daß Wachstum nicht nur zu mehr Wohlstand, sondern auch

---

[1] Battelle-Institut e.V., Einstellungen und Verhalten der Bevölkerung..., a.a.O., S. A 140 ff.

zu beispielsweise mehr Umweltverschmutzung führen kann. Trotz des Verursacherprinzips bei der Beseitigung solcher Mißstände war die Industrie oft nicht willens oder in der Lage, Verbesserungen herbeizuführen, was die Beziehung zu den betroffenen Bürgern erheblich verschlechterte. Die Befürchtung wurde gefördert, daß auch bei den Problemen der Kernenergie die Industrie später nicht in der Lage sein würde, für negative Folgen einzustehen und sie zu beseitigen.

Diese vielfältig gestörten Beziehungen manifestierten sich auch in der Kernenergie-Kontroverse. Informationen wurden vielfach gar nicht berücksichtigt, weil ihr Herausgeber seine Glaubwürdigkeit verloren hatte. Andere Tatsachen wurden möglicherweise überbewertet und verzerrt. Der Zug zur Meinungsbildung und Entscheidung, den Luhmann jedem Thema der öffentlichen Meinung zuordnet, ist beim Thema Kernenergie ganz deutlich vorhanden. Die öffentliche Meinung übernimmt die Funktion eines Steuerungsmechanismus des politischen Systems und löst sich damit nach und nach vom eigentlichen Thema. Versuche, die Karriere des Themas Kernenergie bewußt zu steuern, schlugen im allgemeinen fehl, da sie die Komplexität der Beziehungen nicht berücksichtigten und sehr schnell als interessengebundene Manipulationen erkannt wurden. So versuchten beispielsweise die verschiedensten Organisationen, bei gewissen Problemen die öffentliche Meinung zu umgehen. Standortplanungen und Katastrophenschutzpläne wurden nach Möglichkeit geheimgehalten oder erst in letzter Minute herausgegeben (Brokdorf); Unfälle und Störfälle in Kernkraftwerken wurden verschwiegen und erst bruchstückweise bekanntgegeben, als die Nachricht bereits durch Indiskretionen nach außen gedrungen war (Biblis, Grundremmingen). Solche Vorgehensweisen stärkten das Mißtrauen der Bevölkerung gegenüber den betreffenden Institutionen stark und verminderten deren Glaubwürdigkeit in hohem Maß. Auch die Unterscheidung zwischen Themen und Prämissen wurde beim Thema Kernenergie

angewandt; Politiker und Vertreter der einschlägigen Industrie stellten Sicherheitsfragen bei Kernkraftwerken und die Probleme der Entsorgung von Atommüll als bereits vollkommen geklärt dar, was sich später als falsch herausstellte. Ebenso erwiesen sich die Energieprognosen der frühen 70er Jahre, die ganz selbstverständlich noch von relativ hohen Zuwachsraten ausgingen, im Laufe der Zeit als zu hoch gegriffen und nicht mehr haltbar.

Doch nicht nur von seiten der Kernenergie-Befürworter wurde mit unreellen Taktiken gearbeitet, auch die Kernenergie-Gegner versuchten, durch Übertreibungen und durch Verstärken der Angstgefühle bei der Bevölkerung ihre Position zu festigen. Dies war mitunter recht einfach, da das Thema Kernenergie für Laien nicht in allen Einzelheiten durchschaubar ist. So behaupteten etwa Wissenschaftler aus einer Arbeitsgruppe der Universität Bremen in einer Stellungnahme zu dem Unfall im Kernkraftwerk Grundremmingen, bei dem durch Dampfverbrühungen zwei Arbeiter ums Leben gekommen waren, daß dieser Unfall "beinahe ein GAU"[1] gewesen sei. Ein GAU ist dabei der "größte anzunehmende Unfall", d.h. der größte Unfall, den man sich bei einem Kernkraftwerk vorstellen kann. In Grundremmingen handelt es sich jedoch um eine Unachtsamkeit bei der Reparatur eines Ventils, eine Assoziation mit einem GAU ist nicht nur vollkommen falsch, sondern sogar eine bewußte und gezielte Irreführung, um die Angst vor Kernkraftwerken zu schüren.

Eine andere Taktik zur Beeinflussung der Karriere des Themas Kernenergie war der Versuch, eine Pseudokrise zu erzeugen, nämlich mit Energieknappheit zu drohen. Obwohl diese Drohungen bereits seit mehreren Jahren zum Standardrepertoire der Kernenergie-Lobby gehören, hat sich bisher in der Realität noch kein Anzeichen gezeigt, daß die Energie so knapp würde wie vorhergesagt.

---

[1] Zitiert nach M. Rehm, "Scharfe Schüsse gegen Atomkraftwerk" in der Süddeutschen Zeitung vom 5./6.1.1976.

Eine gefährliche Manipulation, die jedoch bei den Auseinandersetzungen um die Kernenergie immer wieder angewandt wurde, ist die "Moralisierung der Kommunikation".[1] Sie mutet den Kernenergie-Gegnern eine Rolle zu, die mit moralischen Wertungen verknüpft ist, nämlich sie verknüpft Gegnerschaft gegen Kernenergie mit Bezeichnungen wie "Feinde der Freiheit"[2], Terroristen oder allgemein mit K-Gruppen. Auf diese Weise wird eine Moral mit Annahmezwang konstituiert, d.h.wer nicht für die Kernenergie-Nutzung ist, steht automatisch auf der Seite der K-Gruppen oder gar Terroristen.

Abschließend läßt sich feststellen, daß die Polarisierung in der Kernenergie-Kontroverse im Lauf der Zeit zunahm, von 1975/76 an kam es zu einer Positionsstärkung der Gegner[3]. Dennoch sind nach wie vor die Befürworter der Kernenergie in der Mehrheit, der Abstand zu den Gegnern beträgt jedoch nur noch 10 bis 15 Prozent.

Das Thema Kernenergie hat Anfang 1977 mit den Ereignissen in Brokdorf und Grohnde seinen Kulminationspunkt erreicht. Mehr und mehr nehmen sich nun auch politische und gesellschaftliche Institutionen des Themas an, es beginnt die Phase der Institutionalisierung.

---

[1] N. Luhmann, Öffentliche Meinung, a.a.O., S. 33.

[2] Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15.6.1977.

[3] O.Renn, Kernenergie aus der Sicht der Bevölkerung, a.a.O., S. 46.

5. Die Institutionalisierung des Themas Kernenergie

Mit den Ereignissen von Brokdorf und Grohnde erreichte das Thema Kernenergie Anfang 1977 seinen Kulminationspunkt. Die Beachtung in der Presse stieg bis auf das Vierfache an und alle politisch und gesellschaftlich relevanten Institutionen fühlten sich verpflichtet, zu diesem Thema Stellung zu beziehen. Die Parteien führten eigene Parteitage und Kongresse zum Thema Kernenergie durch, die Gewerkschaften und die Kirchen äußerten sich und Parlamentsdebatten wurden über die Frage der Kernenergie-Nutzung abgehalten. Um Veränderungen erreichen zu können, war es nun nötig, das Thema in den Institutionen der Verwaltung und der politischen Entscheidungsfindung unterzubringen, bevor es seine werbende Kraft verlieren würde. Nachdem in Brokdorf und Grohnde wieder weitgehend Ruhe eingekehrt war und praktisch alle laufenden Genehmigungsverfahren für Kernkraftwerke durch Einsprüche blockiert waren, ließ das Interesse der Öffentlichkeit ohnehin schon etwas nach; es zeigten sich bereits die ersten Ermüdungserscheinungen in der Lebensgeschichte des Themas Kernenergie. Die Diskussion verlagerte sich nun mehr und mehr in die parlamentarischen Gremien; das Thema wurde institutionalisiert.

5.1. Die Stellungnahme der Parteien

Obwohl bereits seit den Ereignissen in Wyhl immer wieder Politiker zu Fragen der Kernenergie-Nutzung Stellung genommen hatten, wurde dieses Thema bis Ende 1976 kaum offiziell in den Parteien diskutiert. Erst als sich bei den Ereignissen um Brokdorf zeigte, daß es sich hier um ein zentrales Thema handelte, begann auch in den großen Parteien die Meinungsbildung zur Kernenergie. Die Versäumnisse bei der Erörterung dieses Themas führten mitunter zu etwas überstürzten Stellungnahmen einzelner Ortsvereine oder auch ganzer Parteiflügel, die erst nach längerer Diskussion in ein Gesamtkonzept integriert werden konnten.

Im Gegensatz zu der Meinung ihres damaligen stellvertretenden Vorsitzenden und Bundeswirtschaftsminister Hans Friderichs beschloß der Bundesparteitag der Freien Demokratischen Partei am 21.November 1976 in Frankfurt, daß Genehmigungen für den Bau und Betriebsgenehmigungen für die im Bau befindlichen Kernkraftwerke nur noch erteilt werden sollten,"wenn alle bisher ungelösten Probleme der Lagerung und Wiederaufbereitung von radioaktiven Abfall sowie des Katastrophenschutzes gelöst sind". Weiter wurde gefordert, daß die Bürger vor Entscheidungen an den Beratungen beteiligt und Standortentscheidungen durch Parlamente getroffen werden. Der FDP-Fraktion des Deutschen Bundestages wurde vom Parteitag empfohlen, sich bei der Fortschreibung des Energieprogrammes der Bundesregierung darauf zu konzentrieren, daß die Forschung zur Schaffung neuer nichtnuklearer Energiequellen verstärkt wird, Methoden zur rationellen und sparsamen Verwendung von Energie entwickelt werden und besonderer Nachdruck auf die Verbesserung der Sicherheit kerntechnischer Anlagen gelegt wird unter Berücksichtigung der Entsorgung. Der FDP-

Bundeshauptausschuß, der am 28.Juni 1977 in Saarbrücken tagte, beschloß dort ebenfalls, daß neue Genehmigungen von der ersten Teilerrichtungsgenehmigung für ein Entsorgungszentrum abhängig gemacht werden müßten, was nach Ansicht der Fachleute auf einen befristeten Baustop von mindestens 3 Jahren für Kernkraftwerke hinauslief. Von dieser recht weitgehenden Forderung rückte der Parteitag am 8.November 1977 in Kiel wieder etwas ab und folgte dem Leitantrag des Parteivorstandes, der der Kernenergie-Nutzung etwas aufgeschlossener gegenübersteht. Die Baugenehmigung neuer Kernkraftwerke soll davon abhängig gemacht werden, daß drei Bedingungen erfüllt sind: es müssen erste positive Ergebnisse von geologischen Untersuchungen zum Nachweis der Eignung eines Standortes für die Endlagerung radioaktiver Abfälle vorliegen, die sicher beherrschbare Endlagerung hochradioaktiven Mülls muß gewährleistet sein und die sichere und technisch unbedenkliche Zwischenlagerung der Abfälle muß auch für längere Zeiträume möglich sein. Dieser Parteibeschluß wurde allgemein als kernenergiefreundlich gewertet; er unterstützte weitgehend die Ansichten der Bundesregierung.

Während die Freie Demokratische Partei wenigstens anfangs den Problemen der Kernenergie-Nutzung noch weitgehend indifferent gegenüberstand, fanden sich in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bereits 1976 sehr unterschiedliche Meinungen. Einerseits stellte Ministerpräsident Kühn 13 mögliche neue Kernkraftwerks-Standorte zur Diskussion, anderseits verlangte die schleswig-holsteinische SPD einen zeitlich befristeten Aufschub aller Entscheidungen, welche die Kernenergie betreffen. Die Vorgänge in Brokdorf rüttelten die Parteimitglieder auf und führten zu einer Reihe von Aktivitäten. Der Parteivorstand setzte eine Atom-Sonderkommission unter Vorsitz von Parteichef

Willy Brandt ein. Auch die einzelnen Landesverbände der SPD nahmen Anfang 1977 zum Problem der Kernenergie Stellung, wobei sich eine mehr zur Kritik neigende Tendenz herausbildete. Die Hamburger SPD-Mitglieder aus Senat und Bürgerschaft hatten zwar Ende 1976 noch für den sofortigen Bau des Kernreaktors in Brokdorf votiert, für einen Sonderparteitag am 25.Februar 1977 legte der SPD-Landesvorstand jedoch ein Papier vor, in dem der Baustop als "Denkpause" zur Klärung des Kernenergie-Fragenkatalogs begrüßt wird. Die sozialliberale Landesregierung in Nordrhein-Westfalen verhängte trotz der kurz zuvor ausgewiesenen 13 neuen Standorte einen Jahre währenden Genehmigungsstop für neue kerntechnische Anlagen. In Hessen zeigte sich die SPD-Spitze noch recht kernenergiefreundlich, allerdings bereits mit Einschränkungen. Die Bremer SPD dagegen machte Front gegen den Bau von Kernkraftwerken. Bürgermeister Koschnick forderte ein zweijähriges Atom-Moratorium. Auch die schleswig-holsteinische SPD forderte trotz anfänglicher Unterstützung der Kernenergie-Befürworter nach Brokdorf die intensive Erforschung von Fragen der Reaktorsicherheit und der Entsorgung. In Bayern forderte die SPD die Zurückstellung der weiteren Kernkraftwerks-Pläne bis zur endgültigen Klärung der Unfälle in Grundremmingen. Am entschiedensten gegen Kernkraftwerke sprachen sich die Sozialdemokraten in Baden-Württemberg aus. Ende Januar 1977 entschied sich der SPD-Landesvorstand einstimmig gegen den Bau von Kernkraftwerken.

Am 28./29. April 1977 fand in Köln ein SPD-Fachkongreß zum Thema "Energie und Umwelt" statt, auf welchem der Versuch unternommen werden sollte, die auseinanderklaffenden Meinungen -von Hans Matthöfer bis Freimut Duve- durch sachliche Diskussionen auf ein Grundkonzept zu vereinigen.

Es gelang auf dieser Tagung jedoch noch nicht, einen Kompromiß zwischen den Kernenergie-Gegnern und den Befürwortern eines weiteren Ausbaus der Kernenergie-Nutzung zu finden. In seinem Schlußwort stellte Forschungsminister Matthöfer aber fest, daß die parteiinterne Diskussion ausgewogener geworden sei; es zeichne sich eine energiepolitische Grundlage ab, die für weite Teile der SPD zustimmungsfähig sein könnte. Übereinstimmung ließ sich erzielen über Fragen der Energieeinsparung, über die Entwicklung neuer, umweltfreundlicher Techniken und über den verstärkten Einsatz der heimischen Kohle. Im Vordergrund der Diskussion standen ferner die Vollbeschäftigung, Wirtschafts-Wachstum und technischer Fortschritt. Am 2o. September 1977 sprach sich der SPD-Vorstand mehrheitlich für ein Moratorium aus. Auf dem Hamburger Parteitag zur Energiepolitik am 17. November 1977 einigte sich jedoch schließlich auch die Sozialdemokratische Partei Deutschlands auf eine Formel, die -bei Vorrang der Kohle- den weiteren Ausbau der Kernenergie zuläßt. Es wurde allerdings betont, daß Alternativenergien erforscht werden müßten, die Reaktorsicherheit erhöht und die Entsorgungsfrage geklärt werden müssen und die betroffenen Bürger Möglichkeiten zur intensiven Diskussion und Mitsprache erhalten sollten.

In den Unionsparteien war die Diskussion um die Nutzung der Kernenergie nie sonderlich kontrovers. Praktisch einmütig herrschte die Meinung, daß die Kernenergie für den wirtschaftlichen Fortschritt unverzichtbar sei und dafür gewisse Risiken in Kauf genommen werden müßten; Risiken, die allerdings so klein wie möglich gehalten werden sollten.

Die erste Informationsveranstaltung der Union über den Energiebedarf der Bundesrepublik Deutschland und die friedliche Nutzung der Kernenergie fand am 3. Mai 1977

in Bonn statt. Es handelte sich um eine öffentliche Sondersitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die mit Fachreferaten eingeleitet wurde. Diese Veranstaltung wurde allgemein als publizistisches Gegengewicht zu der Fachtagung der SPD am 28./29. April 1977 gewertet.

Am 10. und 11.Oktober 1977 veranstaltete die CDU einen eigenen Kongreß "Energie und Umwelt" in Hannover. Auch hier zeigte sich eine eindeutige Befürwortung der Kernenergie. Der Bundesvorstand der CDU billigte am 7. November 1977 ein energiepolitisches Programm, das am 18.November 1977 im Bundesausschuß beschlossen wurde. Darin heißt es: "Die CDU sagt ein klares "Ja" zum Ausbau der Kernenergie, die Sicherheitsstandards deutscher Kernkraftwerke liegen an der Spitze internationaler Anforderung. Das Problem der Entsorgung ist nach dem positiven Gutachten der Reaktorsicherheits- und Strahlenschutzkommission technisch lösbar." Die Position der CSU zur Kernenergie-Frage entspricht völlig derjenigen der CDU.[1]

Da keine der großen Parteien die Anliegen der Bürgerinitiativen ganz übernahm und sich definitiv gegen die Kernenergie-Nutzung aussprach, begann sich 1977 der Trend abzuzeichnen, daß Parteineugründungen in diese Lücke stoßen würden. Umweltschützer und Kernenergie-Gegner wollten von der außerparlamentarischen Opposition gegen Kernkraftwerke weg und über den Weg in Länderparlamente und Bundestag die politischen Entscheidungen über die Kernenergie mitbeeinflussen. Erstmalig bei den Landtagswahlen in Niedersachsen kandidierten Vertreter der sogenannten "Grünen", und es gelang ihnen, hauptsächlich der

---

[1] Veröffentlichung des Arbeitskreises IV auf dem CSU-Parteitag am 23. September 1977.

FDP so viele Stimmen abzunehmen, daß diese die 5%-Hürde nicht überspringen und deshalb nicht mehr in den Landtag einziehen konnten. Dieser Vorgang und die Neugründung einiger "grüner Listen" 1978 dokumentierten noch einmal nachdrücklich die Institutionalisierung des Themas Kernenergie in den politischen Entscheidungsgremien.

5.2. Die Stellungnahme der Gewerkschaften

Der Deutsche Gewerkschaftsbund nahm von Anfang an eine positive Haltung zum Ausbau der Kernenergie ein. Dabei stand vor allem das Argument des Wirtschaftswachstums und der Erhaltung von Arbeitsplätzen im Vordergrund. Aufgeschreckt durch die Ereignisse in Brokdorf und Grohnde schränkte der DGB jedoch im März 1977 seine Befürwortung etwas ein. Der DGB-Vorsitzende Heinz-Oskar Vetter sagte am 20.März 1977, die Entscheidung für die Kernenergie sei "ohne ausreichende politische und gesellschaftliche Diskussion und ohne volle Kenntnis der Risiken getroffen worden", sie sei jedoch "nicht mehr von heute auf morgen korrigierbar." Er sprach sich weiter dafür aus, daß zwar begonnene Kernkraftwerke fertiggestellt würden, beim weiteren Ausbau aber nichts überhastet werden dürfte. Das Kernenergie-Konzept müsse überprüft werden und eine bessere Koordinierung zwischen Firmen, Behörden und Bürgern angestrebt werden. Die Befürwortung des weiteren Ausbaus der Kernenergie setzte sich schließlich durch und so gab am 5.April 1977 der Bundesvorstand des DGB eine Stellungnahme zu "Kernenergie und Umweltschutz" heraus, in welcher wieder die wirtschaftspolitischen Aspekte im Vordergrund stehen: "Jede weitere Verzögerung beim Bau von Kohlekraftwerken und ein anhaltender Bau- und Genehmigungsstop bei Kernkraftwerken hat in mehrfacher Hinsicht negative Effekte auf die Beschäftigten. In dieser Situation

kann es nicht im Interesse der Arbeitnehmer liegen, einen längerfristigen generellen Baustop für Kernkraftwerke aufrechtzuerhalten. Der DGB-Bundesvorstand ist deshalb der Meinung, daß die Baugenehmigung für neue, jetzt in der Planung befindliche Kernkraftwerke in begründeten Fällen erteilt werden kann." Die Stellungnahme verweist weiter auf den Energiebedarf, die Beschäftigungssituation und die technologischen Standards der kerntechnischen Industrie. Sicherheits- und Entsorgungsfragen werden als grundsätzlich gelöst angesehen, deshalb wird baldmöglichst die Baugenehmigung für das geplante Entsorgungszentrum gefordert. Die Sicherheit der betroffenen Arbeitnehmer und der Schutz der Bevölkerung müsse aber immer im Vordergrund stehen.

5.3. Regierung und Bundestag

Die Regierung, die den Ausbau der Kernenergie-Nutzung zunächst sehr gefördert hatte, begann angesichts der massiven Widerstände in der Bevölkerung ihre Einstellung etwas zu relativieren. In den Energieprogrammen vom September 1973 und Oktober 1974 hieß es noch, die Entwicklung der Kernenergie sei wünschenswert, ihre Nutzung müsse beschleunigt werden. Im neuen Energieprogramm heißt es nur noch, die Bundesregierung halte nach vorrangiger Nutzung anderer Möglichkeiten einen begrenzten Ausbau der Kernenergie für vertretbar. Diese Meinungsänderung vollzog sich jedoch langsam.

In der Regierungserklärung zum Beginn der 8.Wahlperiode betonte Bundeskanzler Schmidt am 16. Dezember 1976, daß auf den Ausbau auch der Kernenergie nicht verzichtet werden könne. Kernenergie bleibe zur Deckung des vorhersehbaren Strombedarfs notwendig und unerläßlich. Aller-

dings treten bei dieser Rede neben der üblichen Betonung der Betriebssicherheit von Kernkraftwerken bereits einige Punkte in den Vordergrund, denen vorher in der Regierungspolitik keine entscheidende Bedeutung beigemessen wurde. Es handelt sich um die Verbesserung des Genehmigungsverfahrens, die Lösung des Entsorgungsproblems und um die Förderung von Energieeinsparung und nichtnuklearer Energieforschung. Bei Planungs- und Genehmigungsverfahren solle dafür gesorgt werden, daß die Interessen der Bürger durch frühzeitige Information und Beteiligung gewahrt werden. Die Bundesregierung prüfe deshalb die Möglichkeit der Einführung einer praktikablen Form der Verbandsklage im atomrechtlichen Genehmigungsverfahren. Ferner solle darauf geachtet werden, "daß das Verfahren zukünftig so gehandhabt wird, daß der Ausgleich zwischen berechtigten Begehren betroffener Bürger und ihren durch Gesetz gewährten Rechten einerseits und den energiepolitischen Notwendigkeiten des konkreten Projekts andererseits wirklich hergestellt werden kann."[1] Die Fragen der Atommüll-Entsorgung sollten so schnell wie möglich gelöst werden. Dafür hätten die Wirtschaftsunternehmen Sorge zu tragen. Die Bundesregierung wolle bei der Genehmigung von Kraftwerken dafür sorgen, daß die Errichtung neuer Kraftwerke nur noch dann genehmigt werde, wenn für sie die Entsorgung hinreichend sichergestellt sei. Bei den schon im Bau oder in Betrieb befindlichen Anlagen müsse die gesicherte Entsorgung in angemessener Frist nachgewiesen werden. Gleichzeitig mit Maßnahmen zur Verbesserung des Energieangebots würden die Bemühungen um verstärkte Energieeinsparung und die nichtnukleare Energieforschung von der Bundesregierung verstärkt werden. Abschließend betonte der Bundeskanzler, daß die Protestbewegung gegen die Nutzung der Kernenergie sehr ernst ge-

---

[1] Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 8/5, S.36.

nommen werde und Anspruch auf faire Behandlung durch die staatlichen Organe habe. Man müsse jedoch zwischen "Extremisten oder Rowdies" und seriösen Protestgruppen unterscheiden.[1] Diese Unterscheidung betonte Bundeskanzler Schmidt noch einmal sehr ausdrücklich in seiner Rundfunk- und Fernseherklärung zu den geplanten Aktionen in Brokdorf am 17.Februar 1977.[2] Für Mitte März planten die Koalitionsfraktionen eine große Anfrage zur Energie- und Umweltpolitik im Bundestag. Die Anregung für diese Debatte ging auf Bundeskanzler Schmidt zurück, der den Wunsch äußerte, daß sich das Parlament engagierter mit der Energie- und Umweltpolitik befassen sollte. Die Sorgen der Bevölkerung auf diesem Gebiet sollten nicht mehr so dominierend der außerparlamentarischen Auseinandersetzung überlassen bleiben. Der Kanzler bat ferner um eine rege Teilnahme der Parlamentarier an dieser Aussprache im Bundestag, da frühere Parlamentssitzungen zum Thema Energiepolitik meist zu später Stunde und vor nahezu leeren Reihen stattgefunden hatten.

Am 23.März 1977 beschloß das Bundeskabinett "Grundlinien und Eckwerte für die Fortschreibung des Energieprogramms." Dabei rückt es von den hochgesteckten Zielen des Vierten Atomprogramms ab, wo für 1985 noch von einem Anteil der Kernenergie an der Gesamtkraftwerkskapazität von 50 000 Megawatt ausgegangen wird. "Angesichts der Grenzen, die sich -als Faktum aus der Verfügbarkeit oder aus politischem Sachzwang- für den Einsatz alternativer Energien ergeben und andererseits der Notwendigkeit, die Stromversorgung in den 80er Jahren zu sichern, ist der

---

[1] Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 8/5, S.37.

[2] Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 15./S.137, Bonn, 19.2.1977.

von den wirtschaftswissenschaftlichen Instituten errechnete Beitrag der Kernenergie in einer Größenordnung von 30 000 Megawatt für 1985 die energiepolitisch erwünschte Kapazität."[1] In diesem Kabinettsbeschluß wurden auch die Bedingungen für die Entsorgung genau festgelegt, die erfüllt sein müssen, bevor weitere Bau- oder Betriebsgenehmigungen für kerntechnische Anlagen gegeben werden dürfen. Auch in der ausführlichen Antwort der Bundesregierung auf die Großen Anfragen zur Energiepolitik im Juni 1977 wird diese Position noch einmal dargelegt.

Zusammenfassend läßt sich erkennen, daß die Einstellung der Bundesregierung gegenüber der Kernenergie wesentlich zurückhaltender geworden ist; gleichzeitig verlagerte sich das Schwergewicht von Sicherheitsfragen auf Probleme der Atommüllentsorgung und auf Aktivitäten zur Einsparung und zur rationelleren Nutzung von Energie. Die zunächst stark forcierte Diskussion über bessere Partizipationsmöglichkeiten der Bevölkerung bei Planung und Genehmigung von Kernkraftwerken trat angesichts der sich langsam entspannenden Lage in der Anti-Kernkraft-Bewegung ab Mitte 1977 wieder etwas in den Hintergrund.

---

[1] Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Sonderausgabe, Nr. 30/S.265, Bonn, 25.3.1977. 1976 betrug die Kernkraftwerk-Leistung in der Bundesrepublik Deutschland erst 6454 Megawatt. Im Juni 1977 befanden sich Kernkraftwerke für weitere 14 300 Megawatt in Bau; davon waren jedoch 2 700 Megawatt gerichtlich gestoppt. Bei Genehmigungs-, Planungs- und Bauzeiten von mehreren Jahren erscheinen deshalb auch 30 000 Megawatt als Ziel für 1985 nicht realistisch.

III. Zusammenfassung und theoretische Deutung

In der vorliegenden Arbeit wurde versucht, den Kommunikationsprozeß der Kernenergie-Kontroverse in das Schema Luhmanns[1] zur Lebensgeschichte von Themen der öffentlichen Meinung einzupassen. Dieser Versuch ist sehr erfolgreich verlaufen; es läßt sich zeigen, daß der Ansatz von Luhmann gut geeignet ist, die einzelnen Phasen der Diskussion um die Kernenergie vorherzusagen, denn von der Entstehung des Begriffes "Kernenergie" in den vierziger Jahren bis zum jetzigen Zeitpunkt fügt sich die Entwicklungsgeschichte dieses Themas sehr genau in die von Luhmann postulierten Phasen ein.

Luhmann beschreibt bzw. prognostiziert in seinem Ansatz zwar rein phänomenologisch die Lebensgeschichte eines Themas, die sich -wie in der vorliegenden Untersuchung- auch empirisch verifizieren läßt, er versäumt es jedoch, Begründungen oder wenigstens Erklärungsansätze für die spezielle Art solcher Lebensgeschichten zu geben, d.h. es fehlt der kommunikationstheoretische Hintergrund zu seinen Voraussagen. Sein Ansatz entstand aus einer mehr oder weniger unsystematischen Beobachtung des politischen Lebens und aus sehr viel Intuition. Er entsprang aus dem Wunsch, den Begriff "öffentliche Meinung" zu definieren und in ein modernes soziologisches Gesamtkonzept einzuordnen. Vor diesem Hintergrund mag es erstaunen, daß der Ansatz sich geradezu nahtlos in die realen Untersuchungsergebnisse einfügt. Doch trotz oder gerade wegen dieser überraschenden Koinzidenz ist es wünschenswert, den rein phänomenologischen Ansatz durch theoretische Überlegungen zu untermauern und seine Voraussagen kommunikationstheoretisch zu erklären.

---

[1] Luhmann N., Öffentliche Meinung, a.a.O.

Es liegt auf der Hand, daß ein solches Unterfangen nicht anhand eines einzelnen empirischen Falles wie hier bei der Kernenergie-Kontroverse geschehen kann. Eine solche Einzel-Untersuchung kann nur theoretische Ansätze nahelegen oder auf die besondere Bedeutung der einen oder anderen Theorie in diesem speziellen Fall hindeuten. Andererseits erfordert aber gerade die Kommunikationswissenschaft ein solch induktives Vorgehen, da für eine deduktive Ableitung der empirischen Daten die intrapersonalen ebenso wie die soziologischen Voraussetzungen zu umfassend und zu vielschichtig sind und sich meist einer vernünftigen Operationalisierung entziehen. Es kann also bereits als wichtiger Schritt vorwärts angesehen werden, eine kommunikationstheoretische Hypothese anhand von empirischen Daten verifiziert zu haben und auf der so gewonnenen Basis eine Integration anderer und weitergehender Theorien ermöglicht zu haben.

Im Folgenden werden die einzelnen Ablaufphasen des Themas Kernenergie nach dem Luhmannschen Ansatz noch einmal kurz zusammengefaßt und es wird versucht, diesen ganz bestimmten Ablauf durch einige kommunikationstheoretische Modelle zu erklären.

Die latente Phase des Themas Kernenergie dauerte weitaus am längsten, nämlich fast drei Jahrzehnte. Der Begriff "Kernenergie" war bereits bekannt und die friedliche Nutzung der Kernkraft wurde intensiv gefördert; trotzdem zeichnete sich keine besondere Beachtung des Themas -von wenigen regionalen Ausnahmen einmal abgesehen- in der öffentlichen Diskussion ab. Die Erörterung des Themas Kernenergie war weitgehend den Fachleuten vorbehalten, die aufgrund ihres besonderen Wissens dafür prädestiniert schienen. Die Öffentlichkeit befaßte sich allenfalls mit Meldungen über Atombomben und damit zusammenhängenden Ereignissen. Auch die Massenmedien befaßten sich nicht ausführlich mit dem Thema. Einzelne ausdifferenzierte

Themenbereiche wie z.B. Abfallbeseitigung oder Sicherheit kerntechnischer Anlagen existieren noch nicht, was insbesondere auch durch die Scheu des Publikums, sich mit einer schwierigen Fachterminologie auseinanderzusetzen, bedingt war. Die Bevölkerung hatte in den fünfziger und sechziger Jahren das Thema Kernenergie zwar wahrgenommen, verfügte jedoch über keine genaueren Kenntnisse zu diesem Gegenstand und zeigte auch kein Interesse, eingehendere Informationen zu erhalten. Erst mit den Ereignissen in Wyhl, als sich zum ersten Mal Bürger erfolgreich gegen ein Kernkraftwerk wehrten, gelang dem Thema Kernenergie der Durchbruch.

Der lokale Protest in Wyhl entsprang einer ganzen Reihe von Motiven; zu den wichtigsten gehörte die Angst vor der ökologischen Zerstörung des landschaftlich besonders reizvollen Oberrheintales, die Sorge um die Beeinträchtigung des Klimas und um Schädigung der Bevölkerung durch Strahlung oder Unfälle im Kernkraftwerk. Verstärkt wurde der Protest durch Solidarisierungseffekte gegen die Landesregierung sowie durch kulturelle und traditionelle Gemeinsamkeiten der betroffenen Bürger. Als der Widerstand gegen das Kernkraftwerk Wyhl schließlich in der Besetzung des Bauplatzes und in den Auseinandersetzungen mit der Polizei gipfelte, begannen sich auch die überregionalen Massenmedien, insbesondere das Fernsehen, für die dortigen Vorgänge zu interessieren. Durch die so entstehende Öffentlichkeit, die nicht mehr auf den regionalen Rahmen beschränkt blieb, wurde die Problematik dem breiten Publikum bekannt. Das Fernsehen zeigte die gewalttätigen Aktionen und löste dadurch in der breiten Bevölkerung zunächst Interesse und dann Empörung aus. Eine große Rolle spielte da-

bei die Glaubwürdigkeit des Fernsehens, die wie Untersuchungen[1] zeigen, sehr hoch ist: "Seeing was believing".[2]

Auch wenn die Wirkung der Massenkommunikationsmittel bei der Änderung bestehender Meinungen noch in vielen Aspekten umstritten ist[3], besteht doch weitgehende Übereinstimmung über die Tatsache, daß sich Massenkommunikation als sehr wichtig bei der Schaffung von Einstellungen oder Meinungen erwiesen hat, wenn es sich um Themen handelt, über die sich die Rezipienten vorher noch keine Meinung gebildet haben.[4] In diesem Rahmen ist auch die Fernsehberichterstattung über die Vorgänge in Wyhl -später auch in Brokdorf- zu sehen: das Vorgehen der Polizei gegen die Demonstranten, das jeder am Fernsenschirm miterleben kann, erzeugt Vorbehalte gegen die Nutzung der Kernenergie, insbesondere bei Personen, die bis zu jenem Zeitpunkt sich mit diesem Thema noch nicht auseinandergesetzt hatten. Die Meinungen, die sie sich nun zunächst bildeten, waren bereits negativ gefärbt.

---

[1] vgl. Deutschmann,P.; D.Kiel, A factor analytic study of attitudes towards the mass media, Scripps-Howard Research 1960; Roper,E., New trends in the public measure of television and other media, Television Information Office (Hrsg.) 1959/1961/196 Westley,B., W. Severin, Some correlates of mass media credibility, in: Journalism Quarterly,Vol. 41/1964, S. 325-335.

[2] Edelstein,A., An alternative approach to the study of source effects in mass communication, in: Studies of Broadcasting, Nr. 9/1973, S. 5-30.

[3] Vgl. Hackforth,J., Massenmedien und ihre Wirkungen, Göttingen 1976.

[4] Klapper,J., Massenkommunikation - Einstellungskonstanz und Einstellungsänderung, in: J. Aufermann, H. Bohrmann, R. Sülzer, (Hrsg.), Gesellschaftliche Kommunikation und Information, Frankfurt 1973, S. 49/50.

Betrachtet man also den Vorgang der Adoption des Themas Kernenergie und damit die Entwicklung der psychischen Einstellung der Individuen zum Thema Kernenergie, so folgt auf das "Gewahrwerden", das mit den Vorgängen in Wyhl bei vielen Rezipienten begann, das "Sich-Interessieren"[1], welches dazu führte, daß das Publikum um eingehendere Informationen zu diesem Thema bemüht war. Da sich die Massenmedien nun recht ausführlich des Themas Kernenergie annahmen und gleichzeitig eine Flut von Sachbüchern, Broschüren und sonstigen Informations- und Propagandamitteln (vgl. S. 115) zu verzeichnen war, hatte, zumindest theoretisch, jeder die Möglichkeit, sich ausführlich zu informieren. Die Stufe des "Bewertens",[1] bei der der Rezipient die Vor- und Nachteile einer Neuerung erwägt und sich entschließt, ob er der Neuerung aufgeschlossen oder negativ gegenüberstehen will, führte im Falle der Kernenergie-Diskussion bei großen Teilen des Publikums zu einer ablehnenden Einstellung gegenüber der Kernenergie. Der Protest wurde schließlich so vehement artikuliert, daß die Behörden gezwungen wurden, zunächst die beiden möglichen letzten Stufen des Adoptionsprozesses, nämlich das "Versuchen" und das "Übernehmen"[1] der Neuerung, auszusetzen. Diese Tatsache zeigt auch deutlich, daß es sich bei der Entscheidung großer Teile der Bevölkerung gegen die Kernenergie nicht um eine "Autoritätsentscheidung"[2] handelte, die von Behörden oder Autoritätspersonen getroffen wurde und der sich andere anschließen müssen; ganz im Gegenteil: es war eine freie Entscheidung vieler Einzelner, die sicherlich angeregt wurde durch die gemeinsame Gegnerschaft einer großen Anzahl von Gruppen, hauptsächlich der Bürgerinitiativen.

---

[1] Albrecht, H., Innovationsprozesse in der Landwirtschaft, Saarbrücken 1969.

[2] Rogers, E., F. Shoemaker, Communication of innovations: A cross-cultural approach, New York 1971.

Die Bürgerinitiativen spielten im Widerstand gegen die Kernenergie nicht nur die tragende Rolle bei der Organisation und der Finanzierung, sie stellten auch eindeutig die Meinungsführer in der Kernenergie-Kontroverse. Untersuchungen über die Einführung eines neuen Produktes stützen die Hypothese, daß die Mehrzahl der Rezipienten die Informationen darüber durch interpersonalen Kontakt erhalten.[1] Die Problematik bei der Einführung der Kernenergie-Nutzung ist wohl etwas anders gelagert; dennoch existieren hier viele Aspekte, die jeden einzelnen Bürger persönlich betreffen, so daß sicherlich einige Grundmuster übertragbar sind. Auch ausgehend von der Organisation und der Arbeitsweise der neu gegründeten Bürgerinitiativen gegen Kernkraftwerke ist der Schluß zulässig, daß ein großer Teil der Bevölkerung ihre Informationen über die Kernenergie hauptsächlich durch interpersonale Kontakte erhalten haben.

Die vermeintliche oder tatsächliche persönliche Betroffenheit jedes einzelnen trugen weiterhin dazu bei, daß die Kontroverse sich sehr schnell ausbreitete; denn wie sich in verschiedenen Studien gezeigt hat,[2] scheint weniger der "Nachrichtenwert" als die Relevanz und Bedeutsamkeit für den einzelnen für die Verbreitung eines Themas wichtig zu sein. Es finden sich bei bei persönlich bedeutsamen Nachrichten mehr "Kenner" der Materie und es werden mehr Versuche unter-

---

1 Arndt,J., A test of the two-step flow in diffusion of a new product, in: Journalism Quarterly, Vol. 45/1968, S. 457 - 465.

2 Adams,J., J. Mullen, H. Wilson, Diffusion of a minor foreign affair news event, in: Journalism Quarterly, Vol.46/1969 S. 545.

nommen, die Nachricht zu verifizieren und darüber zu diskutieren.[1] Die Hypothese der Kernenergie-Befürworter, daß eine große Energieknappheit drohe, wenn man nicht neue Kernkraftwerke baue, traf bisher nicht zu, d.h. das Problem der Energieknappheit konnte nicht als solches wahrgenommen werden; deshalb wurden auch die daraus resultierenden Folgerungen nicht akzeptiert.

Nachdem nun ein großer Teil der Bevölkerung das Thema Kernenergie wahrgenommen, aufgrund eines bestimmten persönlichen Interesses nähere Informationen dazu gesammelt und eine eher negative Einstellung dazu entwickelt hatte, war dem Thema der "Durchbruch" gelungen und es kam "in Mode". Über fast zwei Jahre hinweg wurde es zu einem wichtigen Teil der Berichterstattung in den Massenmedien und damit auch zu einem Objekt der öffentlichen Meinung.

Als das Thema Kernenergie schließlich im Gespräch war, versuchten alle, die irgendwie davon betroffen waren, die öffentliche Meinung in jeweils ihrem Sinne zu beeinflussen. Die Industrie und das Deutsche Atomforum, Parteien und Gewerkschaften, teilweise auch das Forschungsministerium und Einzelpolitiker, versuchten zu zeigen, wie wichtig die Nutzung der Kernspaltung für die Energiebereitstellung in den nächsten Jahrzehnten sein wird; die Bürgerinitiativen und Aktionsgruppen, der Bund Naturschutz sowie ebenfalls einige Parteigruppierungen und Einzelpolitiker bemühten sich, die Nachteile und Gefahren der Kernenergie-Nutzung deutlich zu machen.

---

[1] Hannemann,G., B. Greenbery, Relevance and diffusion of news of major events, in: Journalism Quarterly, Vol. 50/1973, S. 433.

Obwohl die Informationskampagnen der Kernenergie-Befürworter denen der Kernenergie-Gegner sowohl in der Ausnützung der vorhandenen Kanäle als auch in der finanziellen Größenordnung weit überlegen waren, gelang es keinem der an der Kontroverse beteiligten Kernenergie-Befürworter eindeutig, die Bedenken der Bevölkerung zu zerstreuen und die Tendenz pro Kernenergie entscheidend zu verstärken. Dies erscheint auf den ersten Blick um so verwunderlicher, als ein großes Maß von Engagement, Sachverstand, vor allem jedoch sehr viel Geld in die Propaganda für die Kernenergie investiert wurde. Eine einfache Reiz-Reaktions-Theorie hätte postuliert, daß sich zumindest ein Teil der Rezipienten die Argumente der Kernenergie-Befürworter zu eigen gemacht hätte. Bei der Eskalierung der Kontroverse um die Kernenergie zeigte sich jedoch ganz im Gegenteil eine ständig zunehmende Gegnerschaft; die Voreingenommenheit gegen die Kernenergie-Nutzung stieg an bis zur offenen Konfrontation bei den Demonstrationen in Brokdorf und Grohnde. Dieser Effekt legt die Vermutung nahe, daß ein einfaches Modell wie die Stimulus-Reaktions-Theorie nicht ausreicht, sondern durch Variablen ergänzt und modifiziert werden muß, welche psychologische und soziologische Prädispositionen berücksichtigen.

Bei der heutigen Reizüberflutung, vor allem von seiten der Massenmedien, ist jeder Rezipient gezwungen, gewisse Reize, die er verarbeiten will, auszuwählen, zu selektieren. Man teilt diesen gesamten Komplex der Selektionsmechanismen in drei Stufen ein: die selektive Exposition, die selektive Wahrnehmung und das selektive Gedächtnis. Alle drei Stufen spielen auch bei der Kernenergie-Kontroverse eine große Rolle.

"Menschen neigen dazu, sich nur solchen Aussagen zuzuwenden, die mit ihren Einstellungen übereinstimmen."[1]

---

[1] Lerg,W., Grundsätze der direkten Kommunikation, in: H.Dallmer,R. Thedens, (Hrsg.), Handbuch des Direct-Marketing, Wiesbaden/Darmstadt 1975, S. 118.

Im Falle der Kernenergie-Kontroverse heißt dies, daß Personen, die bereits eine negative Einstellung gegenüber der Kernenergie entwickelt haben, sich eher solchen Aussagen zuwenden, die die Gefährlichkeit der Kernenergie betonen und Aussagen vermeiden, welche die Notwendigkeit der Kernenergie-Nutzung in den Vordergrund stellen. Da das Thema Kernenergie bereits zweimal mit negativen Aspekten belastet war, nämlich einerseits dem Aspekt der Atombombe, der über Jahrzehnte hinweg große Bedeutung gehabt hatte und andererseits mit dem Problem Wyhl, bei dem sich in weiten Kreisen der Bevölkerung eine negative Einstellung gegenüber der Kernenergie herausgebildet hatte, war es nicht verwunderlich, daß viele Rezipienten bereits zu Beginn der eigentlichen Kontroverse eine gewisse negative Tendenz hatten und sich nunmehr hauptsächlich den Informationen zuwandten, die ihre Einstellung bestätigten, d.h. sich den Kernenergie-Gegnern zuwandten und die Gefährlichkeit der Kernenergie hoch einschätzten. Diese selektive Exposition bewirkte bereits eine gewisse Reduktion der Informationsflut für den einzelnen, d.h. die Vielzahl der Informationen, die von seiten der Kernenergie-Befürworter auf den Rezipienten zukam , wurde bereits insofern reduziert, als sich negativ Eingestellte der Mehrzahl dieser Informationen gar nicht mehr ernsthaft zuwandten, die die Notwendigkeit der Kernenergie betonten. Aus diesem bereits reduzierten Angebot an Informationen wurde durch selektive Wahrnehmung ein weiterer Teil herausgefiltert. Denn selbst von den Reizen, denen sich eine Person zuwendet, nimmt sie nicht alles bewußt wahr, d.h. "Menschen neigen dazu, nur solche Aussagen wahrzunehmen und zur Kenntnis zu nehmen, die mit ihren Einstellungen übereinstimmen."[1]

---

[1] Lerg,W., Grundsätze der direkten Kommunikation, a.a.O., S. 118.

Obwohl es bisher noch große Schwierigkeiten bereitet hat, dieses Auswahlverhalten fundiert zu erforschen, und die Forschungsergebnisse bisher nur teilweise experimentell überprüft sind, liegt es nahe, daß diese selektive Wahrnehmung auf den Verlauf der Kernenergie-Kontroverse entscheidenden Einfluß ausübte. Daß nicht nur Einzelpersonen diesem Selektionsmechanismus unterliegen, sondern auch z.B. Zeitschriften, läßt sich am Beispiel des "Spiegel" darstellen. Wie auf den Seiten 134 bis 138 dieser Untersuchung gezeigt wurde, spielen in der Berichterstattung des "Spiegel" über Fragen der Kernenergie-Nutzung einige Aspekte, wie Sicherheitsfragen, Unfälle, Abfallbeseitigung eine überragende Rolle. Andere Themenbereiche, wie etwa Exporte, Rohstoffversorgung, Strompreise oder Arbeitsplatzfragen finden dagegen im "Spiegel" relativ wenig Beachtung. Zieht man die sehr kritische Einstellung des "Spiegel" gegenüber der Kernenergie in Betracht, so wird deutlich, wie hier negative Aspekte gegenüber den positiveren bevorzugt herausselektiert wurden.

Das selektive Gedächtnis schließlich, d.h. die Tendenz, sich nur an solche Aussagen zu erinnern, die mit den eigenen bereits existierenden Einstellungen und Meinungen konsistent sind[1], bewirkte, daß bestimmte vorgefaßte Meinungen auch zur Kernenergie dadurch verstärkt wurden, daß Informationen, die nicht zu dieser Meinung paßten, schneller wieder vergessen, andere Informationen, die diese Meinung stützten, dagegen behalten wurden.

---

[1] vgl. Rogers, E., Mass media and interpersonal communication, in: W.Schramm, J. de Sola Pool, F.Frey, N. Maccoby, E. Parker, (Hrsg.), Handbook of communication, Chicago 1973, S. 292.

Man würde den Sachverhalt jedoch zu stark vereinfachen, wenn man annähme, daß Kernenergie-Gegner sich nur noch Informationen aussetzten und Aussagen wahrnahmen, welche gegen die Kernenergie gerichtet waren und umgekehrt Kernenergie-Befürworter nur noch Informationen rezipierten, welche die Kernenergie-Nutzung bejahten. Eine solche totale Selektion läßt sich sicherlich nicht erreichen und ist auch nicht erwünscht. Das heißt aber, daß jeder Kernenergie-Gegner auch der Propaganda der Kernenergie-Befürworter ausgesetzt war und umgekehrt. Hinzu kam die Menge der Indifferenten, die sich noch keine Meinung zum Thema gebildet hatten, und die deshalb der Beeinflußung durch die Massenkommunikation vergleichsweise offen gegenüberstanden.[1]

Wenn nun aber die Einstellung des einzelnen über das Selektionsverhalten einen so großen Einfluß auf den Verlauf der Kernenergie-Kontroverse ausübte, ist es besonders interessant, zu untersuchen, welche Faktoren die Bildung dieser Einstellungen verursacht haben.Es würde hier zu weit führen, auf die einzelnen Theorien der Einstellungsforschung detailliert einzugehen. Neben dem behavioristischen Ansatz, welcher Einstellung als "Reaktionskonsistenz auf eine spezifizierte Klasse von Stimuli und von sozialen Objekten"[2] definiert, beschreibt die mediative Sichtweise Einstellung als inneren Zustand, als geistige Bereitschaft, bestimmte Objekte zu bewerten und danach zu reagieren. Einstellung tritt nach dieser Definition als Vermittlungsfaktor zwischen Außenreiz, psychischen Ver-

---

[1] vgl. Klapper,J., Massenkommunikation - Einstellungskonstanz und Einstellungsänderung, a.a.O., S.49/50.

[2] Schmidt,H.D., E.J.Brunner,A.Schmidt-Mummendey, Soziale Einstellungen, München 1975, S. 18.

arbeitungsmechanismen und sichtbarem Verhalten auf und ist somit nur indirekt erschließbar.[1] In der vorliegenden Arbeit soll die Definition von Hovland verwendet werden, der Einstellungen als die "allgemeinen Orientierungen der Annäherung und Ablehnung"[2] bezeichnet. Zu den wichtigsten Faktoren bei der Bildung von Einstellungen gehören zweifellos persönliche Betroffenheit, Angst, Mißtrauen, die Einschätzung von Glaubwürdigkeit, Expertencharakter und Vertrauenswürdigkeit bestimmter Kommunikationspartner, die Selbsteinschätzung sowie eine ganze Anzahl soziologischer Faktoren. Es kann hier nicht sinnvoll sein, eine vollständige Aufzählung aller relevanter Aspekte zu bringen, deshalb werden nur solche Faktoren genannt, die in der Kernenergie-Kontroverse von Bedeutung waren. Während es nun auf den ersten Blick so erscheint, als würden die genannten Faktoren unmittelbar die Bildung von Einstellungen beeinflussen, ist es in Wirklichkeit wohl eher so, daß viele dieser Faktoren ein Problem umschreiben, das auf einer ganz anderen Kommunikationsebene abgehandelt wird, nämlich das Beziehungsproblem. "Jede Kommunikation hat einen Inhalts- und einen Beziehungsaspekt, derart, daß letzterer den ersteren bestimmt und daher eine Metakommunikation ist."[3] Eine Vermischung der beiden Stufen ist nicht möglich und würde un-

---

[1] vgl. auch Renn,O., Die Einstellung der Bevölkerung zur Kernenergie, a.a.O., S. 19.

[2] Hovland,C., Effects of the mass communication, in: G.Lindzey, Handbook of Social Psychology, Bd.II, Cambridge 1954, S. 7.

[3] Watzlawick,P., J.H.Beavin, D.D.Jackson, Menschliche Kommunikation, a.a.O., S. 56.

sinnige Resultate ergeben. Der Beziehungsaspekt, d.h. die Anweisung, wie der Sender seine Mitteilung vom Empfänger verstanden wissen will, hat in vielen Fällen mit dem Inhalt der Interaktion, d.h. der Information selbst, gar nichts zu tun. Allerdings werden Beziehungen dieser Art verhältnismäßig selten bewußt und ausdrücklich definiert. Eine solche Definition tritt normalerweise bei spontanen und "gesunden" Beziehungen stark in den Hintergrund, während "kranke", d.h. konfliktreiche Beziehungen "u.a. durch wechselseitiges Ringen um ihre Definition gekennzeichnet sind, wobei der Inhaltsaspekt fast völlig an Bedeutung verliert."[1]

Der eben beschriebene Effekt erscheint mir in der Kernenergie-Kontroverse besonders wichtig, da meiner Ansicht nach beim Thema Kernenergie eine ganze Reihe von gestörten Beziehungen zum Tragen kam, Beziehungen zwischen dem Bürger und den Politikern und Behörden oder zwischen dem Bürger und Vertretern der Wissenschaft. Die verschiedenen Konflikte mit den genannten Instanzen sind sehr vielfältig; die wichtigsten Aspekte wurden auf den Seiten 147 bis 150 beschrieben. Da Inhalts- und Beziehungsaspekt in der Kommunikation auf zwei verschiedenen Ebenen liegen, können Beziehungen nicht einfach mit Hilfe von Informationen verändert werden. Darin liegt wohl der entscheidende Grund, warum noch so teuere und raffinierte Informationskampagnen von seiten der Kernenergie-Befürworter ihr Ziel nicht erreichten, sondern eher eine zunehmende Verhärtung der Fronten bewirkten. Immer wenn auch unbewußt standen die gestörten Beziehungen im Vordergrund; nur mehr oder weniger zufällig wurden diese

---

[1] Watzlawick, P., J.H. Beavin, D.D. Jackson, Menschliche Kommunikation, a.a.O., S. 55.

Konflikte am Thema Kernenergie abgehandelt. Die öffentliche Diskussion trug also bei zur Aufarbeitung gestörter Beziehungen oder - in der Terminologie Luhmanns - zur Reduktion des politisch Möglichen.

Der hier besprochene Beziehungsaspekt spielt bei allen einstellungsbildenden Faktoren eine große Rolle. Ganz besonders stark tritt er in Erscheinung beim Problem der Glaubwürdigkeit eines Kommunikators. Wenn z.B. die Industrie behauptet, die Entsorgung der Kerntechnik sei bereits vollkommen gelöst, und wenige Jahre später erfährt die Öffentlichkeit nach und nach, daß dies in keiner Weise richtig ist, so hat die Industrie damit für die meisten Rezipienten ihre Glaubwürdigkeit auch auf allen anderen Sachgebieten verloren. Eine möglicherweise bereits vorher vorhandene kritische Einstellung gegenüber der Industrie hat sich durch eine solche Aussage verfestigt oder sogar verstärkt. Sie läßt sich durch Informationen von seiten der Industrie nicht mehr verändern. Dies ist umso folgenschwerer, als die Glaubwürdigkeit eines Kommunikators bei der Akzeptierung eines Stimulus durch das Publikum von besonderer Bedeutung ist.[1] Sie stellt einen Anreiz dar, der vom Kommunikator ausgeht und der den Rezipienten veranlassen kann, die dargebotenen Informationen anzunehmen. Negative Auswirkungen auf die Akzeptanz von Informationen kann u.a. auch die sichtbare Absicht sein, zu beeinflussen oder auch die offene Abhängigkeit des Kommunikators von anderen Instanzen, wie sie z.B. beim Problem des Sachverständigenwesens immer wieder auftritt. Hingegen wirken sich vermeintliche Objektivität, Autorität, Sachkenntnis und Vertrauenswürdigkeit des Kommunikators positiv auf die Annahme einer Information aus. Auch die mehrseitige Darstellung von Themen kann sehr wirksam sein; die Berücksichtigung auch konträrer Auffassungen und

---

[1] vgl. Naschold,F., Systemsteuerung. Einführung in die moderne politische Theorie, Stuttgart 1969, S.88.

ihre sachliche Behandlung verstärkt den Eindruck der Objektivität und trägt so zur Erhöhung der Glaubwürdigkeit einer Quelle bei.

Daß Erzeugung von Furcht beim Publikum in einem Kommunikationsprozeß eine entscheidende Rolle spielt, haben alle Beteiligten an der Kernenergie-Kontroverse erkannt und auszunützen versucht. Die Angst vor der großen Energieknappheit stand der Angst vor Unfällen und Krankheiten sowie vor Beeinträchtigung der persönlichen Lebensqualität gegenüber. Untersuchungen haben gezeigt, daß bei furchterregenden oder emotionalen Appellen das Angstniveau der Rezipienten sowie der Grad der erzeugten Furcht eine dominierende Bedeutung haben.[1] Es liegt auf der Hand, daß die Furcht vor einer Energieknappheit, mit der bereits jahrelang gedroht wurde und die bisher nie eintrat, ja nicht einmal Anzeichen dafür, zurücktritt hinter der Furcht, von unsichtbaren radioaktiven Strahlen getötet zu werden oder durch einen schrecklichen Reaktorunfall umzukommen, zumal diese Ereignisse als ständige Bedrohung empfunden werden und subjektiv gesehen keines Beweises bedürfen. Der objektive Wahrheitsgehalt solcher Befürchtungen spielt dabei keine Rolle, da hier die emotionale Seite stark überwiegt.

---

[1] Leventhal,H., Findings and theory in the study of fear communications, in: L.Berkowitz (Hrsg.), Advances in experimental social psychology, Vol. 5, New York 1970, S. 135, vgl. auch Janis/Feshbach, Effects of fear-arousing communications, in: Journal of abnormal and social psychology, 1953.

Die Situation in der Kernenergie-Kontroverse läßt sich in gewisser Weise mit der eines Wahlkampfes vergleichen. In beiden Fällen wird versucht, Selektionsmechanismen zeitweise auszuschalten und so eine wirksamere Beeinflussung zu ermöglichen.[1] Dies kann z.B. auch durch Schock- oder Überraschungseffekte geschehen, d.h. zufällige Konfrontationen mit nicht erwarteten Informationen, wie etwa Nachrichten über Kernkraftwerks-Unfälle oder aber durch das Entwenden und Veröffentlichen von bisher geheimgehaltenen Katastrophenschutzplänen. Die Ähnlichkeit mit einem Wahlkampf bewirkt allerdings auch einen Zugewinn an Information für den einzelnen, der durch die Häufung von Propaganda der unterschiedlichsten Richtungen erfolgt. Wird in einigen Untersuchungen von einem unbewußten Informationszugewinn gesprochen, so stellen andere eine bewußte Informationssuche zuvor Desinteressierter fest, deren Interesse durch neugewonnenes Wissen und neugewonnene Information anwächst.[2] Zwar ist das Nichtbescheidwissen bei einem so schwierigen Thema wie der Kernenergie-Nutzung sehr verbreitet und wird allgemein auch nicht als Mangel angesehen, erreicht trotzdem das Interesse der Bevölkerung ein hohes Ausmaß, weil die angekündigten Folgen sehr weit in die private Sphäre hineinreichen; die persönliche Betroffenheit ist groß.[3]

---

[1] vgl. Arnim,G.von, Der Einfluß von Massenmedien auf politisches Verhalten, Diss. vom 31.1.1972, Hamburg 1972; und Nimmo,D., The political persuaders, Englewood Cliffs 1970.

[2] Arnim, G.von, Der Einfluß von Massenmedien auf politisches Verhalten, a.a.O., S. 141/142 zitiert nach J.Hackforth, Massenmedien und ihre Wirkungen, a.a.O.

[3] vgl. Sears,D., R.Withney, Political persuasion, in: W. Schramm,J.de Sola Pool, F.Frey, N.Maccoby, E. Parker, (Hrsg.), Handbook of communication, Chicago 1973, S. 258.

Verschiedene Kommunikatoren haben diese persönliche Betroffenheit ausgenützt und ganz gezielt Emotionen bis hin zu latenten Todesängsten beim Publikum erzeugt, wie es bereits früher z.B. in amerikanischen Wahlkämpfen üblich war.[1]

Art und Ausmaß der Prädispositionen hängen nicht nur vom Beziehungsaspekt, der Glaubwürdigkeit des Kommunikators, dem Mitwirken von Emotionen, sondern auch vom Selbstverständnis des einzelnen Rezipienten ab. Aufgrund neuerer Forschungen[2] kann man heutzutage davon ausgehen,daß das Publikum nicht nur passiv einer Flut von Informationen ausgesetzt ist, sondern daß der einzelne Rezipient das Informationsangebot aktiv benützt, je nach seinem Bewußtseinsstand und seinen psychischen Vorbedingungen (Nutzenansatz). Das intentionale Verhalten des Publikums steht hier im Vordergrund gegenüber der rein reaktiven Rezeption.[3] So wollen z.B. die meisten Leute

---

[1] Nimmo,D., The political persuaders, a.a.O., S. 150.

[2] vgl. Renckstorf,K., Alternative Ansätze der Massenkommunikationsforschung: Wirkungs- vs.Nutzenansatz, in: Rundfunk und Fernsehen, Heft 2-3/1973, S. 190;

Koszyk,K., Wirkungen der Massenkommunikation, Ergebnisse und Kritik einer Forschungsrichtung, in: Beilage zum Parlament, Nr. 39/1972, S.11;
Bledjian,F., C.Stosberg, Analyse der Massenkommunikation: Wirkungen, Düsseldorf 1972, S. 62.

[3] Hovland, C., Effects of the mass communication, a.a.O.

nicht, daß man von ihnen annimmt, sie seien nicht gewillt, auch die andere Seite eines Arguments zu hören. Dies hat sicherlich Rückwirkungen auf das Selektionsverhalten. Weitere Faktoren beim Rezipienten sind zweifellos seine Intelligenz, seine Beteiligung, seine Selbsteinschätzung, sein Selbstvertrauen. Aufgrund dieser und anderer Voraussetzungen muß nicht nur das Reiz-Reaktions-Muster der Kommunikation, sondern die Definition und Interpretation der Daten durch den Rezipienten berücksichtigt werden. Er ist nicht passiver Empfänger, sondern aktiver Kommunikationspartner. Folglich ist die "Disposition des Publikums für die Wirkung der Massenmedien"[1] entscheidend. Damit zeigt sich, daß die "Wirkung der Massenmedien mehr durch die Eigenschaften des Publikums als durch den Inhalt der Medien bestimmt"[2] wird. Damit schließt sich der Kreis; wieder ist man bei der Erkenntnis angelangt, daß weniger die Inhalte als die Eigenschaften des Publikums, oder anders gesagt, die Beziehungen des Publikums zum Kommunikator, für den Ablauf eines Kommunikationsprozesses entscheidend sind. Will man also Einstellungen verändern, so gilt es, nicht nur Inhalte zu vermitteln, sondern man muß darauf bedacht sein, die Eigenschaften und damit die Beziehungsstrukturen des Publikums zu verändern.

Sind schließlich bereits gebildete Meinungen und Einstellungen vorhanden, versucht der Rezipient, innerhalt und zwischen seinen Einstellungen und zwischen seinen Einstellungen und seinem Verhalten Konsistenz herzustellen.[3] Er kann dies auf

---

[1] Noelle-Neumann,E., W.Schulz (Hrsg.), Lexikon: Publizistik, Frankfurt 1971, S. 318.

[2] ebenda,S.317,Zitat von Berelson,B.,G.A.Steiner, Human Behavior.An inventory of scientific findings.New York/ Burlingame 1964.

[3] Bledjian,F.,C.Stosberg, Analyse der Massenkommunikation: Wirkungen, a.a.O.,S.81.

die verschiedenste Art und Weise erreichen, z.B. durch selektive Zuwendung zu Informationen oder durch eine Modifizierung seiner Einstellung gegenüber den vermittelten Inhalten oder dem Kommunikator. So kann ein Kernenergie-Gegner etwa die Abnahme der fossilen Energieträger als Tatsache gar nicht zur Kenntnis nehmen, er kann die Glaubwürdigkeit desjenigen bezweifeln, der ihm diese Tatsache übermittelt, er kann andere Lösungsmöglichkeiten als den vermehrten Bau von Kernkraftwerken empfehlen oder aber er könnte auch seine ablehnende Haltung gegenüber der Kernenergie-Nutzung ändern. Diese letztgenannte Möglichkeit wird jedoch recht selten auftreten aus einer Reihe von Gründen, die soeben behandelt wurden, z.B. aus Angst oder aus einer gestörten Beziehung zum Kommunikator. Rosenberg und Abelson postulierten, daß jede Person zum Ausgleich der auftretenden Dissonanzen und zum Herstellen eines homöostatischen Zustands die Möglichkeit wählen werde, die am mühelosesten erscheint.[1] Es werden also nicht alle einzelnen motivationalen Faktoren betrachtet, sondern nur der Antrieb nach einer Maximierung des potentiellen Nutzens bzw. nach Minimierung des potentiellen Schadens. So läßt sich ein "multi-kognitiver"[2] Einstellungsansatz innerhalb der Dissonanztheorie umgehen, der nahezu unüberwindliche Schwierigkeiten bei der vollständigen Erfassung und Operationalisierung der einzelnen Variablen mit sich bringen würde. Obwohl bisher relativ

---

[1] Rosenberg,M.,R.Abelson, An analysis of cognitive balancing, in: C.Hovland,M.Rosenberg, (Hrsg.), Attitude organisation and change, New Haven-London 1960, S. 112-163.

[2] Donohew,L., P.Palmgreen, A reappraisal of dissonance and the selective exposure hypothesis, in: Journalism Quarterly, Vol. 48/1971, S. 412 ff.

wenige genaue Untersuchungen zur Dissonanztheorie vorliegen und trotz der genannten Schwierigkeiten bei der Kontrolle der einzelnen Variablen kann dieser Ansatz bei der Erklärung einzelner Phänomene -auch bei der Kernenergie-Kontroverse- gute Dienste leisten. Er stellt auch eine enge Verbindung zum Nutzenansatz her, denn auch bei seiner Betrachtungsweise des Rezipientenverhaltens steht der Aspekt der aktiven Auswahl und Nutzung des Informationsangebotes im Vordergrund, diesmal eben nach Kriterien der Herstellung eines kognitiven Gleichgewichts.

Die bisher behandelten Faktoren, die den Verlauf der Kernenergie-Kontroverse beeinflußten, sind rein psychologischer Art, sie allein reichen zur Erklärung aller Phänomene nicht aus. Sie werden ergänzt durch eine Reihe soziologischer intervenierender Variablen, welche die Verankerung des Individuums im sozialen Beziehungsgeflecht berücksichtigen. Denn der Rezipient versucht nicht nur innerhalb der eigenen kognitiven Struktur einen homöostatischen Zustand herzustellen, sondern er sucht auch ein Gleichgewicht mit den sozialen Gruppen, in die er eingebunden ist.

Den weitaus größten Einfluß auf Gruppenebene haben in der Kernenergie-Kontroverse die Bürgerinitiativen. Es handelt sich hier um frei gewählte Bezugsgruppen, deren Homogenität sehr groß ist, bedingt insbesondere durch die Entstehungsgeschichte und die gemeinsame Zielsetzung. Da sich lange Zeit weder Parteien noch Gewerkschaften noch andere politisch relevanten Gruppen des Themas Kernenergie annahmen, suchten und fanden diejenigen, die sich innerhalb dieses Bereichs engagierten, zunächst keine Bezugsgruppe, die ihre Meinung im politischen Leben vertrat. Daraus resultierte die zunehmende Bildung neuer Bürgerinitiativen, mit der sich Gleichgesinnte einen Bezugsrahmen für ihre Meinungen und Einstellungen schufen. Da jede Bezugsgruppe wiederum ab-

hängig ist von den komplexen sozialen Strukturen der Gesellschaft, eine institutionelle Absicherung hier aber nicht gegeben war, erhielt die öffentliche Meinung eine ganz überragende Funktion. In ihr konnten sich die Werte, Meinungen und Normen der einzelnen Gruppen manifestieren, was sich in der baldigen Polarisierung der Kernenergie-Diskussion zeigte. Eckhardt und Hendershot[1] stellten hierzu die Hypothese auf, daß Individuen, deren Verhalten im Einklang mit der öffentlichen Meinung steht, ein eventuell auftretendes Ungleichgewicht zwischen ihrer kognitiven Struktur und ihrem Verhalten mit Hilfe dieser öffentlichen Meinung reduzieren können.

Zusätzlich hat die öffentliche Meinung eine sehr starke Möglichkeit der Einflußnahme, da sie sich in den Massenmedien niederschlägt und damit praktisch jeden Rezipienten erreicht. Zwar werden je nach sozialer Schicht unterschiedliche Massenmedien zur Meinungsbildung herangezogen -so lesen etwa sehr viele Arbeiter die Bild-Zeitung, die eindeutig den Ausbau der Kernenergie-Nutzung befürwortet, Akademiker, die politisch fortschrittlich denken, bevorzugen dagegen z.B. den "Spiegel", der wiederum sehr kritisch gegenüber der Kernenergie eingestellt ist- / wichtige Ereignisse jedoch wie den Aufstand in Wyhl oder die Vorgänge in Brokdorf, Grohnde und Kalkar werden von allen Medien vermittelt und können so das Meinungsbild beeinflussen. Eine besondere Rolle spielt hier das Fernsehen. Nicht nur seine hohe Glaubwürdigkeit als Medium, vor allem auch seine Wichtigkeit als Infor-

---

[1] Eckhardt,K., G.Hendershot, Dissonance-congruence and the perception of public opinion, in: American Journal of Sociology, Vol. 73/1967, S. 226 - 234.

mationsquelle[1] prädestinieren es zur Informationsverbreitung und damit zur Bildung oder Verfestigung von Meinungen und Einstellungen[2]. Insbesondere zu Beginn der Kernenergie-Kontroverse, als erst wenige Personen sich zu diesem Thema Gedanken gemacht hatten, eröffnete es Perspektiven, die dem Rezipienten neu waren; damit stiegen seine Chancen der Einflußnahme[3]. Der Faktor der öffentlichen Meinung verursacht -wie neuere Theorien nahelegen- noch einen weiteren Effekt, den der sog. "Schweigespirale": "Wer glaube, die Mehrheit -oder wenigstens den Trend- für sich zu haben, exponiere sich eher; wer glaube, daß seine Meinung nur von einer Minderheit geteilt werde oder aber von zunehmend weniger Menschen, halte sich in der Öffentlichkeit eher zurück"[4].

---

1 vgl. Scholz,E., Die Wirkung des Fernsehens als Informationsquelle und die sich daraus für die Tagespresse ergebenden Rückschlüsse, in Zeitungs-Verlag und Zeitschriften-Verlag, Nr. 16 - 17/1969, S.644 - 646;
Drescher,S., Zur Wirkung des Fernsehens als Informationsquelle über das Welt- und Tagesgeschehen, in FFF-Courier Archiv Dokumentation vom 21.1.1969, S. 1-15.

2 Klapper,J., Massenkommunikation - Einstellungskonstanz und Einstellungsänderung, a.a.O., S. 49/50.

3 Arnim,G. von, Der Einfluß von Massenmedien auf politisches Verhalten, a.a.O., S. 157.

4 Noelle-Neumann,E., Kumulation, Konsonanz und Öffentlichkeitseffekt. Ein neuer Ansatz zur Analyse der Wirkung der Massenmedien, in: Publizistik, Heft 1/1973,S.49.

Eindeutige empirische Befunde liegen zu dieser Hypothese bisher nicht vor, dennoch läßt sich damit erklären, daß mit dem zunehmenden Bekanntwerden von Argumenten gegen die Nutzung der Kernenergie auch die Bereitschaft der Bürger stieg, sich solchen Argumenten anzuschließen und sich aktiv dafür einzusetzen, zumal man durch verschiedene andere Faktoren sowieso schon motiviert war. Noelle-Neumann faßt den Begriff der "öffentlichen Meinung" zusammen als die "herrschende Meinung..., die zu ihrer Beachtung in Verhalten und Handeln zwingt, indem sie den Zuwiderhandelnden mit Isolation (den Politiker mit Verlust der Unterstützung der Popularität) bedroht."[1]

Aus der Dissonanztheorie ergibt sich, daß sich Anhänger einer Partei der Meinung dieser Partei zum Thema Kernenergie anschließen würden, um Dissonanzen zu vermeiden. Da sich jedoch die Parteien erst sehr spät in die Kontroverse um die Kernenergie einschalteten, war eine Orientierung in diesem Sinne zunächst nicht möglich. Neben den Bürgerinitiativen als Bezugsgruppen waren deshalb persönliche Beziehungen und Meinungsführer von besonderer Bedeutung. Hier liegen auch die Hauptgründe für Meinungsveränderungen. Das Gebiet der Meinungsverstärkung und Wissensveränderung wird nämlich vornehmlich den massenmedialen Kanälen zugeordnet, während die Einstellungen und ihre Veränderung den interpersonalen Kanälen zugeschrieben wird. "Indirekte Kommunikation verändert Wissen quantitativ, direkte Kommunikation verändert Wissen qualitativ."[2]

---

[1] Noelle-Neumann,E., Die Schweigespirale, in: E.Forsthoff/ R.Hörstel,(Hrsg.),Standorte im Zeitstrom. Festschrift für Arnold Gehlen zum 70. Geburtstag. 1974.

[2] Lerg,W., Grundzüge der direkten Kommunikation, a.a.O., S. 118.

Unbestritten ist, daß die Massenmedien die Hauptinformationsquelle für den einzelnen sind.[1] Ähnlich wie in Wahlkämpfen kann man jedoch auch bei der Kernenergie-Kontroverse davon ausgehen, daß kaum Änderungen des Verhaltens aufgrund der Berichte in den Massenmedien stattfinden.[2] Änderungen finden hauptsächlich aufgrund von persönlichen Einflüssen statt. Die Protagonisten bei der Kernenergie-Kontroverse -insbesondere die Kernenergie-Gegner- waren jedoch nicht Politiker, die nahezu institutionalisiert sind, sondern es waren im allgemeinen Personen "wie du und ich", mit denen man sich identifizieren konnte. Dies kommt wohl einem persönlichen Einfluß sehr nahe. Trotzdem kann man sagen, daß die Bedeutung von Personen in der Kernenergie-Kontroverse bei weitem nicht so groß war wie z.B. in amerikanischen Wahlkämpfen.

Betrachtet und vergleicht man die Kanäle, auf denen Befürworter und Gegner der Kernenergie-Nutzung ihre Informationen übermittelten, so zeigt sich, daß die Befürworter, die ja im allgemeinen mehr Geld und Macht besaßen, die Kanäle der Massenmedien viel häufiger benützen konnten als die Gegner, welche weitgehend auf interpersonale Kommunikationsformen beschränkt bleiben. (vgl. S. 115). Dies stellt sich jedoch alsbald als Vorteil heraus, eben weil die interpersonale Kommunikation zum Ändern von Meinungen und Einstellungen besser geeignet ist als die einseitige Massenkommunikation. Das Bundesministerium für Forschung und Technologie erkannte diesen Vorteil früh und richtete seinen "Bürgerdialog Kernenergie" zum großen Teil auf interpersonale Kommunikationsformen wie Diskussionen, Seminare und Gespräche aus.

---

[1] Hackforth,J., Massenmedien und ihre Wirkungen, a.a.O., S. 170.

[2] ebenda, S. 169.

Besondere Berücksichtigung verdienen die Meinungsführer. Die von Meyn [1] genannte Zahl, daß 25% der erwachsenen Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland als Meinungsführer bezeichnet werden können, erscheint mir im Falle des Themas Kernenergie zu hoch gegriffen. Naheliegend erscheint jedoch, daß für ein so spezielles und fachlich anspruchsvolles Thema auch spezielle (monomorphe) Meinungsführer zuständig sein werden[2], also nicht wie üblich, Lehrer, Pfarrer, Arzt. Die Meinungsführer bei der Kernenergie-Kontroverse rekrutierten sich hauptsächlich aus den Bürgerinitiativen und den Naturschutzverbänden, erst spät nahmen sich auch Politiker des Themas an. Da jedoch auch die Meinungsführer im Prinzip den bisher geschilderten Mechanismen der Meinungs- und Einstellungsbildung unterliegen, unterschied sich ihre Meinung nicht grundsätzlich von der anderer Rezipienten, sie wurde allenfalls vehementer vertreten und aktiver verbreitet.

Abschließend soll noch ein Aspekt aufgegriffen werden, der -von Luhmann bereits angedeutet- in der Kernenergie-Kontroverse eine große Rolle spielt: die "Moralisierung der Kommunikation"[3]. Es handelt sich dabei um eine Art der Manipulation, bei welcher einzelnen Kommunikationspartnern eine Verknüpfung ihrer Meinung mit moralischen Wertmaßstäben aufgedrängt wird. "Der Adressat einer solchen Kommunikation findet sich einer ihm **implizit zugemuteten** Rolle gegenüber, die seinen Selbstwert an bestimmte Meinungen bindet, und unangenehmer noch: Er findet in dieser Zumutung bereits ein moralisches Engagement seines

---

[1] Meyn,H., Die Wirkungen der Massenmedien, in T.Högy,H.Weiß, (Hrsg.), Wirkungen von Massenmedien,Frankfurt 1974,S. 85.

[2] Lerg,W., Grundsätze der direkten Kommunikation, a.a.O., S. 121 ff.

[3] Luhmann,N.,Öffentliche Meinung, a.a.O., S. 33.

Gegenübers vor, das zu diskreditieren ihm Takt, Umsicht oder Ruhebedürfnis verbieten."[1] Diese Moralisierung fand in der behandelten Kontroverse auf beiden Seiten statt: Gegner der Kernenergie wurden verschrien als Linksextreme, als Feinde der Freiheit oder gar als Terroristen, Befürworter mußten sich gegen den Vorwurf wehren, sie seien Erfüllungsgehilfen der industriellen Gewinninteressen oder Vorreiter einer militärischen Anwendung der Kernenergie. Es liegt auf der Hand, daß solche Anschuldigungen nicht gerade zur Versachlichung der Diskussion beitrugen, sondern die Polarisierung zwischen den beiden Fronten verschärften.

Erst als das Thema Kernenergie in der Bevölkerung bereits sehr ausführlich und kontrovers diskutiert wurde, begannen sich Parteien, Gewerkschaften und Parlamente in die Diskussion einzuschalten. Damit begann der Prozeß der Institutionalisierung des Themas Kernenergie. Einzelne Themenkreise traten in den Vordergrund und wurden in die politische Entscheidungsfindung aufgenommen. Parteitage und Parlamentsdebatten befaßten sich mit diesen Themen. Aber nahezu proportional zur Adoption des Themas durch Institutionen des politischen Lebens nahm das Interesse der breiten Bevölkerung ab. Trotz einer aufsehenerregenden Serie von Störfällen in mehreren großen deutschen Kernkraftwerken nahm auch die Zeitungsberichterstattung nach dem Höhepunkt Anfang 1977 wieder ab; die öffentliche Empörung, die noch ein Jahr zuvor auf solche Störfälle hin unweigerlich losgebrochen wäre, blieb aus. Dies mag vor allem auch eine Zeitfrage sein, denn nach zweijähriger intensivster Kontroverse unter voller Beteiligung der Massenmedien waren Ermüdungserscheinungen sicherlich zu erwarten. Hinzu kommt, daß nun, da sich die klassischen Partizipationsinstanzen des Themas angenommen hatten, nicht mehr die dringende Notwendigkeit bestand, außerhalb dieser Instanzen Aktionen

---

[1] ebenda.

zu unternehmen und Aufmerksamkeit zu sammeln. Allmählich wurde das Thema auch durch konkurrierende Neuigkeiten verdrängt.

Da zunächst keine der großen politischen Parteien zum Thema Kernenergie ein Programm hatte, begann sich der Trend abzuzeichnen, daß Parteineugründungen in diese Lücke stoßen würden. Die auf diese Weise entstandenen "grünen Listen", die sich gegen die Kernenergie-Nutzung aussprachen, konnten 1977 auf Landesebene bei Wahlen unerwartet hohe Erfolge erzielen. Insbesondere viele bisherige FDP-Wähler waren zu den "grünen Listen" übergewechselt. Kommunikationstheoretisch stellt dieser Vorgang eine Art der Dissonanzreduktion dar: viele Wähler sahen ihre Skepsis gegenüber der Kernenergie im Programm der favorisierten FDP nicht vertreten. Da offenbar dieses Thema eine hohe Priorität besaß, mußte zur Wiederherstellung des kognitiven Gleichgewichts die Partei gewechselt werden.

Abschließend läßt sich die Prognose stellen, daß das Thema Kernenergie zwar noch einige Zeit weiterleben wird, da viele Fragen noch aktuell sind und die Probleme bei weitem nicht geklärt, daß aber die große Auseinandersetzung vorüber ist. Das Thema hat für die öffentliche Meinung seine Anziehungskraft verloren und ist weitgehend nur noch eine "zeremonielle Größe".

Diese Zusammenfassung, in welcher der Verlauf der Kernenergie-Kontroverse aus vielen einzelnen Theorien und Ansätzen erklärt wurde, zeigt, daß bei der heutigen noch sehr unbefriedigenden Situation der Kommunikationsforschung, insbesondere der Wirkungsforschung, viel getan werden müßte, um eine konsistente Theorie zu entwickeln, in der die Vielzahl der Variablen operationalisiert und berücksichtigt wird.

Trotzdem helfen eine Reihe von Ansätzen, entscheidende Grundlagen für die Lebensgeschichte eines Themas wie das der Kernenergie herauszufinden. Luhmann gebührt allerdings das Verdienst, mit seinem Ansatz ganz unabhängig von einzelnen Theorien und realen Gegebenheiten eine Übersicht gegeben zu haben, welche ohne Rücksicht auf themenspezifische Aspekte die Lebensgeschichte von Themen der öffentlichen Meinung beschreibt.

A N H A N G

Kategorienschema der Presseanalyse

1. Textmaterial
   - 1.1. Süddeutsche Zeitung
   - 1.2. Frankfurter Allgemeine Zeitung
   - 1.3. Der Spiegel
   - 1.4. Die Zeit
2. Datum
   - 2.1. 1974
   - 2.2. 1975
   - 2.3. 1976
   - 2.4. 1977
   - 2.5. 1978
3. Produzent
   - 3.1. Individueller Autor oder Zeitung
   - 3.2. dpa
   - 3.3. AP
   - 3.4. ddp
   - 3.5. Reuter
   - 3.6. upi
   - 3.7. Verschiedene
4. Umfang
   - 4.1. kurz (bis 1/2 Spalte)
   - 4.2. mittel (bis 1 Spalte)
   - 4.3. lang (bis 3 Spalten)
   - 4.4. umfangreich (über 3 Spalten oder 2 Magazinseiten)
5. Form
   - 5.1. Nachricht
   - 5.2. Reportage
   - 5.3. Interview
   - 5.4. Kommentar
   - 5.5. Bericht
   - 5.6. Leserbrief

6. Anlaß
   6.1. Planung eines Kernkraftwerkes
   6.2. Genehmigungsverfahren
   6.3. Inbetriebnahme eines Kernkraftwerkes
   6.4. Proteste gegen Kernkraftwerke
   6.5. Gerichtliche Entscheidung
   6.6. Politische Stellungnahme zur Kernenergie
   6.7. Parlamentsdebatten oder Hearings
   6.8. Unfälle in Zusammenhang mit Kernkraftwerken
   6.9. Wirtschaftliche Fragen
   6.10. Zweifel an der Sicherheit kerntechnischer Anlagen
   6.11. Atommüll-Beseitigung
   6.12. Ausland
7. Präferenzen
   7.1. pro Kernenergie
   7.2. pro Kernenergie mit Einschränkungen
   7.3. neutral
   7.4. contra Kernenergie mit Einschränkungen
   7.5. contra Kernenergie
8. Angeführte Personen oder Organisationen
   8.1. Industrie und Kernforschungszentren
   8.2. Deutsches Atomforum
   8.3. Kernenergie-Gegner und Bürgerinitiativen
   8.4. Bundesministerium für Forschung und Technologie
   8.5. andere Politiker
   8.6. Gewerkschaften
   8.7. Kirchen
   8.8. Gerichte
   8.9. Wissenschaftler und Fachleute
   8.10. Atomenergiekommissionen
   8.11. sonstige Behörden

9. Angeführte Problemkreise
   - 9.1. Genehmigung kerntechnischer Anlagen
   - 9.2. Energiepolitik, Energiewirtschaft
   - 9.3. Sicherheit kerntechnischer Anlagen
   - 9.4. Umweltschutz
   - 9.5. Radioaktivität
   - 9.6. radioaktive Abfälle, Entsorgung
   - 9.7. Standort
   - 9.8. Alternativenergien, Energiesparmaßnahmen
   - 9.9. Atombomben
   - 9.10. Export kerntechnischer Anlagen
   - 9.11. Reaktortechnologie
   - 9.12. Unfälle bei Kernkraftwerken
   - 9.13. Atomfurcht
   - 9.14. Uranversorgung
   - 9.15. Strompreis
   - 9.16. Arbeitsplätze
   - 9.17. "Atomstaat"

10. Angeführte Forderungen
   - 10.1. Bessere Information der Öffentlichkeit
   - 10.2. Verbesserung des Genehmigungsverfahrens
   - 10.3. Höhere Sicherheit von Kernkraftwerken
   - 10.4. Verbesserung des Gutachterwesens
   - 10.5. Überprüfung des Wachstumspostulats
   - 10.6. Bessere Erforschung der Wirkungen der Radioaktivität
   - 10.7. Verbesserung des Strahlenschutzes
   - 10.8. Baustop für ein Kernkraftwerk
   - 10.9. Einsparung von Energie, Nutzung von alternativen Energiequellen
   - 10.10. Internationale Kontrollen über Verwendung von Kernbrennstoffen
   - 10.11. Mehr Partizipationsmöglichkeiten
   - 10.12. Ausbau der Kernenergie-Nutzung

Literaturverzeichnis

Adams,J., J.Mullen, H.Wilson, Diffusion of a minor foreign affair news event, in: Journalism Quarterly, Vol. 46/1969 S. 545

Albrecht,H., Innovationsprozesse in der Landwirtschaft, Saarbrücken 1969

Arbeitsgruppe "Wiederaufbereitung" an der Universität Bremen, Atommüll oder Der Abschied von einem teuren Traum, Hamburg 1977

Arndt,J., A test of the two-step flow in diffusion of a new product, in: Journalism Quarterly, Vol.45/1968, S. 457-465

Arnim,G.von, Der Einfluß von Massenmedien auf politisches Verhalten, Diss. vom 31.1.1972, Hamburg 1972

Balke,S., Kernkraftwerke und Industrie, Deutsches Atomforum (Hrsg.), Bonn 1966

Battelle-Institut e.V., Einstellung und Verhalten der Bevölkerung gegenüber verschiedenen Energiegewinnungsarten, Bericht für das Bundesministerium für Forschung und Technologie, Bd.1: Bericht, Bonn 1977

Battelle-Institut e.V., Einstellung und Verhalten der Bevölkerung gegenüber verschiedenen Energiegewinnungsarten, Bericht für das Bundesministerium für Forschung und Technologie, Bd.2: Materialien, Bonn 1977

Bayerisches Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen (Hrsg.), Unsere Umwelt, München 1971

Bermbach,U.,Bürgerinitiativen - Instrumente direkter Demokratie?, Kongreß der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaften, Manuskript, Hamburg 1973

Bessler,H., Aussagenanalyse, Bielefeld 1970

Bilstein,H., Zur Soziologie der politischen Parteien, in: Gegenwartskunde, H.10, 1970, S. 179

Bledjian,F., C.Stosberg, Analyse der Massenkommunikation: Wirkungen, Düsseldorf 1972

Buiren,S.van, et al., Bürgerinitiativen im Bereich von Kernkraftwerken, Bundesministerium für Forschung und Technologie (Hrsg.), Bonn 1975

Bundesminister für Forschung und Technologie, Die öffentliche Diskussion um die friedliche Nutzung der Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland un die Informations- und Diskussionskampagne der Bundesregierung, Bonn 1977

Bund Umwelt- und Naturschutz Deutschland e.V., Energie-Fibel, Bonn 1977

Catton,W.R.jr., Massenmedien als Ursache von Wirkungen: Bericht über den Stand der Forschung, in: J.Aufermann/ H.Bohrmann/R.Sülzer (Hrsg.), Gesellschaftliche Kommunikation und Information, Bd.1, Frankfurt 1973

CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), Wachstum, Beschäftigung, Energie; Materialien zum Kongreß "Energie und Umwelt", Bonn 1977

Christlich Demokratische Union Deutschlands (Hrsg.), Diskussionsrahmen und Thesen zum Kongreß "Energie und Umwelt", der CDU, Hannover 1977

Dahl,J., Auf Gedeih und Verderb, Zur Metaphysik der Atomenergie-Erzeugung, in: Scheidewege 2 (1975) S. 1

Darlegung und Begründung des Projektes zur Errichtung eines Kernkraftwerkes im Verbund mit der Antragstellerin in Ludwigshafen, Juni 1969

Der Bundesminister für Forschung und Technologie (Hrsg.), Bürgerdialog Kernenergie, Informationsbrief, Bonn 1977

Der Bundesminister für Forschung und Technologie (Hrsg.), Faktenbericht 1977 zum Bundesbericht Forschung, Bonn 1977

Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.), Forschungsbericht (IV) der Bundesregierung, Bonn 1972

Der Bundesminister für Forschung und Technologie (Hrsg.), Forschung für eine moderne Volkswirtschaft und zur Verbesserung der Lebensverhältnisse, Eine Leistungsbilanz, Bonn 1977

Der Bundesminister für Forschung und Technologie (Hrsg.), Forschung und Technologie 1974, Jahresbericht des BMFT, Bonn 1975

Der Bundesminister für Forschung und Technologie (Hrsg.), Fünfter Forschungsbericht der Bundesregierung, Bonn 1975

Der Bundesminister für Forschung und Technologie (Hrsg.), Kernenergie, Eine Bürgerinformation, Bonn 1975

Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.), Kernenergie, Projekt Schneller Brüter, Genf, 1971

Der Bundesminister für Forschung und Technologie (Hrsg.), Öffentliche Diskussion: Kernenergie und ihre Alternativen, Veranstaltungskalender des BMFT für '77, Bonn 1977

Der Bundesminister für Forschung und Technologie (Hrsg.), Programm Energieforschung und Energietechnologien 1977-1980, Bonn 1977

Der Bundesminister für Forschung und Technologie (Hrsg.), Programm Technologien zur Nutzung der Sonnenenergie 1977-1980, Bonn 1977

Der Bundesminister für Forschung und Technologie (Hrsg.), Rahmenprogramm Energieforschung 1974-1977, Bonn 1975

Der Bundesminister für Forschung und Technologie (Hrsg.), Viertes Atomprogramm der Bundesrepublik Deutschland für die Jahre 1973 bis 1976, Bonn 1973

Der Bundesminister für Forschung und Technologie (Hrsg.), Zur friedlichen Nutzung der Kernenergie, Eine Dokumentation der Bundesregierung, Bonn 1977

Deutscher Gewerkschaftsbund, Die Wahrscheinlichkeit der Gefahren auf ein Minimum verringern, in: ÖTV-Magazin, 5 (1977), S. 8

Deutsches Atomforum (Hrsg.), Energie von der man spricht, Bonn 1973

Deutsches Atomforum (Hrsg.), Entsorgung der Kerntechnik, Bonn 1976

Deutsches Atomforum (Hrsg.), Kernfragen. Antworten auf Fragen zur Kernenergie, Bonn 1971

Deutsches Atomforum (Hrsg.), Natural Uranium Supply, Bonn 19

Deutsches Atomforum, Rechenschaftsberichte 1971 bis 1976

Deutsches Atomforum (Hrsg.), Regeln und Richtlinien für die Kerntechnik, Bonn 1977

Deutsches Atomforum, Tätigkeitsberichte 1971 bis 1977

Deutsches Atomforum (Hrsg.), Was ist das Deutsche Atomforum?, Faltblatt

Deutschmann,P., D.Kiel, A factor analytic study of attitudes towards the mass media, Scripps-Howard Research 1960

Donohew,L., P.Palmgreen, A reappraisal of dissonance and the selective exposure hypothesis, in: Journalism Quarterly, Vol. 48/1971, S. 412 ff

Drescher,S., Zur Wirkung des Fernsehens als Informationsquelle über das Welt- und Tagesgeschehen, in FFF-Courier Archiv Dokumentation vom 21.1.1969, S. 1-15

Dowa[illegible],S.,S.Wi[illegible], Public Reaction to [illegible]ilita[illegible]pects of [illegible]c Energy, in: Science, Vol 119, [illegible]ary 1954

Eckhardt,K., G.Hendershot, Dissonance-co[illegible]nce and the perception of public opinion, in: A[illegible]an Jour[illegible] of Sociology, Vo[illegible]3/1967, S. 226-234

Edelstein,A., An [illegible]ternative approach t[illegible] study o[illegible] effects in mass [illegible]mmunicat[illegible], in: Stud[illegible] Broadcas[illegible] Nr. 9/1973, S. 5-[illegible]

Ellwein,Th./A.G[illegible] Parlament und Verwaltung, Teil I, Stuttgart 1967

Energiequellen [illegible] Chancen, Auszug aus dem Kraftwerk Union-Geschäftst[illegible]1973

Energiewirtschaf[illegible] Institut an der Universität [illegible] (Hrsg.), Mut zu [illegible]rtschaftlicher Energiepolit[illegible] Köln 1977

Ene[illegible] Policy an[illegible] Supply in th[illegible]eral Repu[illegible]lic of Germany, ed. by [illegible]olumbia Hydro[illegible] Power Authority, report of visiti[illegible]o Germany, [illegible]search and Develop-ment Department

F[illegible]e,H.G., T[illegible] omic Weapons and Nuclear Energy,in: The [illegible]lic Opin[illegible], Nr.2, [illegible]53

Er[illegible]eutsche [illegible]m, Bonn

Es[illegible]rg,Th., [illegible]er Ve[illegible] Stutt[illegible]56

Faßbinder,H., E[illegible]tiven [illegible]gsbetei[illegible]im Kontext Kapital[illegible]egion[illegible]in: Kurs[illegible]27,1972

Fes[illegible] anlä[illegible]10-j[illegible]ehens des Atomes[illegible]ors Garch[illegible], bei Mü[illegible]ning 1967

Foratom, The Nuclear Power Industry in Europe, Deutsches Atomforum (Hrsg.), Bonn 1974

Gerking,E., Wärmekraftwerke und Umweltschutz, Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke e.V.(Hrsg.), Frankfurt 1975

Gerwin,R., Kernkraft heute und morgen, Stuttgart 1971

Gerwin,R., Prometheus wird nicht sterben, Düsseldorf, Wien 1974

Gerwin,R., So ist das mit der Kernenergie, Düsseldorf und Wien 1976

Gesellschaft für Kernforschung mbH, Karlsruhe (Hrsg.), Kernforschungszentrum Karlsruhe, Arbeitsschwerpunkte, Karsluhe

Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung (Hrsg.), Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung,München 1970

Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung (Hrsg.), On the Safety of Disposing of Radioactive Wastes in the Asse Salt Mine, München 1973

Gottlieb-Duttweiler-Institut für wirtschaftliche und soziale Studien (Hrsg.), Kernenergie - offen bilanziert, Frankfurt 1976

Gottstein,K., Die nukleare Kontroverse in den USA. Welche Lehren ergeben sich für die Bundesrepublik Deutschland?, Vortrag vor dem Deutschen Atomforum, Bonn,18.November 1975

Gruhl,H., Ein Planet wird geplündert, Frankfurt 1975

Grupe,H., Kernenergie in Baden-Württemberg, Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr Baden-Württemberg (Hrsg.), Stuttgart 1975

Grupe,H., W.Koelzer, Fragen und Antworten zur Kernenergie, Informationszentrale der Elektrizitätswirtschaft e.V. (Hrsg.), Bonn 1975

Habermas,J., Kultur und Kritik, Frankfurt 1973

Hackforth,J., Massenmedien und ihre Wirkungen, Göttingen 1976

Hammond,A.L. et al., Energie für die Zukunft, Frankfurt 1974

Hannemann,G., B.Greenbery, Relevance and diffusion of news of major events, in: Journalism Quarterly, Vol. 50/1973, S. 433

Hauptvorstand der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (Hrsg.), Diskussion: Kernenergie im Widerstreit, in: ÖTV-Magazin 4 (1977), S. 42

Höchel,F. et al., Der Brennstoffkreislauf, Deutsches Atomforum (Hrsg.), Bonn 1972

Hovland,C., Effects of the mass communication, in: G.Lindzey, Handbook of Social Psychology, Bd. II, Cambridge 1954, S. 7

Ifak-Institut: Kernkraftwerk in Ludwigshafen, Berichtsband 1969

Janis/Feshbach, Effects of fear-arousing communication, in: Journal of abnormal and social psychology, 1953

Jaspers,K., Wohin treibt die Bundesrepublik?, München 1966

Jungk,R., Der Jahrtausend-Mensch, München, Gütersloh, Wien 1973

Kaack,H., Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems Opladen 1971

Kernforschungsanlage Jülich GmbH (Hrsg.), Kernfragen, Jülich 1977

Klapper,J.T., Mass Communication, Attitude Stability, and Change, in: C.W. Sherif/M.Sherif (Hrsg.): Attitude, Ego-Involvement and Change, New York 1967

Klapper,J., Massenkommunikation - Einstellungskonstanz und Einstellungsänderung, in: J.Aufermann, H.Bohrmann, R.Sülzer, (Hrsg.), Gesellschaftliche Kommunikation ind Information, Frankfurt 1973

Kliefoth,W.,/ E.Sauter, Kernreaktoren, Bonn 1973

Kluncker,H., Energie für die Zukunft sichern, in: ÖTV-Magazin 12 (1977), S. 6

Kluncker,H., Es darf keine Energielücke geben, in: ÖTV-Magazin, 11 (1977), S. 3

Kluxen, K. (Hrsg.), Parlamentarismus, Köln und Berlin 1969

Koch, M. et al., Die Deutschen und ihr Staat, Ein Untersuchungsbericht, Hamburg 1972

Koelzer,W., Kernenergie, Schule für Kerntechnik der Gesellschaft für Kernforschung mbH (Hrsg.), Karlsruhe 1973

Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hrsg.), Die Energiesituation in der Gemeinschaft, Lage 1975, Aussichten 1976, Bonn 1976

Koppe,J., Zum besseren Verständnis der Kernenergie, Hamburgische Electricitäts-Werke und Nordwestdeutsche Kraftwerke Aktiengesellschaft (Hrsg.), Hamburg 1975

Koszyk,K., Wirkungen der Massenkommunikation, Ergebnisse und Kritik einer Forschungsrichtung,in: Beilage zum Parlament, Nr. 39/1972, S.11

Koszyk,K., K.H. Pruys, Wörterbuch zur Publizistik, München 1969

Kraftwerk Union AG (Hrsg.), Auswirkungen eines Kernenergie-Moratoriums auf die elektrische Energieversorgung und die wirtschaftliche Situation der Bundesrepublik Deutschland, Mülheim 1977

Kraftwerk Union (Hrsg.), Die Kraftwerk Union heute, Mülheim 1975

Kraftwerk Union (Hrsg.), Druckwasserreaktor, Mülheim 1975

Kraftwerk Union (Hrsg.), Energiequellen und ihre Chancen, Mülheim 1976

Kraftwerk Union (Hrsg.), Geschäftsbericht 1976 der Kraftwerk Union Aktiengesellschaft, Mülheim 1977

Kraftwerk Union (Hrsg.), Kernenergie-Moratorium?, Mülheim 1977

Kraftwerk Union (Hrsg.), Kernkraftwerk mit Leichtwasserreaktoren, Mülheim 1975

Kuby,Th./Ch.Marzahn, Lernen in Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen, in: Kursbuch 48, 1977

Lang, Erfahrungen mit dem Bürgerdialog Kernenergie, Bonn 1976

Lange,W.-P. et al. (Hrsg.), Zur Rolle und Funktion der Bürgerinitiativen in der Bundesrepublik und Westberlin. Bericht einer Forschungsgruppe an der TU Berlin, Zeitschrift für Parlamentsfragen, Berlin 1973

Langenbucher,W.R. (Hrsg.), Zur Theorie der politischen Kommunikation, München 1974

Lasswell,H.,/D.Lerner, The Comparative Study of Symbols, Palo Alto 1952

Lerg,W., Grundsätze der direkten Kommunikation, in: H.Dallmer, R.Thedens, (Hrsg.), Handbuch der Direct-Marketing, Wiesbaden/Darmstadt 1975, S. 118

Leventhal,H., Findings and theory in the study of fear communications, in: L.Berkowitz (Hrsg.), Advances in experimental social psychology, Vol.5, New York 1970, S. 135

Link,H., Rezeptionsforschung, Stuttgart 1976

Lord Sherfield, Introduction, in: Economic and Social Consequences of Nuclear Energy, Oxford 1972

Luhmann,N., Öffentliche Meinung,in: Zur Theorie der politischen Kommunikation,W.R. Langenbucher (Hrsg.),München 1974

Maltz,G. et al., Brennstoffkreislauf, Bonn 1972

Manstein,B. (Hrsg.), Atomares Dilemma, Frankfurt 1977

Martin-Edingshaus,L., Vom Atom-Ei bis Brokdorf, in: Bild der Wissenschaft 4, 1977, S.118

Matthöfer,H. (Hrsg.), Argumente in der Energiediskussion, Bd.1: Schnelle Brüter, Pro und Contra, Villingen 1977

Matthöfer,H. (Hrsg.), Argumente in der Energiediskussion, Bd.2: Energiebedarf und Energiebedarfsforschung, Villingen 1977

Matthöfer,H.(Hrsg.), Argumente in der Energiediskussion, Bd.3: Bürgerbeteiligung und Bürgerinitiativen,Villingen 1977

Matthöfer,H., Gesellschaftliche Perspektiven der Forschungspolitik, Sonderdruck aus dem Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 76 vom 25.Juni 1974

Matthöfer,H., Interviews und Gespräche zur Kernenergie, "Den unsterblichen Tiger am Schwanz gepackt", Karlsruhe 1976

Matthöfer,H., Kernenergie und Öffentlichkeit, Rede von der Reaktortagung in Nürnberg am 10. April 1975,veröffentlicht als Sonderdruck des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, aus Nr. 48, Bonn 1975

Mayer-Tasch,P.C., Die Bürgerinitiativbewegung, Hamburg 1976

Meadows,D.L. et al., Die Grenzen des Wachstums, Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit, Stuttgart 1972

Meadow,D.L./D.H.Meadows, Das globale Gleichgewicht, Modellstudien zur Wachstumskrise, Stuttgart 1973

Meyn,H., Die Wirkungen der Massenmedien, in T.Högy, H.Weiß, (Hrsg.), Wirkungen von Massenmedien, Frankfurt 1974,S.85

Michaelis,H., Kernenergie, München 1977

Naschold,F., Systemsteuerung. Einführung in die moderne politische Theorie, Stuttgart 1969, S. 88.

Nimmo,D., The political persuaders, Englewood Chiffs 1970

Noelle-Neumann,E., Kumulation, Konsonanz und Öffentlichkeitseffekt. Ein neuer Ansatz zur Analyse der Wirkung der Massenmedien, in: Publizistik, Heft 1/1973, S.49

Noelle-Neumann,E., Publizistik, Frankfurt 1971

Noelle-Neumann,E., Die Schweigespirale, in: E.Forsthoff/ R.Hörstel, (Hrsg.), Standorte im Zeitstrom. Festschrift für Arnold Gehlen zum 70. Geburtstag. 1974

Oltmans,W.L., "Die Grenzen des Wachstums", Pro und Contra

Peccei,A./M.Siebker, "Die Grenzen des Wachstums", Fazit und Folgestudien

Renckstorf,K., Alternative Ansätze der Massenkommunikationsforschung: Wirkungs- vs.Nutzenansatz, in: Rundfunk und Fernsehen, Heft 2-3/1973, S. 190

Renn,O., Die Einstellung der Bevölkerung zur Kernenergie, Diplomarbeit, Köln 1976

Renn,O., Kernenergie aus der Sicht der Bevölkerung, Analyse von Einstellungen und Motiven, Kernforschungsanlage Jülich GmbH (Hrsg.), interner Bericht KFA-AKI-IB-1/77, Dezember 1977, S. 46.

Rogers,E., Mass media and interpersonal communication, in: W.Schramm, J. de Sola Pool, F.Frey, N.Maccoby, E.Parker, (Hrsg.), Handbook of communication, Chicago 1973, S. 292

Rogers,E., F.Shoemaker, Communication of innovations: A cross-cultural approach, New York 1971

Roper,E., New trends in the public measure of television and other media, Television Information Office (Hrsg.) 1959/1961/1963

Rosenberg,M., R.Abelson, An analysis of cognitive balancing, in: C.Hovland, M.Rosenberg, (Hrsg.), Attitude organisation and change, New Haven-London 1960, S. 112-163

Schmidt,H.D., E.J.Brunner, A.Schmidt-Mummendey, Soziale Einstellungen, München 1975

Scholz,E., Die Wirkung des Fernsehens als Informationsquelle und die sich daraus für die Tagespresse ergebenden Rückschlüsse, in Zeitungs-Verlag und Zeitschriften-Verlag, Nr. 16-17/1969, S. 644-646

Schuster,G., Die Kontroverse über die Einführung der Atomenergie, in: Das Leben, Nr. 5, 6. Wiesbaden 1971

Sears,D., R.Withney, Political persuasion, in: W.Schramm, J.de Sola Pool, F.Frey, N.Maccoby, E.Parker, (Hrsg.), Handbook of communication, Chicago 1973, S. 258

Siemens Aktiengesellschaft (Hrsg.), Energie für morgen, Berlin und München 1975

Siemens Aktiengesellschaft (Hrsg.), Siemens zum Thema Umweltschutz, Berlin und München 1975

Umweltwissenschaftliches Institut des BBU e.V. (Hrsg.), Aktionskatalog des BBU e.V., (internes Papier), Karlsruhe 1977

Uran-Isotopentrennungs-Gesellschaft mbH (Hrsg.), Was ist eigentlich eine Urananreicherungsanlage?, Jülich 1977

Vorstand der SPD (Hrsg.), Forum SPD, Energie, Ein Diskussionsleitfaden, Bonn 1977

Watzlawick,P.,J.H.Beavin,D.D.Jackson, Menschliche Kommunikation, Bern 1969

Weber,W., Spannungen und Kräfte im westdeutschen Verfassungssystem (Erstauflage 1951), Stuttgart 1958

Westley,B., M.Severin, Some correlates of mass media credibility, in: Journalism Quarterly, Vol. 41/1964, S. 325-335

Winnacker,K.,K. Wirtz, Das unverstandene Wunder,Düsseldorf 1975

Wüstenhagen,H.-H., Bürger gegen Kernkraftwerke, Hamburg 1975

DANKSAGUNG

Ich danke Herrn Professor Roegele für seine freundliche Unterstützung der Arbeit und für die Anregungen, die er mir dazu gegeben hat. Herrn Dr.Hömberg möchte ich danken für die engagierte Betreuung, Herrn Dr.Klaus Lang und Herrn Dr.Brück für ihre Hilfe bei der Materialbeschaffung. Schließlich bedanke ich mich sehr bei Frau Polster für die Anfertigung der Zeichnungen und bei Frl.Rüßmann für das geduldige Tippen der Arbeit.

L E B E N S L A U F

Ich wurde am 8. August 1949 in Neuburg an der Donau geboren. Dort besuchte ich von 1955 - 59 die Volksschule, anschließend bis 1968 das Gymnasium. Nach dem Abitur studierte ich von 1968 bis 1973 Physik an der Technischen Universität München. Dieses Studium schloß ich 1973 mit dem Diplom ab. Danach begann ich ein Zweitstudium in den Fächern Kommunikationswissenschaft, Pädagogik und Geschichte der Naturwissenschaften an der Universität München. Gleichzeitig arbeitete ich von 1973 bis 1975 als wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Bayerischen Rundfunk (Fernsehen) und von 1974 bis 1975 als Lehrkraft in den Fächern Mathematik und Physik am städtischen Berufsbildungszentrum Antonienstraße in München. Seit dem 1.August 1975 bin ich am Max-Planck-Institut für Plasmaphysik in Garching als Leiterin der Öffentlichkeitsarbeit angestellt.

Diese Tätigkeit in Verbindung mit meinen Physik-Kenntnissen hat es mir ermöglicht, genauen Einblick zu gewinnen in die Vorgänge bei der Kernenergie-Diskussion, und der teilweise enge berufliche Kontakt zu einigen der an der Kontroverse beteiligten Organisationen erleichterte es mir, auch Details und Hintergründe zu erfahren, die dem Außenstehenden nicht ohne weiteres zugänglich sind.